

Geschäftsbericht 2002



Konzernkennzahlen

AUF EINEN BLICK

		2002	2001	2000	1999	1998
Eigenkapital						
Ausgewiesenes Eigenkapital	in Mio. €	3.889	4.525	2.611	4.366	4.199
Kernkapitalquote nach KWG	in %	5,6	5,7	3,3 ¹⁾	5,7	5,5
Gesamtkennziffer nach KWG	in %	9,4	9,4	5,1 ¹⁾	10,1	8,5
Dividendenberechtigte Aktien	Anzahl	999.327.870	999.327.870	218.077.870	218.077.870	218.077.870
GuV-Rechnung						
Zinsüberschuss	in Mio. €	1.706	1.876	1.642	2.048	2.007
Provisionsüberschuss	in Mio. €	342	386	462	420	447
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	in Mio. €	- 24	- 106	139	105	559
Personalaufwand	in Mio. €	853	984	973	965	968
Andere Verwaltungsaufwendungen	in Mio. €	590	696	572	583	670
Normalabschreibungen	in Mio. €	103	148	129	136	134
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	1.546	1.828	1.674	1.684	1.772
Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen	in Mio. €	5	- 197	- 755	175	94
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	in Mio. €	483	131	- 186	1.064	1.335
Risikovorsorge (ohne § 340f-HGB-Reserve)	in Mio. €	531	763	1.564	368	851
Betriebsergebnis (ohne § 340f-HGB-Reserve)	in Mio. €	- 48	- 632	- 1.750	696	484
Bewertung § 340f-HGB-Reserve ("-" = Auflösung)	in Mio. €	- 25	2	- 366	229	- 218
Betriebsergebnis	in Mio. €	- 23	- 634	- 1.384	467	702
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	in Mio. €	- 593	575	- 175	- 28	- 472
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	- 616	- 59	- 1.559	439	230
Ertragsteuern ²⁾	in Mio. €	83	53	89	282	195
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	- 699	- 112	- 1.648	157	35
nachrichtlich: Risikovorsorge	in Mio. €	506	765	1.198	597	633
Bilanz						
Bilanzsumme	in Mio. €	174.804	189.163	204.808	193.786	188.739
Kundenkreditvolumen	in Mio. €	89.504	99.259	103.268	101.482	101.644
davon						
Hypothekendarlehen	in Mio. €	33.456	34.580	34.652	35.415	33.660
Kommunaldarlehen	in Mio. €	25.812	28.141	30.886	31.980	32.955
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	in Mio. €	57.091	62.276	62.728	62.513	65.667
Verbriefte Verbindlichkeiten	in Mio. €	44.168	47.086	57.985	56.368	54.324
Off-balance-Sheet						
Nominalvolumen	in Mio. €	691.543	888.300	1.009.404	860.770	851.413
Kreditäquivalent (KWG)	in Mio. €	1.403	1.492	1.912	1.936	4.115

¹⁾ Nach Kapitalerhöhung in 2001 wurden die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten wieder überschritten

²⁾ bis 2000: Steuern, d. h. einschließlich sonstiger Steuern

Unternehmensprofil

- **Die Bankgesellschaft Berlin** ist ein innovatives, kundennahes Kreditinstitut der deutschen Hauptstadt-Region. Mit der Gründung eines einheitlichen Konzerns haben wir 1994 eine Verbindung öffentlich-rechtlicher Strukturen und der privatrechtlichen Gesellschaftsform einer börsennotierten Aktiengesellschaft geschaffen. Im Dezember 2001 gab die Bankgesellschaft Berlin eine tief greifende Sanierung bekannt. Diese beinhaltet auch eine weitgehende Konzentration auf das Geschäftsgebiet Berlin-Brandenburg und auf das Retailgeschäft.
- **Mit unseren Marken** Berliner Sparkasse und Berliner Bank wollen wir unsere Marktstellung im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden qualitativ ausbauen. Wir bieten unsere Leistungen unter verschiedenen Marken und Vertriebsformen von der Filiale bis zum Internet an. Vom Anlage- und Kreditgeschäft bis zur Beratung über Versicherungs-, Bauspar- und Zahlungsverkehrsprodukte stellen wir unseren privaten Kunden ein umfassendes Angebot an Bankprodukten bereit. In den VermögensanlageCentern der Berliner Sparkasse und den BeratungsCentern der Berliner Bank betreuen wir vermögende Privatkunden bei ihren Anlage- und Finanzierungswünschen. Im Firmenkundengeschäft liegt unser Fokus auf der Betreuung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Auch für unsere Gewerbekunden gestalten wir wettbewerbsfähige Produkte, die dem besonderen Nachfrageprofil nach Finanzierungen, Anlagen und anderen Bankdienstleistungen entsprechen.
- **Unsere Stärken** in ausgewählten Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts nutzen wir als spezialisierter internationaler Marktteilnehmer. Auch im Kapitalmarktgeschäft ist die Intensivierung des Kundengeschäfts eine zentrale Aufgabe. Die Bank profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger. Im Auslandsgeschäft konzentrieren wir uns auf Geschäftsverbindungen in Zentral- und Osteuropa. Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung richten wir uns auf die Bedürfnisse von in- und ausländischen Investoren, Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften sowie ausgesuchten Immobilienentwicklern aus.
- **Die Nähe zum Kunden** haben wir zum Organisationsprinzip erhoben. Dabei geht es nicht nur um die Dichte des Filialnetzes, sondern vor allem um das Engagement unserer Mitarbeiter. Ihre Motivation sowie ihre Fachkompetenz sind die Voraussetzungen für Kundenzufriedenheit und Kundenbindung.

Ratingübersicht

1. Moody's

	Long-term Deposit Rating	Short-term Deposit Rating	Financial Strength Rating	Öffentliche Pfandbriefe
Bankgesellschaft Berlin	A2*	P-1	E+	
Landesbank Berlin	Aa3*	P-1	D	Aaa
EMTN-Programm der Bankgesellschaft Berlin BGB Finance (Ireland) plc.	Aa3			

* Outlook negative

2. Fitch

	Long-term Rating	Short-term Rating	Individual Rating	Support Rating	Öffentliche Pfandbriefe
Bankgesellschaft Berlin	A*	F1	D/E	2	–
Landesbank Berlin	AAA	F1+		1	AAA
EMTN-Programm der Bankgesellschaft Berlin BGB Finance (Ireland) plc.	AAA				

* On rating watch negative

3. Standard & Poor's

	Rating für Öffentliche Pfandbriefe
Berlin Hyp	AAA

Inhalt

MANAGEMENT	
	2 Vorwort
	6 Organe der Bankgesellschaft Berlin
	8 Bericht des Aufsichtsrats
	16 Corporate Governance
UNTERNEHMENSPROFIL	18
WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	22
AUS UNSEREN GESCHÄFTSFELDERN	
	26 Performance der Strategischen Geschäftsfelder
	30 Private Kunden
	34 Firmenkunden
	38 Kapitalmarktgeschäft
	40 Immobilienfinanzierung
	42 Immobiliendienstleistungen
	45 Corporate Investments
	46 Fördergeschäft
	49 Sonstiges/Konsolidierung
UNSERE AKTIE	50
LAGEBERICHT	52
	54 Das Geschäftsjahr 2002 im Überblick
	62 Geschäftsverlauf 2002
	76 Risikobericht
	100 Ausblick
JAHRESABSCHLUSS AG UND KONZERN	101
	102 Bilanz der AG
	106 Gewinn- und Verlustrechnung der AG
	108 Bilanz des Konzerns
	112 Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns
	114 Anhang der AG und des Konzerns 2002
BESTÄTIGUNGSVERMERKE AG UND KONZERN	172
KONZERNBANKEN UND AUSGEWÄHLTE BETEILIGUNGEN DES KONZERNS	174

Management

VORWORT

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

die Bankgesellschaft Berlin blickt auf ein Jahr mit großen Herausforderungen und wesentlichen Entscheidungen zurück. Wir haben im Jahr 2002 die Sanierung des Konzerns erfolgreich weitergeführt und dabei teilweise unsere Ziele übertroffen. Durch Fortschritte im operativen Geschäft und deutliche Veränderungen der Kostenstruktur steht der Konzern heute besser im Markt da. Die bereits im Vorjahr eingeleitete Wende zum Besseren hat sich im Berichtsjahr weiter verfestigt:

- So konnte das operative Konzernergebnis entgegen dem Branchentrend um 584 Mio. € auf –48 Mio. € im Jahr 2002 verbessert werden. Damit konnten wir unser Ziel, den operativen Verlust des Konzerns Bankgesellschaft Berlin innerhalb eines Jahres mindestens zu halbieren, deutlich übertreffen.
- Der wesentliche Hebel für die Verbesserung des operativen Geschäfts war die Senkung der Verwaltungskosten. Die deutliche Kostensenkung wurde erreicht durch die Vereinfachung von Konzernstrukturen. Dazu gehörten unter anderem der Abbau von Stabsfunktionen, die Standardisierung der Filialstrukturen sowie die Zusammenlegung von Backoffice-Einheiten. Im Zuge dieser tiefgehenden Umstrukturierung sanken die Sach- und Personalkosten stetig, so dass die Verwaltungskosten auf das Niveau von 1997 zurückgeführt werden konnten. Darüber hinaus haben sich die Erträge stabilisiert. Die Cost-Income-Ratio hat sich verbessert.

Die Resultate des Jahres 2002 haben bewiesen, dass die Sanierung des Konzerns greift. Die ersten Erfolge in der Restrukturierung werden sichtbar. Dies ist ein beachtlicher Fortschritt, doch noch liegt weiterhin viel Arbeit vor uns.

Das zurückliegende Jahr stand vor allem im Zeichen der Restrukturierung des gesamten Konzerns. Dabei verfolgten wir konsequent das strategische Ziel, die Bankgesellschaft Berlin als starkes und effizient strukturiertes Unternehmen für die Region Berlin-Brandenburg auszurichten. Auf diesem Weg, der allen Beteiligten viel Einsatz und Engagement abverlangte, wurden wesentliche Meilensteine erreicht:

- Wir haben den Ausstieg aus Geschäftsfeldern forciert, die nicht zu unserem Kerngeschäft gehören, zum Beispiel Auslandsgeschäft, Corporate Finance oder strukturierte Finanzierungen. Als Kerngeschäft wurden das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie ausgewählte Immobilien- und Kapitalmarktaktivitäten definiert.

- Wir haben die Restrukturierung und Redimensionierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts planmäßig fortgesetzt.
- Die im Sanierungskonzept vorgesehene Veräußerung von Beteiligungen wurde zum Teil bereits umgesetzt. Dazu zählen der Verkauf der von der Landesbank Berlin gehaltenen Anteile an der DekaBank Deutsche Girozentrale und die Aufgabe unserer Direktbankaktivitäten in Polen durch die Veräußerung der Beteiligung an der Inteligo Financial Services S.A., Warschau. Anfang 2003 wurde außerdem die Beteiligung an der Zivnostenská banka a.s., Prag, abgegeben.
- Die Neuausrichtung des Konzerns hatte auch die Schließung unserer Private Banking Center im Bundesgebiet zur Folge.

Aufgrund umfangreicher Desinvestitionen konnte die Bilanzsumme in erheblichem Maße reduziert werde. Diese Strategie ging einher mit einer weiteren Verbesserung des Risikomanagements und des Risikocontrollings. Hier haben wir im vergangenen Geschäftsjahr weiter in beträchtlichem Maße investiert und deutliche Fortschritte erzielt. Im Berichtsjahr ist auch der Aufbau eines verbesserten Systems zum Management für operationelle Risiken erkennbar fortgeschritten.

Die Bankgesellschaft Berlin hat sich im Sanierungskonzept, das seit April 2002 von der EU-Kommission geprüft wird, zu einer tief greifenden Restrukturierung verpflichtet. Als Folge der Verringerung des Geschäftsumfangs und der Komplexität des Unternehmens werden im Zeitraum bis 2005 rund 4.000 Stellen entfallen. Im Abbau von Personal setzen und setzen wir weiterhin auf für alle Beteiligten verbindliche Regelungen. Seit Beginn der Sanierung am 30. September 2001 bis zum Jahresbeginn 2003 wurden im Sanierungskreis des Konzerns 2.026 Vollzeit Arbeitsplätze reduziert, weitgehend auf freiwilliger Basis. Die Bank bot den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Reihe von Möglichkeiten zum freiwilligen Ausscheiden, zum Beispiel Aufhebungsverträge mit Zahlung einer Abfindung, Regelungen zur Altersteilzeit und Vorruhestand. Darüber hinaus wurden 200 betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen, von denen nachträglich zwei Drittel in Aufhebungsverträge umgewandelt werden konnten.

Um die Zielvorgaben des von uns in Brüssel eingereichten Sanierungskonzepts zu erreichen, müssen im laufenden Jahr nochmals Arbeitsplätze abgebaut werden. Dabei gilt, dass der Personalabbau auf der Grundlage geltenden Rechts und nach einer mit den Arbeitnehmervertretern vereinbarten Sozialauswahl erfolgt. Wir wollen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitsplatzsituation verlässlich einschätzen können.

Ermöglicht wurde das Sanierungskonzept außer durch die Sanierungsvereinbarung mit den Arbeitnehmervertretern durch eine Grundsatzvereinbarung mit dem Land Berlin, der zufolge die Bankgesellschaft Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgeschirmt

VORWORT

wird. Zur Umsetzung dieser Vereinbarung wurde im April 2002 eine Detailvereinbarung abgeschlossen, die wir im Lagebericht näher beschreiben. Diese Vereinbarung ist Teil des Beihilfeverfahrens, zu dem ein parallel laufendes Prüfverfahren wegen der Eingliederung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt, jetzt Investitionsbank Berlin (IBB), gehört.

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,
der Konzern Bankgesellschaft Berlin hat im Jahr 2002 trotz des schwierigen Marktumfelds ein stabiles Fundament für die Zukunft gelegt. Wir waren im vergangenen Jahr intensiv bestrebt, die Abwanderung von Kunden zu verhindern und neue Kunden zu gewinnen. Eines unserer wichtigsten Ziele bleibt, dass der Konzern in Berlin seine Position im Privat- und Firmenkundengeschäft behauptet. Dazu wird die nächste Stufe angestrebt: die Rückkehr zu nachhaltigen Erträgen durch die Stärkung des Vertriebs und die gezielte Positionierung unserer Finanzprodukte am Markt.

All unsere Maßnahmen haben als Grundsatz, dass sie auf dauerhafte Wertsteigerung ausgerichtet sind. Wir werden unsere Produkte offensiv vermarkten und wettbewerbsfähige Dienstleistungen anbieten sowie durch ständige organisatorische Weiterentwicklung die Prozesse im Konzern effizienter gestalten.

Durch die Fokussierung auf das Kerngeschäft wurden die Geschäftsvolumina des Konzerns planmäßig verringert. Handlungsfreiheit haben wir unter anderem auch durch die starke Zurückführung der Risikoaktiva gewonnen. Diese Fortschritte versetzen uns in die Lage, Lasten der Vergangenheit zu bewältigen.

Die Bankgesellschaft Berlin musste im Berichtsjahr durch die zum Jahresende 2002 vorgenommene Abschreibung auf den im Anlagevermögen gehaltenen Bestand an EURO STOXX-50 Fondsanteile auf die nochmals rückläufige Börsenentwicklung reagieren. Das Konzernergebnis wurde des Weiteren durch Abschreibungen im Beteiligungsbereich sowie durch Rückstellungen für die Restrukturierung belastet. Durch die fortschreitenden Veränderungen in der Konzernstruktur und die damit einhergehenden Kosteneinsparungen sowie die Stabilisierung der Erträge ist der Konzern jedoch in der Lage, diese Belastungen zu bewältigen. Die vergangenheits- und marktbedingten Sondereffekte führten zu einem hohen Konzernverlust. Durch die bilanziellen Bereinigungen ist der Konzern aber für die Zukunft stabilisiert.

Zum Prinzip der neuen Bankgesellschaft Berlin zählt ein ehrlicher Umgang mit der Vergangenheit. Dem wollen wir gerecht werden sowohl bei unternehmerischen Entscheidungen – vor allem im frühzeitigen Erkennen und Verarbeiten von potenziellen Risiken – als auch bei der Aufarbeitung von möglichen Verfehlungen ehemaliger Verantwortlicher. Die Staatsanwaltschaft hat eine Reihe von

Ermittlungsverfahren eingeleitet, und der Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses befasst sich mit den Anfängen und Konstruktionen der Immobilienfonds. Der Konzern ist selbstverständlich um Aufklärung bemüht und unterstützt diesbezügliche Aktivitäten. Dabei haben die Gesellschaften des Konzerns selbst inzwischen insgesamt fünf Schadensersatzprozesse gegen ehemalige Konzernangehörige mit einem Streitwert von rund 46 Mio. € eingeleitet. Wir hoffen, durch einen ehrlichen und fairen Umgang mit der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bankgesellschaft Berlin zu leisten.

Wesentlich verdanken wir die bisherigen Erfolge bei der Verbesserung unserer operativen Ergebnisse und bei der Umsetzung wesentlicher Sanierungsziele unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihnen gilt ganz besonders unser Dank. Weiter danken wir unseren Aktionärinnen und Aktionären, die die Bankgesellschaft Berlin durch diese schwierige Zeit begleiten. In den zurückliegenden zwei Jahren ist allen Beteiligten viel abverlangt worden.

Ende 2002 haben wir die Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben, die wir gemeinsam mit dem Aufsichtsrat unterzeichnet haben, um Ihr Vertrauen in die Bankgesellschaft Berlin wieder zu stärken. Wir hoffen, Ihnen mit diesem Geschäftsbericht einen ausführlichen Einblick in das Unternehmen geben zu können.

Auch das laufende Geschäftsjahr stellt die Bankgesellschaft Berlin vor große Herausforderungen. Dazu zählt das nochmals eingetrübte konjunkturelle Umfeld sowie auch der im März 2003 gefasste Beschluss des Berliner Senats als Vertreter des Landes Berlin und damit des Haupteigentümers, die Bankgesellschaft vorerst nicht zu verkaufen und den eingeschlagenen Sanierungskurs fortzusetzen. Wir sind uns der hohen Verantwortung bewusst, die diese Entscheidung mit sich bringt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um den erfolgreich eingeschlagenen Sanierungskurs fortzusetzen und den Wert Ihres Unternehmens nachhaltig zu steigern.

Der Vorstand



Hans-Jörg Vetter



Serge Demolière



Dr. Johannes Evers



Uwe Kruschinski



Norbert Pawlowski



Dr. Thomas Veit

ORGANE DER BANKGESELLSCHAFT BERLIN

Vorstand

Hans-Jörg Vetter (Vorsitzender)

Unternehmensentwicklung

Personal

Recht

Revision

Immobilienleistungen

Serge Demolière

Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers

Privatkunden

Firmenkunden

Uwe Kruschinski

seit 10.3.2003

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

Norbert Pawlowski

Controlling

Kreditsekretariat

Risikocontrolling

Compliance

Hubert Piel

bis 31.3.2003

Organisation und

Informationstechnologie

Operations

Dr. Thomas Veit

seit 1.9.2002

Finanzen

Immobilienfinanzierung

Aufsichtsrat

Ernst-Otto Sandvoß (Vorsitzender)

ehem. Vorsitzender des Vorstands der

DekaBank Deutsche Girozentrale

Helmut Tesch* (stellv. Vorsitzender)

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und

des Personalrats der Landesbank Berlin

– Girozentrale –

Dr. h.c. Manfred Bodin

Vorsitzender des Vorstands der

Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Dagmar Brose*

Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der

Bankgesellschaft Berlin AG

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands

der Deutsche Bank AG

Vorsitzender des Vorstands

der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Hartmut Friedrich*

Stellv. Landesverbandsleiter der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth

Vorstand der Gesellschaft für Industrie-
beteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Carmen Hümpel*

Gesamtbetriebsratsvorsitzende
der Allgemeine Privatkundenbank AG

Dr. Klaus Murmann

Chairman der Sauer-Danfoss Inc.

Bernd Reinhard*

Betriebsratsvorsitzender der
Berliner Bank Niederlassung der
Bankgesellschaft Berlin AG

Andreas Rohde*

Mitglied des Betriebsrats
der Bankgesellschaft Berlin AG

Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen des Landes Berlin

Hans Christian Seidel*

Direktor der Landesbank Berlin
– Girozentrale –

Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands
der Thyssen Krupp AG

Peter Strieder**

Senator für Stadtentwicklung
des Landes Berlin

Joachim Tonndorf*

Fachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen der ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg

Frank Wolf*

Fachsekretär Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Hapag-Lloyd AG

Bärbel Wulff*

Stellv. Vorsitzende des Gesamt-
personalrats und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –

Ausschüsse des Aufsichtsrats**Bilanz-, Personal- und
Strategieausschuss**

Ernst-Otto Sandvoß (Vorsitzender)
Helmut Tesch (stellv. Vorsitzender)
Dr. Thilo Sarrazin
Joachim Tonndorf

Kreditausschuss

Dr. Michael Endres (Vorsitzender)
Ernst-Otto Sandvoß (stellv. Vorsitzender)
Hans Christian Seidel
Dr. Heinz-Gerd Stein
Bärbel Wulff

Weisungsausschuss

Ernst-Otto Sandvoß
Dr. Thilo Sarrazin
Peter Strieder**

Vermittlungsausschuss

Ernst-Otto Sandvoß (Vorsitzender)
Helmut Tesch (stellv. Vorsitzender)
Dagmar Brose
Peter Strieder**

* Arbeitnehmervertreter

** bis 27. März 2003

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2002 hat sich der Aufsichtsrat in neun Plenums- und insgesamt 15 Ausschusssitzungen sowie mittels schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands über die aktuelle Situation der Bank sowie den Konzern betreffende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Der Aufsichtsrat hat die Situation der Bank und relevante Fragen diskutiert und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. In einem eilbedürftigen Fall wurde ein Beschluss des Aufsichtsrats im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst.

Der Aufsichtsrat hat sich dabei zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG sowie des Konzerns Bankgesellschaft Berlin befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik und die Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, informieren lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Darüber hinaus wurden in einer Vielzahl von Arbeitsgesprächen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstands Einzelfragen von wesentlicher Bedeutung erörtert.

Die zur generellen Unterstützung der Arbeit des Plenums sowie zur Übernahme spezieller Kontrollaufgaben gebildeten Ausschüsse des Aufsichtsrats hielten auch im Berichtsjahr in verstärktem Umfang Sitzungen ab.

Der Arbeitsausschuss trat zur Vorbereitung von Beschlussfassungen im Plenum im Berichtsjahr zehnmal zusammen. Zu den Aufgaben des Arbeitsausschusses, der im dritten Quartal 2002 im Zusammenhang mit den Gesetzesänderungen durch das KonTraG und den Empfehlungen des neuen Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in „Bilanz-, Personal- und Strategieausschuss“ umbenannt und dessen Aufgabenkreis entsprechend erweitert wurde, gehörten insbesondere die intensive Vorberatung und Prüfung des Jahresabschlusses, die vertiefte Behandlung von besonderen Problemkreisen und strategischen Fragen sowie die Regelung von Vorstandsangelegenheiten.

Der Kreditausschuss hat in seinen insgesamt fünf Sitzungen zusammen mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken beraten. Dabei hat er sich gemäß der Geschäftsordnung die nach der Kompetenzregelung zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen lassen und diese Engagements

mit dem Vorstand besprochen. In mehreren eilbedürftigen Fällen erfolgte die Beschlussfassung im Umlaufverfahren. Inhalt seiner eingehenden Beratungen waren im Rahmen der Risikoberichterstattung die Erörterung der Bonitäts- und Marktrisiken, die Struktur des Konzernkreditportefeuilles sowie das Risikomanagement einschließlich der weiterentwickelten Risikofrüherkennungssysteme des Konzerns.

Bei der Erörterung und Beschlussfassung von Kreditengagements nahmen die unter die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ fallenden Kredite und die diesbezügliche Zusammenarbeit von Bankgesellschaft und Senat besonderen Raum ein.

Für den gemäß § 11 Abs. 3 des zwischen der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin abgeschlossenen Vertrages über eine Stille Gesellschaft und zur Begründung einer einheitlichen Leitung bestehenden Weisungsausschuss sowie für den gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildenden Vermittlungsausschuss gab es im Berichtsjahr wie in den Vorjahren keine Veranlassung, zu Sitzungen zusammenzutreten.

Neben der intensiven Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns hat sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Restrukturierung der Bank und den damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen befasst. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand insbesondere regelmäßig über den Fortgang der Sanierungsbemühungen des Konzerns unterrichten lassen, hierüber diskutiert und den Vorstand beraten. Hierbei standen grundlegende Beschlüsse zur Fortführung der geschäftsstrategischen Neuausrichtung von Bank und Konzern sowie die Umsetzung weiterer Schritte zur Kostensenkung im Mittelpunkt seiner Arbeit.

Der Vorstand berichtete auf Wunsch des Aufsichtsrats über die im 1. Quartal 2002 entwickelte neue Strategie zum Kapitalmarktgeschäft, die vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, sowie über die im Laufe des Jahres erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie. Wesentliche Berichts- und Diskussionspunkte waren im Aufsichtsrat und im Bilanz-, Personal- und Strategieausschuss die Liquiditätsslage und die Refinanzierungssituation der Bank und ihrer Tochtergesellschaften. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über die Strukturen der Bankgesellschaft im Kreditgeschäft informieren lassen und hierüber beraten.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Außerdem wurde über die Umstrukturierung der Aufbauorganisation der Bank, die Vereinfachung der Konzernstruktur und die Überarbeitung der internen Prozesse mit dem Ziel der organisatorischen und personellen Straffung sowie die Fortsetzung der konsequenten Umsetzung des Sanierungsplans und des damit verbundenen weiteren Kostenabbaus und der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bank informiert und beraten. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand auch eingehend über die wirtschaftliche Lage von Konzernunternehmen informieren lassen und hierüber beraten.

Weiterhin hat der Aufsichtsrat bei wesentlichen Rechtsstreitigkeiten, für die er gemäß Gesetz oder Geschäftsordnung zuständig ist, Entscheidungen getroffen bzw. Prüfungsaufträge erteilt. Im Zusammenhang mit bereits vorliegenden Erkenntnissen und auf der Basis von aus Sonderprüfungsberichten noch zu erwartenden Ergebnissen hat der Aufsichtsrat renommierte Anwaltskanzleien mit der Ermittlung, Verfolgung und konsequenten Durchsetzung von Regressansprüchen gegen ehemalige Organmitglieder beauftragt sowie über deren Gutachten beraten.

Neben der Segmentberichterstattung im Konzern stellte der Vorstand dem Aufsichtsrat, wie bereits erwähnt, auch im Geschäftsjahr 2002 die aktuelle Risikosituation und das Risikocontrolling vor. Ferner unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig über den Risikovorsorgebedarf sowie die daraus resultierenden Maßnahmen.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat zudem über den Ausbau der Risikofrüherkennungssysteme informiert. Dies umfasste beispielsweise eine Präsentation der Architektur für ein neues integriertes Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem ARMADA, das Mitte des Jahres 2002 zur Überwachung und Limitierung der Marktpreisrisiken eingeführt wurde. Ferner unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat über die Konzeption und Realisierung eines Obligo- und Limit-Managementsystems in der Bankgesellschaft Berlin durch das Projekt KOLIBRI, das zum Zwecke des konzernweiten Risikocontrollings seit Dezember 2002 eingesetzt wird.

Im Berichtszeitraum schritt in enger Zusammenarbeit zwischen der Bank und dem Wirtschaftsprüfer der strukturierte Abbau der Monitalisten weiter voran. Über den Abarbeitungsstand der Monita ist in mehreren Sitzungen des Aufsichtsrats regelmäßig berichtet worden.

Im 3. Quartal 2002 hat sich der Aufsichtsrat unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex eine Geschäftsordnung gegeben und die Geschäftsordnung des Arbeitsausschusses im Zusammenhang mit dessen Umbenennung in „Bilanz-, Personal- und Strategieausschuss“ entsprechend ergänzt. Im Dezember 2002 hat der Aufsichtsrat abschließend entschieden, den Empfehlungen des Kodex in der Bankgesellschaft grundsätzlich zu folgen, nachdem im Rahmen der Umsetzung des DCGK von der Bank die diesbezüglichen internen Verfahren und Regelungen überprüft wurden.

Dem gemäß hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand die nach § 161 AktG abzugebende Entsprechenserklärung im Dezember 2002 auf der Website der Bank veröffentlicht. Im gemeinsamen Corporate Governance-Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats für 2002 werden die Entsprechenserklärung und das Corporate Governance-Verständnis der Bank erläutert.

Der vorgesehenen Änderung des Landesbankgesetzes für den geplanten Verkauf des Teilbetriebs Berliner Bank an das Konzernunternehmen Landesbank Berlin (LBB) wurde seitens des Senats im abgelaufenen Jahr nicht zugestimmt, so dass die von Vorstand und Aufsichtsrat gewollte Zusammenfassung des Retailgeschäfts nicht wie geplant zum Jahresende vollzogen werden konnte. Da dieser Verkauf elementarer Bestandteil des in Brüssel eingereichten Sanierungskonzepts ist, hat der Aufsichtsrat den Vorstand beauftragt, kurzfristig alternative Konzepte zur Übertragung der Berliner Bank auf die LBB zu entwickeln.

Die im Dezember 2001 auf den Weg gebrachten grundlegenden Vereinbarungen zur Sanierung des Konzerns konnten im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden:

Zum einen hat der Aufsichtsrat der mit dem Großaktionär ausgearbeiteten Regelung zur Abschirmung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft durch das Land Berlin im Jahr 2002 zugestimmt. Zum anderen ließ sich der

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Aufsichtsrat im Zusammenhang mit dem Restrukturierungskonzept vom Vorstand umfassend über den Abschluss der Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen informieren. Beide Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Bankgesellschaft im Berichtsjahr auf ihrem eingeschlagenen Sanierungskurs ein gutes Stück erfolgreich vorangekommen ist.

Im Zuge des von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens zur Prüfung der beihilferechtlichen Relevanz der Übertragung von Vermögen der Wohnungsbaukreditanstalten bzw. Förderbanken auf einzelne Landesbanken in Deutschland wurde im Juli 2002 auch ein förmliches Verfahren hinsichtlich der beihilferechtlichen Unbedenklichkeit der im Jahr 1992 erfolgten Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt, jetzt Investitionsbank Berlin (IBB), auf die Landesbank Berlin eröffnet. Eine Beihilferückforderung könnte jedoch im Konzern eine Rückstellung erforderlich machen, die gegenwärtig weder wirtschaftlich noch bankenaufsichtsrechtlich zu verkraften wäre. Aus diesem Grund wurde zwischen dem Land Berlin und der Landesbank Berlin eine Vereinbarung über die Behandlung eventueller Rückzahlungsansprüche des Landes Berlin aus dem Beihilfeprüfverfahren der Europäischen Kommission getroffen. Die Maßnahmen wurden im Aufsichtsrat ausführlich thematisiert und vom Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen der Neustrukturierung befasste sich der Aufsichtsrat auch intensiv mit der Neuausrichtung der Immobiliendienstleistungsaktivitäten. Anfang 2003 wurde in diesem Zusammenhang auch der Stand der Strukturveränderungen der Immobiliendienstleistungsgesellschaften IBAG/IBG/LPFV sowie deren Perspektiven eingehend erörtert.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2002 aufgestellte Jahresabschluss sowie der Konzernabschluss und der Lagebericht wurden von der PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft, die die Abschlüsse mit ihrem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen hat. Der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bericht des Abschlussprüfers für die AG und den Konzern sowie der Konzernabschluss wurden dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorgelegt.

Wie auch in den Vorjahren nahmen die Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2003 sowohl an der Sitzung des Bilanz-, Personal- und Strategieausschusses, in der die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten Fragen der Mitglieder dieser beiden Gremien.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Anforderungen des KonTraG hinsichtlich der Überwachungspflichten des Aufsichtsrats und aufgrund der besonderen Situation der Bankgesellschaft Berlin AG haben sich der Bilanz-, Personal- und Strategieausschuss und der Aufsichtsrat wie schon in den Vorjahren bei der Prüfung des Jahresabschlusses der AG und des Konzerns der fachkundigen Unterstützung eines externen Bilanz- und Controlling-Fachmanns bedient.

Bei der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses hat der Aufsichtsrat insbesondere die Angemessenheit des Risikomanagementsystems der Bank und des Konzerns, das Kreditgeschäft, die Handelsgeschäfte sowie die Einhaltung der Mindestanforderungen an die Handelsgeschäfte (MaH) geprüft, sich mit der Risikolage und -abschirmung im Immobiliendienstleistungsgeschäft sowie mit der Tätigkeit der Konzernrevision (Einhaltung der Mindestanforderungen an die Interne Revision MaIR) befasst und sich hierzu eingehend durch die Wirtschaftsprüfer unterrichten lassen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2002 der AG und des Konzerns in seiner Sitzung vom 16. Mai 2003 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2002 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Der Bericht des Abschlussprüfers hierzu enthält folgenden Bestätigungsvermerk:
„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2002.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

In der Zusammensetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Am 14. Februar 2002 wurde Herr Ernst-Otto Sandvoß, seit dem 4. Juli 2001 Mitglied des Aufsichtsrats der Bank, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin AG gewählt, nachdem Herr Prof. Dr. Dieter Feddersen zum 31. Dezember 2001 von seinem Amt zurückgetreten war.

Die ehemalige Senatorin für Finanzen, Frau Christiane Krajewski, die dem Aufsichtsrat der Bankgesellschaft als Vertreterin des Landes Berlin angehörte, ist am 23. Januar 2002 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. An ihrer Stelle wurde ihr Nachfolger im Amt, Herr Dr. Thilo Sarrazin, am 4. Februar 2002 vom Land Berlin gemäß § 8 der Satzung der Bankgesellschaft in den Aufsichtsrat der Bank entsandt.

Herr Erwin Staudt, der dem Aufsichtsrat seit dem 26. Mai 1999 angehört hatte, hat sein Amt zum 10. Januar 2002 niedergelegt.

Mit Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg sind die Herren Dr. Michael Endres, Dr. Thomas Guth und Bernd Wrede mit Wirkung vom 28. März 2002 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt worden.

Am 27. März 2003 hat Herr Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung des Landes Berlin, die Niederlegung seines Amtes im Aufsichtsrat der Bankgesellschaft erklärt. Herr Strieder gehörte dem Aufsichtsrat seit dem 22. Juni 2001 an.

Wie im Aufsichtsratsbericht 2001 bereits dargelegt, waren am 30. November 2001 die Herren Dr. Thomas Kurze, Dr. Wolfgang Rupf und Dr. Lothar Wackerbeck aus dem Vorstand der Bankgesellschaft ausgeschieden. Der im Juni 2001 durch den Aufsichtsrat erteilte Auftrag an eine renommierte Anwaltskanzlei, die Ermittlung, Verfolgung und konsequente Durchsetzung von Regressansprüchen gegen Organmitglieder zu prüfen, führte im Ergebnis und nach eingehenden Beratungen im Aufsichtsrat zu außerordentlichen Kündigungen aus wichtigem Grund der Dienstverträge der Herren Dr. Kurze und Dr. Wackerbeck mit Wirkung vom 24. Januar 2002 und des Dienstvertrages von Herrn Dr. Wolfgang Rupf mit Wirkung vom 25. Juni 2002.

Der Aufsichtsrat hat mit Wirkung vom 1. September 2002 Herrn Dr. Thomas Veit zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Bank bestellt, der die Ressorts Finanzen, Immobilienfinanzierung sowie seit 1. April 2003 zusätzlich das Ressort Organisation und Informationstechnologie verantwortet.

Des Weiteren wurde Herr Uwe Kruschinski mit Wirkung vom 10. März 2003 zum ordentlichen Mitglied des Vorstands der Bank bestellt. Herr Kruschinski ist auf Vorstandsebene im Konzern für das Kreditgeschäft (Marktfolgebereich) zuständig.

Auf eigenen Wunsch und im freundlichen Einvernehmen ist Herr Hubert Piel zum 31. März 2003 aus dem Konzern ausgeschieden. Aufsichtsrat und Vorstand danken Herrn Piel für seine im Vorstand geleistete Arbeit.

Das nach langjähriger Tätigkeit zum 31. Dezember 2001 in den Ruhestand getretene ehemalige Vorstandsmitglied Herr Hans Leukers ist am 7. Oktober 2002 unerwartet verstorben. Herr Leukers hatte im Rahmen seiner Ressortverantwortung seit 1994 das Kapitalmarktgeschäft in Berlin und London geleitet. Sein Andenken wird in ehrender Erinnerung gehalten.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands, den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihr im zurückliegenden Jahr der Bank gezeigtes hohes Engagement und die im Interesse einer erfolgreichen Restrukturierung des Konzerns und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank erbrachten außerordentlichen persönlichen Beiträge.

Berlin, im Mai 2003

Der Aufsichtsrat

Ernst-Otto Sandvoß
Vorsitzender

CORPORATE GOVERNANCE

Die Bedeutung von Corporate Governance hat in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Entsprechende Standards sind für den Kapitalmarkt, insbesondere für institutionelle Anleger, ein zunehmend wichtiges Investmentkriterium. Auch für Kunden und Geschäftspartner eines Unternehmens ist vorbildhaft praktizierte Corporate Governance ein Signal für die Integrität seiner Führungsorgane.

Corporate Governance bezeichnet international anerkannte Grundsätze und Regeln zur Leitung und Kontrolle von Unternehmen, vor allem unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Steigerung des Unternehmenswerts. In der Regel spricht man von guter und verantwortlicher Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand und Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin messen Corporate Governance – nicht zuletzt vor dem Hintergrund geschäftspolitischer Verfehlungen des Konzerns in der Vergangenheit – eine große Bedeutung bei. Verlässliche und effiziente Regeln für die Führung und Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind impliziter Bestandteil des laufenden Sanierungsprozesses und eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Neuausrichtung des Konzerns.

Die vom Bundesjustizministerium im September 2001 eingesetzte Regierungskommission hat im Februar 2002 einen Deutschen Corporate Governance Kodex vorgelegt. Dieser richtet sich in erster Linie an alle börsennotierten Gesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat der Bankgesellschaft Berlin haben sich im vergangenen Jahr eingehend mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex befasst und Ende 2002 beschlossen, die Empfehlungen der Regierungskommission grundsätzlich anzuerkennen und weitgehend zu befolgen. Die Bankgesellschaft Berlin bekennt sich somit zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung angelegten Unternehmensführung.

Nach § 161 des Aktiengesetzes (AktG) sind börsennotierte Gesellschaften verpflichtet, Abweichungen von den so genannten Soll-Bestimmungen des Kodex der Regierungskommission in einer „Entsprechenserklärung“ aufzuführen. Die am 17. Dezember 2002 abgegebene Erklärung hatte im Fall der Bankgesellschaft Berlin folgenden Wortlaut:

„Den Verhaltensempfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex wird mit den folgenden Ausnahmen entsprochen:

Der Konzern Bankgesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Ab dem Jahr 2003 wird den Verhaltensempfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprochen und ein angemessener Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat mit dem Versicherer vereinbart (Ziffer 3.8. des Kodex).

Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte werden abweichend von der Verhaltensempfehlung nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards, sondern gemäß den Vorschriften des HGB erstellt. Darüber hinaus werden die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet (Ziffer 7.1.1. des Kodex).

Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein. Diese Anforderung ist auf Grund der Komplexität und Umbruchphase des Konzerns derzeit nicht erfüllbar (Ziffer 7.1.2. des Kodex).“

Der angemessene Selbstbehalt ist zwischenzeitlich bei dem Neuabschluss der D&O-Versicherung für das Geschäftsjahr 2003 berücksichtigt worden.

Außerdem werden meldepflichtige Transaktionen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in Aktien oder Derivaten der Bankgesellschaft Berlin gemäß § 15 a WpHG zeitnah auf der Homepage der Bank veröffentlicht.

Corporate Governance ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Um Funktion und Praktikabilität der Standards zu sichern, ist das Regelwerk an neue gesetzliche Anforderungen und an veränderte Marktgegebenheiten anzupassen. Vorstand und Aufsichtsrat werden die Corporate Governance-Grundsätze des Konzerns Bankgesellschaft Berlin deshalb regelmäßig überprüfen und bei Bedarf aktualisieren.

Die jeweils gültige Fassung der „Entsprechenserklärung“ nach § 161 AktG ist über die Homepage der Bankgesellschaft (www.bankgesellschaft.de) und dort unter „Investor Relations/Corporate Governance“ ständig abrufbar.



Unternehmensprofil

Bankgesellschaft Berlin – unser Selbstverständnis in der Sanierung

Die Bankgesellschaft Berlin hat im Dezember 2001 eine tief greifende Sanierung bekannt gegeben. Seitdem setzt die Bank ein Restrukturierungsprogramm konsequent um, das neben der weitgehenden Konzentration auf das Geschäftsgebiet Berlin-Brandenburg und auf das Retailgeschäft eine nachhaltige Reduktion der Sach-, Risiko- und Personalkosten beinhaltet. Gleichzeitig sichert die Bank ihre Marktposition durch gezielte Vertriebsoffensiven in ertragreichen Geschäftssegmenten.

Für eine erfolgreiche Sanierung

Aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber unseren Kunden, unseren Aktionären und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat die Bank mit erheblichem Aufwand die Restrukturierung vorangetrieben. Das erste Jahr der Sanierung stand auch im Zeichen der intensiven Aufarbeitung der Vergangenheit. Dabei unterstützt die Bank alle Bemühungen, schuldhaftes Verhalten aus der Vergangenheit der Bank aufzuklären und wird, wo immer es möglich ist, Schadensersatzansprüche durchsetzen.

Nach einem Jahr Sanierung zeigen sich nachhaltige Erfolge: Die ehrgeizigen Ziele für das Jahr 2002 wurden erreicht, teilweise konnten deutlich bessere Ergebnisse als geplant erzielt werden. Für uns ist dies Ansporn, auch die künftigen Sanierungsschritte als Herausforderung anzunehmen. Zum Nutzen unserer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter.



Für unsere Zukunft

Die Bankenbranche ist in einem tiefen strukturellen Umbruch. Immer deutlicher zeigt sich, dass unser Geschäft nur mit einer starken Marktposition mit relevanten Marktanteilen oder mit besonderer Spezialkenntnis

Wir haben gute Fortschritte bei der Sanierung gemacht. Jetzt muss die nächste Stufe greifen: die Rückkehr zu nachhaltigen Ergebnissen.

in ausgewählten und attraktiven Geschäftsfeldern erfolgreich betrieben werden kann. So soll die künftige Bankgesellschaft Berlin positioniert werden: Die Marktführerschaft in der Hauptstadt-Region im Geschäft mit

Privat- und Firmenkunden werden wir qualitativ ausbauen. Außerdem engagieren wir uns in ausgewählten Segmenten des Kapitalmarktgeschäfts. Und zwar dort, wo wir Fachwissen und ausgezeichnete Marktkenntnis miteinander verbinden können. Zudem nutzen wir unsere Marktstellung im Immobilienfinanzierungsgeschäft – unter striktem Einsatz eines effizienten Risikocontrollings.

Die innere Ordnung unserer Bank musste im ersten Jahr der Sanierung deutlich verbessert werden. Entscheidungen werden inzwischen in allen Bereichen der Bank allein auf Basis sachlicher und risikobewusster Analysen bei erhöhter kritischer Selbsteinschätzung getroffen. Daran messen wir die Leistung unserer Führungskräfte und Mitarbeiter. Daran wollen wir uns als Bankgesellschaft Berlin messen lassen.

Für eine glaubwürdige Führung

Veränderungsbereitschaft und hoher Anspruch an die Qualität der Arbeit müssen vorgelebt werden. Der Vorstand und die oberen Führungskräfte fühlen sich den Zielen der Sanierung in besonderer Weise verpflichtet. Wir fördern eine Kultur der Leistungs-, Kunden-, Kosten- und Risikoorientierung. Klare Vorgaben und transparente Erfolgskriterien begleiten den Sanierungsprozess.

Als wesentliche Veränderung aus der Restrukturierung der Bank werden die Bereiche der Bankgesellschaft Berlin und ihrer Tochtergesellschaft Landesbank Berlin über die Marken hinweg einheitlich und weitgehend personenidentisch geführt. Dies hatte zur Konsequenz, dass im vergangenen Jahr die Zahl der Führungskräfte in den oberen Ebenen mehr als halbiert werden konnte. Faire Auswahlverfahren führten zu den bestmöglichen Personalentscheidungen. So wurden Reibungsverluste vermieden, Hierarchiestufen konnten zugunsten einer schlanken Führungsstruktur abgebaut werden. Die im Jahr 2002 geschaffenen Entscheidungsstrukturen werden inzwischen erfolgreich gelebt.

Unternehmensprofil

Für zukunftsichere Arbeitsplätze

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung. Trotz schmerzhafter finanzieller Einschnitte und trotz des unvermeidlichen Personalabbaus kämpft unsere Belegschaft mit großem Engagement für die Zukunft der Bankgesellschaft. Der Stellenabbau muss auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Er erfolgt aber auch künftig, so weit dies irgend möglich ist, auf freiwilliger Basis. Gemeinsam mit den gewählten Vertretern unserer Mitarbeiter haben wir die dafür notwendigen Vereinbarungen geschlossen. Für kritisch konstruktive Begleitung danken wir den Arbeitnehmervertretern unserer Bank. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten ist klar: Am Ende der Sanierung können wir in einer ertragsstarken Regionalbank zukunftsorientierte Arbeitsplätze bieten.

Für unsere Kunden in der Hauptstadt-Region

Die Bankgesellschaft versteht sich als innovatives und kundennahes Kreditinstitut der Hauptstadt-Region. Die Nähe zu den Kunden ist uns Verpflichtung. Wir arbeiten dafür, ihren Anforderungen an modernes Bankgeschäft gerecht zu werden. Mit unseren Marken Berliner Sparkasse,

Landesbank Berlin und Berliner Bank behaupten wir unsere herausragende Position im Privat- und Firmenkundengeschäft. Diese Stellung nutzen wir ebenfalls für das Wertpapiergeschäft, das private Immobilienfinanzierungsgeschäft und die gewerbliche Immobilienfinanzierung. Trotz Zusammenlegungen von Geschäftsstellen sind wir weiterhin im unmittelbaren Umfeld unserer Kunden präsent. Vom Anlagegeschäft über das Kreditgeschäft bis zur Beratung über Versicherungs-, Bauspar- und Zahlungsverkehrsprodukte stellen wir ein umfassendes Angebot an Bankprodukten bereit. In den VermögensanlageCentern der Berliner Sparkasse und den BeratungsCentern der Berliner Bank betreuen wir vermögende Privatkunden bei ihren Anlagen- und Finanzierungswünschen. Unsere Finanzdienstleistungen bieten wir außerdem über das Internet und per Telefon-Banking an. So entscheiden unsere Kunden über den für sie interessantesten Weg zu uns.

Für unsere Stellung in den Märkten

Unsere Stärken in ausgewählten Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts nutzen wir als spezialisierter internationaler Marktteilnehmer. Im Rahmen der Restrukturierung hat sich das strategische Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft aus nicht profitablen Geschäftszweigen zurück-

Die Bankgesellschaft Berlin versteht sich als modernes und kundennahes Kreditinstitut der Hauptstadt-Region.

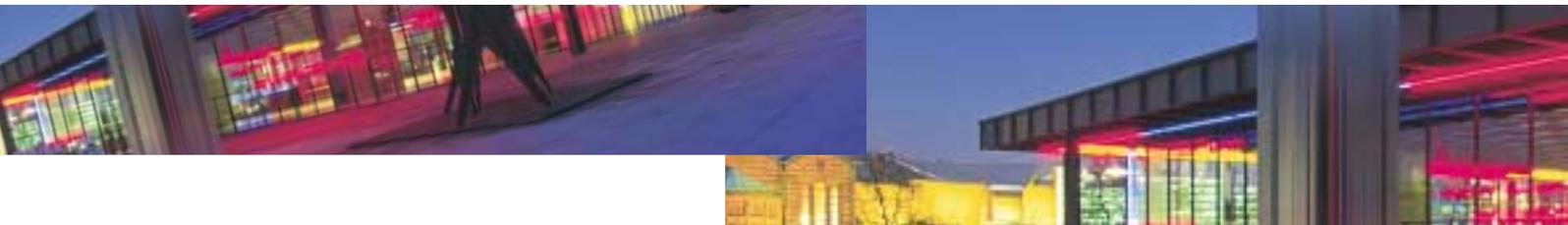
gezogen und Eigenkapital bindende Geschäftsvolumina deutlich zurückgeführt. Künftig ist die Intensivierung des Kundengeschäfts eine zentrale

Aufgabe; unter anderem profiliert sich die Bank als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger. Organisatorisch haben wir das Geschäft auf wesentliche Bereiche konsolidiert. In der anhaltend schwierigen Lage der internationalen Kapitalmärkte und trotz der aufwendigen Restrukturierungsmaßnahmen konnte sich die Bank in diesem Geschäftsfeld eine gute Position erarbeiten.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierungen richten wir uns auf die Bedürfnisse von in- und ausländischen Investoren, Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften sowie ausgewählten Immobilienentwicklern aus. Dabei konzentriert sich das Geschäftsfeld auf wirtschaftsstarke Ballungsgebiete wie Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München. Die Kunden der Berlin Hyp können das Dienstleistungsangebot des Geschäftsfelds auch am Standort Hannover nutzen.

Für unsere Aktionäre

Als börsennotiertes Unternehmen der Hauptstadt sehen wir uns in der Verantwortung gegenüber unseren Aktionären. Mit innovativen Produkten, Marktkenntnis, Risiko- und Kostenbewusstsein wollen wir die Bankgesellschaft Berlin wieder auf den Erfolgskurs führen und so der negativen Entwicklung unserer Aktie entgegenwirken. Besonders fühlen wir uns in der Verantwortung gegenüber unserem Hauptaktionär, dem Land Berlin. Durch dessen Unterstützung ist eine erfolgreiche Sanierung erst ermöglicht worden. Aus der Vergangenheit haben wir gelernt. Wir engagieren uns nur dort, wo wirtschaftlicher Erfolg absehbar ist. Transparenz in Bezug auf Entscheidungen, Risiken und den jeweiligen Sanierungsstand sind uns selbstverständliche Pflicht. Unseren Aktionären danken wir für das Vertrauen in die Zukunft einer sanierten und stark in den Märkten präsenten Bankgesellschaft Berlin.



Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2002 bewegte sich die Bankgesellschaft Berlin in einem wirtschaftlichen Umfeld, das von starken Unsicherheiten geprägt war. Die dringend notwendige konjunkturelle Erholung der Märkte blieb aus und die Arbeitslosigkeit verharrte weiterhin auf hohem Niveau.

Konjunkturelle Entwicklung Berlin

In Berlin haben sich die Erwartungen an den Konjunkturverlauf auch 2002 nicht erfüllt. Das reale Bruttoinlandsprodukt verringerte sich im vergangenen Jahr um 0,7% (Vorjahr: -0,8%) und ging damit stärker zurück als in den anderen Bundesländern.

Das Ergebnis entwickelte sich vor allem durch Leistungseinbrüche im verarbeitenden Gewerbe sowie im Baubereich negativ. Diese Einbrüche konnten nicht durch entsprechende Zunahmen im Dienstleistungssektor kompensiert werden. Zwar verzeichneten die Unternehmen aus den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung weitere Zuwächse, das Kredit- und Versicherungsgewerbe musste jedoch Einbußen verkraften. Die Sparzwänge des Landes Berlin erlaubten keine Ausweitung der öffentlichen Leistungen.

Seit nunmehr neun Jahren findet die Berliner Wirtschaft keinen Anschluss an die gesamtdeutsche Entwicklung. Auch die neuesten Monatsdaten der amtlichen Statistik zeigen keine Verbesserung dieser Lage. Im Gegenteil: Immer mehr Signale deuten darauf hin, dass sich die Belebung der Berliner Wirtschaft weiter verzögern wird. Vor dem Hintergrund der bundesweiten Wachstumschwäche entwickelten sich nahezu alle Bereiche negativ. Auch für das Jahr 2003 rechnen wir mit einer leichten Verringerung der Wirtschaftsleistung und weiter steigenden Arbeitslosenzahlen.

Im vergangenen Jahr konnte sich die Berliner Industrie nicht aus ihrem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld lösen. Die Berliner Betriebe des verarbeitenden Gewerbes erzielten einen Gesamtumsatz von lediglich 30 Mrd. €, und damit 2,5% weniger als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür waren Einbußen beim Inlandsumsatz, der um 3,2% unter dem Vorjahreswert lag. Der Auslandsumsatz konnte dagegen das Vorjahresniveau von 7,5 Mrd. € knapp halten. Die Aussichten der Berliner Industriebetriebe haben sich zuletzt weiter verschlechtert. So gingen die Auftragseingänge – als Frühindikatoren künftiger Industrieproduktion – im Jahr 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum real um 6% zurück.

In der Berliner Bauwirtschaft setzten sich die schlechten Nachrichten im vergangenen Jahr fort. Das Umsatzvolumen ging erneut stark zurück und betrug am Jahresende 2,5 Mrd. € (-16,2%). Auch im laufenden Jahr ist keine Besserung in Sicht. Die dramatische Haushaltslage Berlins lässt bei den Investitionen keine Spielräume zu. Sowohl die Baugenehmigungs- als auch die Auftragseingangsstatistik lassen insgesamt noch keinen Aufschwung erkennen. Vereinzelt Lichtblicke sollten nicht überbewertet werden, da sie fast ausschließlich auf einmaligen Großaufträgen beruhen.

Zudem zeigten die Berliner Exporte nicht mehr die positive Entwicklung der vergangenen Jahre. Sie lagen 2002 mit 8,8 Mrd. € um 3,3% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die wichtigsten Handelspartner der



Berliner Exporteure sind zwar nach wie vor die Länder der Europäischen Union (EU). Die kräftigsten Impulse für die Warenausfuhr kamen in den vergangenen Jahren jedoch von Staaten außerhalb der EU. Dabei nahmen die Warenlieferungen nach Mittel- und Osteuropa besonders stark zu. Der Anteil dieser Wachstumsmärkte an den Auslandsausfuhrungen lag Ende 2002 bei 16,1%. Ein Aufschwung bei den Exporten setzt voraus, dass sich das weltwirtschaftliche Umfeld verbessert.

Auch von den Konsumenten gehen nach wie vor keine positiven Signale aus. Im vergangenen Jahr haben sich die Berliner Verbraucher ungewöhnlich stark zurückgehalten. So setzte der Einzelhandel 2002 nominal 6,3% weniger um. Die Ursache für den schwachen privaten Konsum lag unter anderem in der weiter steigenden Arbeitslosigkeit. Angesichts des anhaltenden Stellenabbaus kann die private Nachfrage kaum in Gang kommen, und der Konsum bleibt schwach. Deshalb steht die Aussicht auf einen Aufschwung in Berlin unter dem Vorbehalt, dass sich das wirtschaftliche Umfeld deutschlandweit verbessert.

Die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt blieb auch im Jahr 2002 angespannt. Im Jahresdurchschnitt zählten die Arbeitsämter in der Hauptstadt 288.300 erwerbslose Personen, 16.000 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 16,9%. Ausschlaggebend dafür war vor allem die anhaltend

schlechte wirtschaftliche Situation im Baugewerbe. Aber auch in anderen Erwerbszweigen, etwa bei Bürokräften und Warenkaufleuten, erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen.

Im Jahr 2003 wird nicht mit einer Entspannung auf dem Berliner Arbeitsmarkt gerechnet.

Konjunkturelle Entwicklung Deutschland

Deutschland verzeichnete im Jahr 2002 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2% erneut das schwächste Wirtschaftswachstum unter den Ländern der Euro-Zone. Zwar wurden die rezessiven Tendenzen des Vorjahres überwunden, doch verlief der Aufschwung angesichts einer stark schrumpfenden Binnennachfrage sehr zögerlich.

Ursächlich für die Wachstumsschwäche Deutschlands sind vor allem Strukturprobleme. So hat allein die fortgesetzte Krise in der Bauwirtschaft – die Bauinvestitionen sind nach einem Rückgang um 5,7% im Vorjahr nochmals um 5,6% geschrumpft – das Wirtschaftswachstum um etwa 0,7 Prozentpunkte gebremst. Zudem bleiben sowohl die Konsumneigung als auch die Investitionsbereitschaft in Deutschland seit Jahren hinter dem Euro-land-Durchschnitt zurück.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wichtigster und nahezu einziger konjunktureller Impulsgeber war wie in den beiden Vorjahren der Außenhandel. Während sich die Auslandsnachfrage weiter erholte, reduzierten deutsche Unternehmen ihre Bestellungen ausländischer Vorleistungen. Per Saldo ergab sich aus dem Export und Import von Waren und Dienstleistungen ein Handelsbilanzüberschuss von mehr als 126 Mrd. € (Vorjahr: 95 Mrd. €).

Konjunkturelle Entwicklung Euroland

Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum verlief sehr verhalten. Entgegen den Erwartungen war keine nennenswerte Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erkennen; das Bruttoinlandsprodukt nahm real nur um 0,8% zu – dies war die niedrigste Zuwachsrate seit 1993.

Beeinflusst wurde die Konjunktur vor allem durch die enttäuschende Binnennachfrage. Die seit fast zwei Jahren anhaltende Talfahrt der Ausrüstungsinvestitionen hat sich weiter fortgesetzt. Auch die seit Frühjahr 2001 von der Europäischen Zentralbank vorgenommenen Zinssenkungen um insgesamt 200 Basispunkte (von 4,75% auf 2,75% zum Jahresende 2002) konnten die Investitionstätigkeit nicht beleben.

Darüber hinaus entwickelten sich die privaten Konsumausgaben nur schwach. Die zunehmend ungünstigere Arbeitsmarktlage bremste den Anstieg der verfügbaren Einkommen. Das von weiten Teilen der Bevölkerung als überhöht empfundene Preisniveau im

Zuge der Euro-Bargeld-Einführung sowie die Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung verunsicherten die Konsumenten und führten zu einer Kaufzurückhaltung.

Im Vergleich dazu blieb der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte – trotz des ungünstigen weltwirtschaftlichen Umfelds und eines niedrigen Euro-Wechselkurses – mit 0,6 Prozentpunkten unverändert.

Die Konjunkturverläufe in den Ländern des Euro-raums ähneln sich zunehmend, allerdings weisen gerade die größeren Länder weiterhin niedrige Wachstumsraten auf.

Konjunkturelle Entwicklung Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2002 durch hohe Unsicherheiten gekennzeichnet. Zwar konnte sich die Weltwirtschaft in der ersten Jahreshälfte von der vorangegangenen Rezession erholen; den Stabilisierungstendenzen folgte allerdings im weiteren Jahresverlauf kein gefestigter Aufschwung. Vielmehr haben sich die Wachstumsaussichten erneut verschlechtert.

Dabei haben vor allem zwei Faktoren zu der unerwartet labilen Konjunkturentwicklung beigetragen: Zum einen beschränkte sich die Erholung zunächst weitgehend auf die Vereinigten Staaten. Sowohl in Europa als auch in Japan blieb die Binnennachfrage schwach, so dass der Aufschwung dort bis auf wenige Ausnahmen stark außenwirtschaftlich geprägt war.

Zum anderen wurde die Weltwirtschaft im Jahresverlauf von einer schweren Vertrauenskrise erschüttert. An den Aktienmärkten kam es zu teilweise dramatischen

Kurseinbrüchen, die durch Bilanzskandale wichtiger börsennotierter Unternehmen noch verstärkt wurden. Zudem belasteten politische Unsicherheiten die Konjunktur. So führte die Unsicherheit über den Beginn und Verlauf des Irak-Kriegs zu einem Anstieg der Ölpreise.

Finanzmärkte

Im ersten Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in Amerika herrschte unverändert große Unsicherheit über die weiteren Entwicklungstendenzen an den internationalen Finanzmärkten. Dabei sah es bis zum Frühjahr noch so aus, als ob die US-Konjunktur sich überraschend schnell von der jüngsten Rezession und dem Schock des 11. Septembers erholen würde.

Die Aktienindizes in den USA und in Europa erholten sich zunächst deutlich von den Tiefständen im Herbst 2001, die Kapitalmarktrenditen kletterten sowohl in den USA als auch in Deutschland wieder deutlich über 5%. Die Zinsstruktur wurde steiler und zumindest für die USA war zu diesem Zeitpunkt am Terminmarkt bereits wieder eine erste Leitzinserhöhung eingepreist.

Bilanzskandale, fehlerhafte Testate der Wirtschaftsprüfer und irreführende Analystenempfehlungen erschütterten das Vertrauen der Anleger nachhaltig. Bereits zum Ende des zweiten Quartals 2002 setzte eine erneute Trendwende ein, in deren Verlauf die Aktienkurse unter das Niveau vom Herbst 2001 fielen und die Renditen 10-jähriger US-Staatsanleihen bis auf 3,6% sanken. Dieses Niveau war zuletzt in den 50er Jahren erreicht worden.

Im Schlepptau der US-Vorgaben gingen die Kapitalmarktrenditen in Deutschland über das gesamte Laufzeit-spektrum ebenfalls kontinuierlich, wenn auch wesentlich langsamer, zurück.

Erst eine erneute Leitzinssenkung der US-Notenbank Fed im November vergangenen Jahres konnte den Rendite-rückgang zumindest am amerikanischen Rentenmarkt stoppen und den Aktienmärkten

vorübergehend neue Impulse verleihen. Angesichts des eskalierenden Irak-Konflikts, der im März 2003 im Kriegsausbruch mündete, wurde der Glaube der Anleger an eine dauerhafte Besserung der weltwirtschaftlichen Lage jedoch schon bald wieder erschüttert. Daran konnte auch eine Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) nichts ändern: Sie hatte die europäische Geldpolitik ungeachtet eines anhaltend kräftigen Geldmengenwachstums und einer fortgesetzten Verfehlung des selbst gesteckten Inflationsziels ebenfalls gelockert. Im Einklang mit der Erholung des Euro gegenüber dem US-Dollar flachte der Zinsvorsprung deutscher öffentlicher Anleihen gegenüber vergleichbaren US-Anleihen von knapp 70 Basispunkten im Herbst auf 25 Basispunkte zum Jahresende wieder ab.

Die internationalen Finanzmärkte entwickelten sich 2002 in einem schwierigen Umfeld. Die Lage war durch politische und konjunkturelle Unsicherheiten geprägt.

Aus den Geschäftsfeldern

PERFORMANCE DER STRATEGISCHEN GESCHÄFTSFELDER

Die Umsetzung der neuen Strategie und die Restrukturierung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin prägen das Geschäftsjahr 2002.

Der Vorstand der Bankgesellschaft gewährleistet die einheitliche Konzernführung der Strategischen Geschäftsfelder. Die Leitung der Geschäftsfelder trägt die direkte Ergebnisverantwortung für die ihr zugeordneten Konzernunternehmen und Märkte. Die Segmentberichterstattung wurde der neu ausgerichteten Strategie und dem damit verbundenen Rückzug aus bestimmten Märkten angepasst. Wir berichten über folgende Segmente:

- Private Kunden
- Firmenkunden
- Kapitalmarktgeschäft
- Immobilienfinanzierung
- Immobiliendienstleistungen
- Corporate Investments
- Fördergeschäft
- Sonstiges/Konsolidierung

Die Strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert: Betriebsergebnis nach Risikovorsorge, Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio.

Zur deutlichen Verbesserung des operativen Ergebnisses im Konzern (nach Risikovorsorge) trugen im vergangenen Jahr nahezu alle Geschäftsfelder bei. Die positive Entwicklung im Segment Immobilienfinanzierung gestattete eine Rückführung der Risikovorsorge im Konzern um 121 Mio. € auf 617 Mio. €. Die Ursachen für den Konzernverlust lagen überwiegend in der Neubewertung des Anlagebestands (eine ausführliche Darstellung der Abschreibungen auf EURO STOXX-50 Fondsanteile findet sich im Lagebericht) und in weiteren Restrukturierungskosten, die unter Sonstiges/Konsolidierung erfasst wurden. Alle Segmente konnten den Verwaltungsaufwand und den Personalbestand reduzieren. Die Risikoaktiva und die Eigenkapitalbindung gingen entsprechend unserer Strategie im Kapitalmarktgeschäft und bei Immobilienfinanzierungen deutlich zurück.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** schränkte wie geplant die Aktivitäten außerhalb des Großraums Berlin ein und strukturierte das Vertriebsnetz um. Dabei wurde die weiter verstärkte Kundenausrichtung durch Prozessoptimierungen und Zentralisierung aller Marktfolgeprozesse (Backoffice) unterstützt. Die weiterhin schwache Börsensituation, die Aufgabe der überregionalen Standorte und die widrige Konjunktur belasteten die Ertragsrechnung. Der Verwaltungsaufwand konnte um mehr als 14% auf 660 Mio. € gesenkt werden. Mit der Reduzierung von Mitarbeiterkapazitäten um 460 auf 3.980 steuerte das Segment fast ein Fünftel zum Personalabbau im Konzern



bei. Das Ergebnis vor Steuern und Risikovorsorge legte um 67 Mio. € zu. Nach Risikovorsorge konnte der Konzern in diesem Geschäftsfeld den Verlust von 55 Mio. € auf 24 Mio. € reduzieren. Die Cost-Income-Ratio belief sich auf 89,9%.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** erzielte ein ausgeglichenes Ergebnis vor Steuern. Auch hier wurden die Kosten deutlich um rund 15 % auf 147 Mio. € gesenkt, jedoch konnte der Ertragsrückgang damit nicht ausgeglichen werden.

Das Geschäftsfeld **Kapitalmarktgeschäft** konnte trotz schwieriger Marktverhältnisse und des eingeleiteten Rückzugs aus Teilsegmenten (Großkunden, Strukturierte Finanzierungen) sein Ertragsniveau halten. Im Sektor des Großkundengeschäfts musste die Risikovorsorge jedoch erhöht werden. Da die Bewertungserfordernisse in den Beständen der Liquiditätsreserve geringer waren und der Kostenblock um 15 % auf 225 Mio. € gesenkt werden konnte, verbesserte sich das Ergebnis um 80 Mio. € auf 231 Mio. €.

Im Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** gelang es, die Verwaltungskosten um 14 % auf 99 Mio. € und die Risikokosten um 184 Mio. € (39%) auf 289 Mio. € zu senken. Da der Zinsüberschuss jedoch um 75 Mio. € (21%) zurückging, konnte der Verlust des Vorjahres (200 Mio. €) nur auf 119 Mio. € reduziert werden. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Geschäftsjahr planmäßig kaum Neugeschäft abgeschlossen und alle Kapazitäten auf die

Restrukturierung des Bereichs ausgerichtet wurden. Darüber hinaus wirkte sich die Enthftung von Krediten durch das Land Berlin in einer Reduzierung der Risikoaktiva und geringerem Eigenkapitalbedarf aus.

Die Entwicklung des Geschäftsfelds **Immobilienleistungen** war geprägt durch die fortgesetzte Restrukturierung und Redimensionierung, den Abbau der Vorratsimmobilien und das Risikomanagement. Folglich entstand ein Verlust von 62 Mio. €. Das im Vorjahr erzielte Ergebnis von 99 Mio. € war von Sondereffekten im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung durch das Land Berlin geprägt gewesen.

Die in **Corporate Investments** zusammengefassten vier Institute Allgemeine Privatkundenbank AG (ALLBANK), Weberbank Privatbankiers KGaA, Zivnostenská banka a.s. und Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. entwickelten sich planmäßig und erwirtschafteten ein Ergebnis vor Steuern von 22 Mio. €. Insbesondere in der ALLBANK wurden weitere Rückstellungen für die Restrukturierung gebildet, die die Reduzierung des Ergebnisses um 8 Mio. € in diesem Segment begründen.

Das **Fördergeschäft** erreichte nur ein knapp ausgeglichenes Ergebnis, da für das Beteiligungsportfolio der Investitionsbank Berlin insgesamt 66 Mio. € wertberichtigt werden mussten.

PERFORMANCE DER STRATEGISCHEN GESCHÄFTSFELDER

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden ¹⁾		Kapitalmarktgeschäft ¹⁾		Immobilienfinanzierung	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Zinsüberschuss	501	535	176	209	548	456	281	354
Provisionsüberschuss	224	243	36	43	20	37	9	18
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften				-2	-24	32		
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen	9	-4		1	26	19	-8	7
Summe Erträge	734	774	212	251	570	544	282	379
Personalaufwand	231	270	79	91	83	111	55	60
Andere Verwaltungsaufwendungen	421	492	67	81	138	148	42	52
Normalabschreibungen	8	5	1		2	2	2	3
Verwaltungsaufwand	660	767	147	172	223	261	99	115
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	74	7	65	79	347	283	183	264
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	61	52	57	97	79	289	473
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve					16	41		
Veränderung der § 340f HGB-Reserve								
Risikovorsorge	93	61	52	57	113	120	289	473
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	-19	-54	13	22	234	163	-106	-209
Ergebnis aus Finanzanlagen	-5		-6		-3			-2
Saldo der übrigen Positionen		-1	-6	-1		-12	-13	11
Ergebnis vor Steuern	-24	-55	1	21	231	151	-119	-200
Segmentvermögen	6.058	6.460	16.974	17.636	104.086	120.038	28.820	31.249
Segmentverbindlichkeiten	14.630	15.953	3.854	4.185	123.758	136.894	1.846	3.072
Risikopositionen	5.365	5.236	6.420	7.345	27.705	37.328	12.925	21.688
Bilanzielles Eigenkapital (Durchschnitt)	266	225	347	313	1.622	1.683	685	872
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.980	4.440	1.131	1.307	609	773	652	728
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf das Ergebnis vor Steuern)	-9,0%	-24,4%	0,3%	6,7%	14,2%	9,0%	-17,4%	-22,9%
Cost-Income-Ratio	89,9%	99,1%	69,3%	68,5%	39,1%	48,0%	35,1%	30,3%

¹⁾ Firmenkunden inkl. Öffentliche Hand; Kapitalmarktgeschäft inkl. Großkunden/Ausland

²⁾ IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden in den sonstigen Aufwendungen bzw. im Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

Immobilienleistungen ²⁾		Corporate Investments		Fördergeschäft		Sonstiges/Konsolidierung		KONZERN	
2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001
-14	12	220	221	160	156	-166	-67	1.706	1.876
		29	25	27	33	-3	-13	342	386
		7	6			-7	-142	-24	-106
19	-124	6	6		-51	-47	-51	5	-197
5	-112	262	258	187	138	-223	-273	2.029	1.959
62	89	91	88	53	52	199	223	853	984
		81	88	34	37	-193	-202	590	696
		16	17	16	14	58	107	103	148
62	89	188	193	103	103	64	128	1.546	1.828
-57	-201	74	65	84	35	-287	-401	483	131
		41	29	39	28	6	11	617	738
		2	-9	-4	-5	-100	-2	-86	25
		1	2	-26				-25	2
		44	22	9	23	-94	9	506	765
-57	-201	30	43	75	12	-193	-410	-23	-634
-1	-356	-1		-66		-367	359	-449	1
-4	656	-7	-13	-8		-106	-66	-144	574
-62	99	22	30	1	12	-666	-117	-616	-59
2.219	3.181	9.550	10.607	19.513	20.056	-12.416	-20.064	174.804	189.163
2.219	3.181	9.550	10.607	19.513	20.056	-566	-4.785	174.804	189.163
		5.639	5.688	4.392	4.508	8.378	7.740	70.824	89.533
462	218	286	232	414	347	331	307	4.413	4.197
1.057	1.559	1.932	2.022	751	780	2.863	3.367	12.975	14.976
-13,4%	45,4%	7,7%	12,9%	0,2%	3,5%			-14,0%	-1,4%
		71,8%	74,8%	55,1%	74,6%			76,2%	93,3%



PRIVATE KUNDEN

Mit dem Geschäftsfeld Private Kunden behauptete die Bankgesellschaft Berlin im Jahr 2002 ihre Position gegenüber dem Wettbewerb im Bereich Finanzdienstleistungen für Privatpersonen. In den PrivatkundenCentern bieten wir umfassende Lösungen für die finanziellen Bedürfnisse unserer Kunden, zum Beispiel zur Altersvorsorge, zum Vermögensaufbau, der Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie zum Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement. Die BeratungsCenter Private Kunden (Berliner Bank) bzw. VermögensanlageCenter (Berliner Sparkasse) konzentrieren sich dabei auf die besonderen Ansprüche vermögender Kunden.

Das Jahr 2002 kennzeichneten weitreichende Maßnahmen zur Kostensenkung. Das Geschäftsfeld Private Kunden hat durch Anpassungen der Abläufe und Strukturen rund 460 Mitarbeiterkapazitäten reduziert und konzentriert sich strategisch nunmehr auf das Vertriebsnetz in Berlin. Aus den überregionalen Standorten haben wir uns zurückgezogen. Das Kundengeschäft war durch die öffentliche Diskussion um die Risikoabschirmung belastet. Das Geschäftsfeld Private Kunden hat im Jahr 2002 rund 59.000 oder 2,9% seiner Kunden mit Privatgirokonten verloren. Damit lagen die Abgaben von Kunden an Wettbewerber unter den ursprünglichen Projektionen zu den Effekten aus der Straffung der Filialnetze.

Stationärer Vertrieb im Großraum Berlin

Die Basis des Geschäfts mit privaten Kunden bleibt der stationäre Vertrieb. Die erforderliche Neustrukturierung des Geschäfts führte im vergangenen Jahr zu einer Konzentration auf die Marken Berliner Bank und Berliner

Sparkasse sowie auf die Region Berlin. Dieser Strategie entsprechend wurden die Zivnostenská banka, Prag, veräußert und Verkaufsverhandlungen für die ALLBANK in die Wege geleitet. Der Verkauf der Weberbank wird vorbereitet. Die Zahlen für die Beteiligungen des Geschäftsfelds sind im vorliegenden Segmentergebnis nicht mehr enthalten.

Im Laufe des Jahres 2002 wurde das Vertriebsnetz der beiden Marken auf seine Rentabilität überprüft. Im Ergebnis wurden bis zum Jahresende 33 Standorte der Berliner Bank und 20 Standorte der Berliner Sparkasse geschlossen. Dabei haben wir sichergestellt, dass die PrivatkundenCenter für unsere Kunden weiterhin gut erreichbar sind.

Hinsichtlich einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Geschäftsprozesse wurde die 2001 eingeleitete markenübergreifende Angleichung der Backoffice-Prozesse abgeschlossen und weiter optimiert. Ziel ist eine effiziente und schnelle Produktion und Abwicklung unserer Angebote und Dienstleistungen im Sinne unserer Kunden. Die internen Stabsfunktionen und Führungsstrukturen im Geschäftsfeld wurden deutlich verschlankt.



Private Kunden – Kredite

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tages- und Termingelder	225	472
Kontokorrentkredite	657	821
Geldmarktnahe Kredite	180	158
Immobilienkredite	3.664	4.163
Andere Kredite (z.B. Konsumentenkredite)	1.240	725
Summe Forderungen an Kunden	5.966	6.339

Private Kunden – Einlagen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen	5.526	5.539
Tagesgelder	68	71
Termineinlagen	997	1.357
Spareinlagen	7.983	8.495
Sparbriefe und Ähnliches	56	62
Summe Kundeneinlagen	14.630	15.524

Eine wesentliche Neuerung in den PrivatkundenCentern ist die flächendeckende Installation von Selbstbedienungs(SB)-Kassenautomaten, die die bisher gewohnten Funktionalitäten der Geldautomaten um die Möglichkeit der Einzahlung von Bargeld erweitern. Künftig können Kunden bequem und unabhängig von Öffnungszeiten nahezu ihre gesamten Kassentransaktionen in den PrivatkundenCentern abwickeln. Die stationären Kassen werden in diesem Zusammenhang schrittweise abgebaut.

Dies bedeutet eine Reduzierung auf der Kostenseite sowie künftig eine Erhöhung der Sicherheitsituation in den Filialen, da in den PrivatkundenCentern keine offenen Bargeldbestände mehr verfügbar sind. Etwa die Hälfte der geplanten Kassenautomaten wurde 2002 aufgestellt, der Abschluss ist für dieses Jahr geplant.

PRIVATE KUNDEN

Elektronische Vertriebswege

Die Nutzung der elektronischen Vertriebswege wächst weiter: So haben rund 400.000 Kunden eine Telefonbanking-Vereinbarung abgeschlossen. Von 275.000 Kunden wurde das Call-Center dabei regelmäßig genutzt. Die Zahl der Internet-Nutzer bei Berliner Bank und Berliner Sparkasse erhöhte sich im Jahr 2002 um ein Drittel auf 360.000. Die Besuche der Websites haben sich im Jahresverlauf auf eine Million noch einmal verdoppelt. Dies unterstreicht eindrucksvoll Wichtigkeit und Akzeptanz dieses Vertriebswegs. Wir gehen davon aus, dass im laufenden Jahr die Zahl der Internet-Nutzer die der potenziellen Call-Center-Nutzer erstmals übersteigen wird.

Im vergangenen Jahr sind die bestehenden Anwendungsmöglichkeiten im Online-Banking und -Brokerage schrittweise weiter ausgebaut worden, um den Servicegrad für die Kunden nochmals zu erhöhen.

Einlagengeschäft

Das Einlagenvolumen von privaten Kunden hat sich um rund 6% auf 14,6 Mrd. € (ohne Beteiligungen) vermindert. Das ist im Wesentlichen auf das Abschmelzen der Spar- und Termineinlagen zurückzuführen. Positiv zur Entwicklung der Sichteinlagen trugen die mehrwertorientierten Girokontomodelle beider Retailmarken (BB*Magic, S-BerlinKonto Brillant) bei.

Aktivgeschäft

Im Aktivgeschäft mit privaten Kunden war erneut ein Rückgang der Bestände zu verzeichnen. Die Forderungen an private Kunden sanken um rund 6% auf 5,9 Mrd. €. Die schlechte Konjunktur- und Arbeitsmarktlage führte zu einer zurückhaltenden Einstellung der privaten Kunden gegenüber der kurzfristigen Kreditaufnahme. Das schlug sich in einem deutlichen Rückgang der Kontokorrentkredite nieder.

Das Geschäft mit Immobilienkrediten war um 12% auf 3,7 Mrd. € rückläufig. Unsicherheiten über anstehende steuerliche Veränderungen und Modifikationen bei der Eigenheimförderung haben im letzten Quartal 2002 diese Entwicklung noch weiter verstärkt. Aus der Bauträgerfinanzierung haben wir uns generell zurückgezogen.

Wertpapiergeschäft

Im Wertpapiergeschäft liegt erneut ein ernüchterndes Jahr hinter den Anlegern. Die ausbleibende Konjunkturerholung und die damit einhergehende Börsenschwäche führten zu einem sinkenden Wertpapierprovisionsergebnis.

In diesem Börsenumfeld haben wir erneut mit innovativen Fondskonzepten (Kaskofonds) und Zertifikaten („SOFIA“ System Optimierter Finanz Anlagen), die eine weitgehende Sicherung des Kapitals beinhalten, sehr gute Absatzerfolge erzielt.

Über die kurz- und mittelfristige Sicht hinaus verfolgen wir in unserer Beratung weiterhin konsequent das Ziel einer langfristigen Optimierung der Vermögensstruktur unserer Kunden. Hierbei stehen die bewährten Produkte aus der Dachfondsfamilie BerolinaCapital sowie der fondsgebundenen Vermögensverwaltung zur Verfügung.

In der Depotverwaltung für private Kunden befanden sich Ende 2002 einschließlich Fondsanteilen insgesamt Wertpapiere im Volumen von rund 7,8 Mrd. €.

Kreditkartengeschäft

Die Zahl der herausgegebenen Kreditkarten liegt im Konzern Bankgesellschaft Berlin unverändert bei 1,5 Mio. Stück. Der Konzern bleibt damit der größte Kreditkartenausstatter in Deutschland.

Das in der Berliner Bank erfolgreich eingesetzte Bonusprogramm für Kreditkartenumsätze mit der webmiles GmbH München wurde auch in der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse eingeführt. Im Co-Branding mit dem ADAC konnte die Attraktivität der eigenen Kartenprodukte im verschärften Wettbewerbsumfeld weiter gesteigert werden. Bereits im ersten Jahr haben sich über 290.000 Kunden aktiv für die Teilnahme an dem webmiles-Programm entschieden.

Durch die Erschließung weiterer Zielgruppen in bestehenden Kartenprogrammen sowie die Akquisition neuer Co-Branding-Partner sind die Weichen für das künftige Wachstum im Kreditkarten-Geschäft gestellt. Der gezielte Einsatz des webmiles-Bonusprogramms wird hierbei die Kundenbindung stärken und die Chancen in der Neukunden-Akquisition verbessern.

Vermittlung von Versicherungen

Bei der Vermittlung von Versicherungen unseres Kooperationspartners Gothaer Versicherungen konnte das Vorjahresergebnis gehalten werden. Den Hauptanteil hieran trägt nach wie vor die Vermittlung von Rentenversicherungen. Der prozentuale Anteil fondsgebundener Versicherungsprodukte hat aufgrund der schlechten Börsenlage leicht abgenommen und erreicht nur noch knapp ein Fünftel des Gesamtergebnisses.

Perspektiven

Im Jahr 2003 soll die Umsetzung der laufenden Restrukturierungsmaßnahmen weitgehend abgeschlossen werden. Die Umgestaltung des Kassengeschäfts und die Prozessoptimierungen im Vertrieb sowie in den nachgelagerten Bereichen werden noch einmal zu jährlichen Sachkosteneinsparungen in relevanter Höhe und zu einem weiteren Rückgang der Personalkosten führen.

Neben diesen Maßnahmen wird der ertragsorientierte Vertrieb unter Intensivierung und Ausweitung der Kundenbeziehungen im Mittelpunkt aller geschäftlichen Aktivitäten stehen. Das Geschäftsfeld Private Kunden plant für 2003 wieder ein positives Ergebnis.



FIRMENKUNDEN

Im Geschäftsjahr 2002 konnte die Bankgesellschaft Berlin im Firmenkundengeschäft der Region Berlin-Brandenburg ihre Marktstellung weitgehend behaupten. Mit den Marken Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse und Berliner Bank betreut der Konzern rund 80.000 Unternehmen in Berlin-Brandenburg mit einem umfassenden Angebot an Finanzdienst- und Beratungsleistungen.

Im Rahmen der Sanierung des Konzerns wurden im vergangenen Jahr Qualitätssteigerungs- und Kostensenkungsmaßnahmen vollzogen. Hierzu zählten vor allem Prozessoptimierungen und die Umsetzung erster Maßnahmen zur Straffung des Vertriebsnetzes der Marken. Um die Steuerung zu optimieren, wurden die bisherigen Geschäftsfelder Firmenkunden und Öffentliche Hand im Geschäftsfeld Firmenkunden zusammengeführt. Im Jahr 2003 werden weitere wichtige Maßnahmen zur Sanierung umgesetzt.

Fokussierung

Das Firmenkundengeschäft mit unseren Marken Berliner Bank und Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse ist auf die Unternehmen in der Region Berlin-Brandenburg fokussiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Betreuung von kleinen und mittleren Unternehmen. Ebenso werden für Gewerbekunden wettbewerbsfähige Produkte angeboten, die dem besonderen Nachfrageprofil nach Finanzierungen, Anlagen und anderen Bankdienstleistungen entsprechen. Die Kompetenzzentren im Firmenkunden-

geschäft (Auslandsgeschäft, Leasing & Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking) wurden nach Effizienzkriterien neu ausgerichtet und stehen den Marken übergreifend zur Vertriebsunterstützung zur Verfügung.

Als Bestandteil des Sanierungskonzepts wurde im Jahr 2002 mit der Rückführung und Aufgabe überregionaler Engagements sowie beratungsintensiver Spezialgeschäfte begonnen. Dies betrifft unter anderem Projektfinanzierungen im Bereich der Öffentlichen Hand, zum Beispiel so genannte Public Private Partnerships.

Die Geschäftsfelder Firmenkunden und Öffentliche Hand wurden im Geschäftsjahr 2002 zusammengefasst. Damit wurde die Steuerung dieser Kundengruppen, die vergleichbare Nachfrageprofile haben, vereinheitlicht.

Risiken im Firmenkundengeschäft

Die verhaltene Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik und die Strukturprobleme in der Region Berlin-Brandenburg, die sich insbesondere in der zunehmenden Zahl von Insolvenzen äußern, stellen an die Kreditvergabe und das Risikomanagement besondere Anforderungen. Trotz dieses schwierigen Umfelds gelang es, die Risikokosten im Firmenkundengeschäft gegenüber dem Vorjahr leicht zu senken. Im Konzern startete im Berichtsjahr



Firmenkunden – Kredite

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tages- und Termingelder	922	1.348
Kontokorrentkredite	577	1.028
Immobilienkredite	1.731	2.059
Andere Kredite	12.666	12.232
Summe Forderungen an Kunden¹⁾	15.896	16.667

Firmenkunden – Einlagen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen	1.914	1.996
Tagesgelder	141	96
Termineinlagen	670	958
Spareinlagen	180	146
Sparbriefe und Ähnliches	1	4
Summe Kundeneinlagen¹⁾	2.906	3.200

¹⁾ einschließlich Geschäftsfeld Öffentliche Hand

die Einführung des neuen Ratingsystems des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV). Dieses Verfahren berücksichtigt bei den Kreditentscheidungen eine verbesserte Risikokalkulation im Sinne der erwarteten Eigenkapitalrichtlinien (Basel II). Der Konzern hat im Rahmen des DSGV-Projekts an der Entwicklung dieses Ratingsystems maßgeblich mitgewirkt.

Das Bestandsmanagement im Aktivgeschäft stand weiterhin im Zeichen der Redimensionierung und der Umschichtung zugunsten guter Bonitäten, während beim Neugeschäft die konservative Kreditpolitik fortgesetzt wurde.

Entwicklung der Zins- und Provisionserträge

Der Zinsertrag entwickelte sich entsprechend der Planung rückläufig. Maßgeblich dafür war die strategiekonforme Reduzierung großer Kreditengagements, insbesondere mit überregionalem Zuschnitt. Vor allem durch den Abbau solcher Finanzierungen wurde im Vergleich zum Vorjahr das Kreditvolumen um 771 Mio. € reduziert.

FIRMENKUNDEN

Im Jahr 2002 wurde das Planziel im Provisionsgeschäft angesichts des schwachen wirtschaftlichen Umfelds nicht vollständig erreicht. Dies gilt vor allem für die Provisionen aus dem Emissionsgeschäft. Auch bei den Wertpapierprovisionen konnten marktbedingt nur geringere Ergebnisse erzielt werden. Positiv verlief die Entwicklung hingegen bei den Zahlungsverkehrserträgen mit einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Mit der Einführung eines neuen Preismodells bei den Geschäftsgirokonten gegen Ende des Geschäftsjahres wurde eine Anpassung an die Kostenstruktur vorgenommen. Gleichzeitig verbesserten sich damit die preislichen Anreize für die Nutzung des beleglosen Zahlungsverkehrs und der Selbstbedienungs-Einrichtungen. Erfreulich hat sich im Jahr 2002 zudem das Leasingneugeschäft entwickelt.

Optimierte Marktbearbeitung

In dem schwierigen Marktumfeld hat das Firmenkundengeschäft seine Marktstellung trotz eines Kundenverlusts von rund 3.000 Kunden behaupten können. Zu der Anzahl der gelösten Kundenverbindungen zählen auch solche, die nicht ertragreich waren.

Im Geschäftsjahr 2002 wurde die im Vorjahr begonnene Implementierung unseres technisch unterstützten Kundenbetreuungssystems in der Firmenkundenbetreuung abgeschlossen. Das so genannte Customer-Relationship-Management-(CRM)-System ermöglicht den direkten Zugriff auf alle relevanten Kundendaten. Es bildet den Grundstein für die elektronische Beratungsakte für jeden Firmenkundenbetreuer. Das CRM-System trägt in der Geschäftsfeldsteuerung maßgeblich dazu bei, die im laufenden Geschäftsjahr begonnene Ertragsoffensive zu steuern.

Restrukturierung

Im Jahr 2002 wurde mit der Umsetzung der Maßnahmen zur Restrukturierung des Firmenkundengeschäfts begonnen. Dies führte bereits im Berichtsjahr zur deutlichen Straffung der Organisationsstrukturen und der Arbeitsprozesse.

So haben wir unter Beibehaltung einer optimierten flächendeckenden Versorgung die Anzahl der Vertriebsstandorte reduziert. Für die Berliner Bank und die Berliner Sparkasse wurde die Anzahl der Standorte um jeweils sechs reduziert. Zudem wurde der Bereich Equity Finance aufgelöst. Die Dienstleistungen dieses Produktfelds werden den Firmenkunden künftig von einem erfahrenen Kooperationspartner angeboten. Außerdem wurden Grundlagen für weitere kostensenkende Maßnahmen in den nächsten Jahren gelegt.

Dazu zählten die Optimierung der Bearbeitungsprozesse in den Bereichen Kredit- und Risikobetreuung, die Vereinfachung der Ablauf- und Aufbauorganisation sowie die Weiterentwicklung der IT-Bearbeitungssysteme. Die Kompetenzzentren für spezielle Produkte wie Leasing & Factoring, Electronic Banking und Auslandsgeschäft wurden neu ausgerichtet.

Die Erfolge der Restrukturierung zeigten sich im Geschäftsjahr 2002 bereits in der Kostenentwicklung. So konnten Sach- und Personalkosten im Firmenkundengeschäft gegenüber dem Jahr 2001 jeweils um 15% gesenkt werden. Im Geschäftsjahr 2002 wurden im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 176 Vollzeit Arbeitsplätze abgebaut.

Perspektiven

Entsprechend unserer mittelfristigen Planung im Rahmen des Restrukturierungskonzepts der Bank werden wir auch in den kommenden Jahren weitere Kostensenkungen realisieren. Der Verringerung der Risikokosten wird im Rahmen der Kreditpolitik Rechnung getragen.

Im Geschäftsjahr 2003 soll darüber hinaus das CRM-System auch den Produktspezialisten im Firmenkundengeschäft zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2003 wird die Sanierung des Firmenkundengeschäfts planmäßig fortgesetzt und durch Maßnahmen zur Ertragssteigerung ergänzt. Diese zielen auf die Vertiefung und Verbreiterung der Kundenbeziehungen, nicht zuletzt durch den Ausbau von provisionsträchtigen Geschäften. Die verbesserte Ausschöpfung unserer Marktpotenziale wird dazu beitragen, die Erträge sukzessive auszubauen.



KAPITALMARKTGESCHÄFT

Das strategische Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft ist neben den Geschäftsfeldern Private Kunden/Firmenkunden und Immobilien das dritte Standbein des Konzerns. Im Zuge der Sanierung des Konzerns hat sich das Geschäftsfeld von einem breit aufgestellten Marktteilnehmer mit konkurrierenden Produktbereichen zu einer Einheit mit einer klaren Strategie konsolidiert. Diese zielt neben dem Vertrieb und Handel von liquiden Kapitalmarktprodukten auf die Produktunterstützung im Kundengeschäft der strategischen Geschäftsfelder des Konzerns ab. Die Reorganisation des Geschäftsfelds ist abgeschlossen.

Trotz der vielfältigen organisatorischen Änderungen und der schwierigen Lage an den Kapitalmärkten hat das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 231 Mio. € ein gutes Resultat erwirtschaftet.

Die Vertriebseinheiten für Zins- und Kreditprodukte (Zinsderivate, Renten und Devisen) sind unter einem Mehr-Produkt-Ansatz nach Zielkundengruppen zusammengefasst worden. Zur Unterstützung dieses Konzepts wurde die Leistungsfähigkeit der entsprechenden Handelsbereiche gesteigert. Das Volumen des Zinsderivate-Portfolios ist in diesem Zusammenhang systematisch reduziert worden.

Alle kundenorientierten Kapitalmarktfunktionen im Aktienbereich wurden in dem Bereich Equities konzentriert. Treibende Faktoren waren auch hier die Intensivierung der bestehenden Kundenbeziehungen sowie die Erhöhung der Kompetenz als Anbieter strukturierter Produktlösungen. Die Unterstützung des europäischen Research- und Sales-Verbunds European Securities Network (ESN) wurde konsequent ausgebaut.

Alle Eigenhandelsaktivitäten sind zusammengeführt und die nachgelagerten Funktionen entsprechend angepasst worden. Die Handelsstrategie wird laufend aktualisiert und fokussiert auf ein diversifiziertes Handelsportfolio.

Liquide Kredit-Produkte (Wertpapiere, Kredite und Kreditderivate) von hoher Kreditqualität sind im Portfolio von Debt Finance zusammengefasst. Der Portfoliomix und eine effiziente Nutzung des Eigenkapitals wurden kontinuierlich im Rahmen einer aktiven Portfoliomanagementstrategie verbessert. Darüber hinaus konnte durch den Einsatz von Verbriefungstechniken eine Vielzahl von Beständen eigenkapitalentlastend umgeschichtet werden.

Kapitalmarktgeschäft – Kredite

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Summe Forderungen an Kunden	7.489	10.762
Kredite an Banken ab 1 Jahr	7.210	11.273
Summe¹⁾	14.699	22.035

Kapitalmarktgeschäft – Einlagen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Summe Kundeneinlagen	11.873	17.245
Bankenverbindlichkeiten ab 1 Jahr	9.879	10.412
Summe¹⁾	21.752	27.657

¹⁾ einschließlich Geschäftsfeld Großkunden/Ausland

Das Handels- und Exportfinanzierungsgeschäft sowie Commodity Trade Finance sind organisatorisch dem Kapitalmarktgeschäft neu zugeordnet. Der Schwerpunkt dieses Geschäfts liegt auf den Zielmärkten Zentral- und Osteuropa sowie in Zentralasien (GUS-Republiken). Die Teilportfolios im Nahen Osten sowie Lateinamerika sind strategiekonform zurückgeführt worden. Zudem hat die Bank die Repräsentanzen in diesen Regionen sowie in Budapest, Prag und Hongkong geschlossen.

Im Rahmen der Refinanzierung des Konzerns wurde die Betreuung von Investoren intensiviert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Begebung und Koordination von Benchmark-Anleihen durch die Konzerntöchter, die vom Kapitalmarkt sehr gut aufgenommen wurden.

Perspektiven

Die Fokussierung auf die neue Strategie – insbesondere die Intensivierung des Kundengeschäfts – wird die zentrale Aufgabe für das laufende Geschäftsjahr sein. Damit sollen Ergebnisqualität und Ergebnisbeitrag verbessert und nachhaltig gesichert werden. Die erfolgreiche organisatorische Neuausrichtung des Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft ist eine solide Ausgangsbasis zur Erreichung der im Rahmen der Restrukturierung des Konzerns gesteckten Ziele.



IMMOBILIENFINANZIERUNG

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wurde im Jahr 2002 die im Vorjahr eingeleitete Restrukturierung und Neupositionierung konsequent fortgesetzt. Dabei standen die Abstimmung und Harmonisierung der Arbeitsabläufe im Vordergrund. Dies galt für die Kreditbearbeitung und das Risikomanagement ebenso wie für den Vertrieb.

Angesichts der schwierigen Lage auf dem Immobilienmarkt verlief das Neugeschäft unverändert zurückhaltend. Die Erhöhung von Leerständen und Rückgänge der Mieten in vielen Märkten waren Anlass für Bewertungskorrekturen und über Plan liegende Wertberichtigungen. Diese konnten durch die Erträge des Geschäftsjahrs nicht kompensiert werden.

Gemeinsame Strategie von Bankgesellschaft und Berlin Hyp

Die Aktivitäten im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung waren im Jahr 2002 geprägt von der weiteren Konsolidierung im Bestandsgeschäft sowie der Schaffung der inhaltlichen und organisatorischen Grundlagen für die Neuausrichtung des Geschäftsfelds. Hier wurden im Geschäftsjahr nennenswerte Fortschritte erzielt.

In einem intensiven Abstimmungsprozess wurde innerhalb des Geschäftsfelds für die beiden Marken Bankgesellschaft Berlin und Berlin Hyp eine gemeinsame Vertriebsstrategie erarbeitet. Diese Strategie ist auf die Bedürfnisse von in- und ausländischen Investoren, Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften sowie ausgewählten Immobilienentwicklern ausgerichtet. Während die Bankgesellschaft Berlin – neben Avalen und Anlageprodukten – Nachrang- und Kurzfristfinanzierungen anbietet, steht die Berlin Hyp für Erstrang- und Langfristfinanzierungen zur Verfügung. Dabei konzentriert sich das Geschäftsfeld auf wirtschaftsstarke Ballungsgebiete wie Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg

und München. Über die Berlin Hyp können zudem Kunden am Standort Hannover das Dienstleistungsangebot des Geschäftsfelds nutzen.

Konsolidierung und Neustrukturierung des Bestandsportfolios

Im Zuge einer kritischen Analyse des Bestandsportfolios im Geschäftsfeld wurden vorhandene Risiken identifiziert und Maßnahmen zu ihrer Beherrschung ergriffen. Darüber hinaus wurde aktiv die Neustrukturierung des Kreditportfolios in Angriff genommen. Das Geschäftsfeld hat begonnen, sich aus nicht strategiekonformen Märkten, Regionen und Geschäftssegmenten konsequent zurückzuziehen und die Risikoaktiva in diesen Bereichen abzuschmelzen. Die Ausrichtung auf qualifiziertes Neugeschäft, welches sich durch geografische Diversifikation und Konzentration auf ausgesuchte Marktsegmente beschränkt, wurde eingeleitet.

Für zusätzlich erkannte Risiken wurde mit kaufmännischer Sorgfalt Vorsorge getroffen. Die erforderlichen Wertberichtigungen konnten durch das operative Geschäft nicht in vollem Umfang kompensiert werden. Angesichts der Konzentration auf die interne Neuordnung des Geschäftsfeldes und der stagnierenden Lage auf dem Immobilienmarkt wurde das Neugeschäft zurückhaltend betrieben. Dabei konnten die Verluste im Vergleich zum Geschäftsjahr 2001 reduziert werden.

Immobilienfinanzierung – Kredite

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tages- und Termingelder	2.609	3.287
Kontokorrentkredite	642	1.494
Geldmarktnahe Kredite	0	178
Immobilienkredite	22.197	24.095
Andere Kredite (insbes. Kommunalkredite)	3.332	2.144
Summe Forderungen an Kunden	28.780	31.198
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	10	10
Summe	28.790	31.208

Immobilienfinanzierung – Einlagen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Sichteinlagen	790	836
Tagesgelder	53	869
Termineinlagen	979	1.344
Spareinlagen	2	2
Summe	1.824	3.051

Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

Die Risiko-, Markt- und Produktstrategie für das Geschäftsfeld wurde im laufenden Geschäftsjahr neu definiert und beschlossen. Die Fokussierung im Neugeschäft auf Qualität und Rentabilität im Rahmen eines ausgewogenen Kreditportfolios wird zur Ergebnisverbesserung im Geschäftsfeld beitragen. Die dezentralen Vertriebsstellen im Bundesgebiet wurden neu organisiert. Vertriebsstandorte außerhalb der Kerngebiete wurden geschlossen.

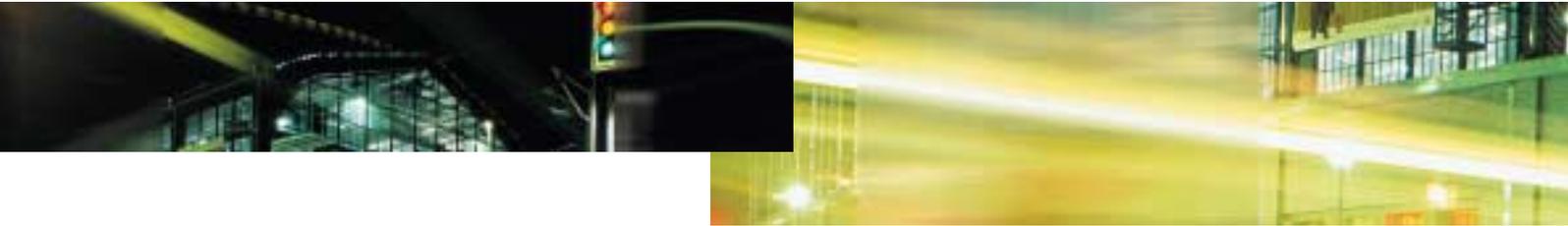
Im Mittelpunkt der neuen Geschäftspolitik standen die Straffung der Organisation und ihrer Prozessabläufe in den Bereichen Markt und Marktfolge im Geschäftsfeld. Mit dem Abbau von Redundanzen in den Abläufen wurde begonnen. Die ersten positiven Ergebnisse dieser internen Reorganisation sind in um 14% verminderten Verwaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr sichtbar.

Perspektiven

Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen für 2005 keine grundlegenden Veränderungen auf dem Immobilienmarkt erkennen. Aufgrund der Fortschritte bei der Konsolidierung des Geschäftsfelds sehen wir jedoch die Chance, unter Ausnutzung unserer neu entwickelten Risikomanagementsysteme und einer weiteren Verminderung des Verwaltungsaufwands den Verlust deutlich zu reduzieren.

Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit im laufenden Jahr stehen einerseits das Neugeschäft und andererseits die intensive Betreuung der mit Risiken behafteten Kredite. Wir wollen unsere Position als Finanzierungspartner für Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, private und gewerbliche Investoren und ausgewählte Immobilienentwickler behaupten. Unter stark veränderten Risikoparametern sowie den definierten Rentabilitätsanforderungen wurden die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Marktauftritt geschaffen.

Mittelfristig halten wir an der Planung fest, dass das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wieder einen angemessenen Beitrag zum Konzernergebnis leisten wird.



IMMOBILIENDIENSTLEISTUNGEN

Im Zuge des Sanierungsauftrags wurden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Immobiliendienstleistungen deutlich zurückgefahren. Die Fortsetzung der strategischen Neuausrichtung prägte das Jahr 2002 in erheblichem Ausmaß.

IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft

Der Teil-Konzern IBAG umfasst 2002 im Wesentlichen die folgenden Kerngesellschaften: IBAG Holding, Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG Gruppe mbH, ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, IBI Real Estate Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Universal AG und DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH.

Mit der im zweiten Halbjahr 2001 begonnenen strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der IBAG erfolgte eine Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder renditestarke Immobilienfonds und Kapitalanlageprodukte (IBV) sowie Projektentwicklungen im Segment hochwertiger Immobilien an attraktiven Standorten im In- und Ausland (Bavaria, IBI).

Fondsgeschäft

Das Fondsgeschäft der IBAG wird durch die IBV repräsentiert. Den Gegenstand des Fondsgeschäfts bildet mit der IBV als geschäftsführender Kommanditistin der bis zum 31. Dezember 2000 aufgelegten Altfonds der ehemaligen IBG-Gruppe im Wesentlichen die Fondsverwaltung,

das heißt, die Zeichnerbetreuung, die Fondsbuchhaltung und das Fondscontrolling. Schwerpunkte im Jahr 2002 waren die Analyse und das Ordnen der Altfonds sowie die Entwicklung von Handlungsoptionen unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten.

Dem Fondsneugeschäft ist der Vertrieb des Ende 2001 aufgelegten IBV Fonds Deutschland 4 „Shopping Select“ (IBV Fonds D 4) zuzuordnen, einem Fonds mit deutlich geringerem Investitionsvolumen.

Zum 31. Dezember 2002 wurde der IBV Fonds D 4 aus steuerlichen Gründen planmäßig geschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren rund 56% des gesamten Zeichnerkapitals vertrieben worden. Die IBV hat deshalb auf der Grundlage der gegebenen Schließungsgarantie den Fonds durch Einlage von rund 19 Mio. € und einer Darlehensgewährung in Höhe von rund 4 Mio. € geschlossen. Im Absatz geschlossener Immobilienfonds wurde wie im Vorjahr Zurückhaltung geübt, das heißt, weitere geschlossene Immobilienfonds wurden nicht aufgelegt.

Verwertung des nicht fondsgebundenen Immobilienvermögens

Auf der Grundlage des noch im Jahr 2001 verabschiedeten Vermarktungskonzepts für die Wohnungsbaurestanten hat die Bavaria im Berichtsjahr trotz schwieriger Marktverhältnisse 503 Wohneinheiten mit einem Umsatzvolumen von etwa 82 Mio. € an Kapitalanleger und Eigentümer vertrieben. Darüber hinaus wurden Gewerbeimmobilien



bzw. Projektentwicklungen und baureife Grundstücke mit einem Volumen von rund 337 Mio. € veräußert.

Insgesamt wurde das Immobilienportfolio des nicht fondsgebundenen Vermögens, das überwiegend von der Bavaria gesteuert wird, im Berichtsjahr durch Desinvestments und Verkäufe in einer Größenordnung von etwa 838 Mio. € deutlich reduziert.

Facility-Management

Die ARWOBAU ist für das Facility-Management bei den wesentlichen Fondsgesellschaften und innerhalb der IBAG-Gruppe zuständig.

Kommunale Immobiliendienstleistungen

Die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH erbringt ohne eigene Risiko-Investments überregionale, kommunale Immobiliendienstleistungen mit hoher Marktakzeptanz. Auch die DSK wurde einer auf die Gesellschaft zugeschnittenen Restrukturierung unterzogen, die weitgehend umgesetzt wurde.

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Der IBAG Konzern erfüllt im Rahmen der im Dezember 2001 geschlossenen Grundsatzvereinbarung über die „Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ und der am 16. April 2002 dazu konkretisierten Detailvereinbarung wesentliche Aufgaben

im Interesse der nachfolgend aufgeführten Beteiligten. Diese Vereinbarungen wurden zwischen dem Land Berlin sowie der Bankgesellschaft Berlin, der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, der Immobilien- und Bau-Management der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) und der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH getroffen.

Die Fortsetzung des 2001 begonnenen Prozesses der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung prägte das Jahr 2002 in erheblichem Ausmaß. Wie geplant wurden im Berichtszeitraum insgesamt 564 Arbeitsplätze durch betriebsbedingte Kündigungen, Ausscheidensvereinbarungen oder Eigenkündigungen sowie den Verkauf von Gesellschaften abgebaut. Zum Stichtag 31. Dezember 2002 waren in der IBAG-Gruppe 1.201 Mitarbeiter beschäftigt.

IBG

Die IBG hat im Jahr 2002 ihre beiden Hauptziele konsequent verfolgt. Ein Ziel war die Schaffung von Transparenz und der weitere Ausbau der Management- und Controllingstrukturen. Im Berichtsjahr wurde das Risiko-, Vertrags- und Beteiligungscontrolling installiert wie auch ein verbessertes Berichts- und Meldewesen.

IMMOBILIENDIENSTLEISTUNGEN

Ein weiteres Ziel war die Entwicklung eines Entoperationalisierungsplans für die IBG. Mit Entoperationalisierung ist zunächst gemeint, dass die IBG – in Übereinstimmung mit einer entsprechenden Bestimmung der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin – kein Neugeschäft betreibt. Dabei wird der Geschäftsbetrieb der IBG und ihrer Tochterunternehmen aufrechterhalten. Die Beteiligungen der IBG werden mittelfristig auf der Grundlage eines Verwertungsplans geordnet verwertet, das heißt an Dritte verkauft, auf andere Konzerngesellschaften umgehängt, auf eine juristische Hülle reduziert oder – bei entfallender Geschäftsgrundlage – liquidiert.

Da die IBG kein Neugeschäft betreibt, erzielt sie keine nennenswerten Einnahmen, die sie ihrem Aufwand aus der Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen aus dem Fondsgeschäft gegenüberstellen könnte. Die hieraus resultierenden Verluste der Jahre 2002 und 2003 wurden Ende 2002 von den Gesellschaftern der IBG durch eine Kapitalmaßnahme in Höhe von 30 Mio. € ausgeglichen.

LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH

Die LPFV ist eine hundertprozentige Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Ihre ursprüngliche Aufgabe war die Übernahme von Verpflichtungen und Risiken der IBG im Innenverhältnis, die bei dieser im Zuge der Neuordnung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts des Konzerns zum Jahreswechsel 2000/2001 verblieben waren. Mit Abschluss der Detailvereinbarung zwischen

dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin im April 2002 wurde die LPFV bis auf einen Selbstbehalt von 100 Mio. € freigestellt.

Zur Erfüllung der Anforderungen aus der Detailvereinbarung, wurde die LPFV im Jahre 2002 zu einer Vertrags- und Assetmanagementgesellschaft umgestaltet. Sie hat zum einen die Aufgabe einer zentralen Abrechnungsstelle des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gegenüber dem Land Berlin. Zum anderen übernimmt sie Aufgaben des Immobilienrisiko- und Fondsriskomanagements für mit Garantien ausgestattete geschlossene Immobilienfonds.

Zentrale Zielsetzung der LPFV ist dabei die Minimierung des Schadens aus der Inanspruchnahme von Garantien unter Berücksichtigung der im Außenverhältnis bestehenden Garantieverträge (Mietgarantie, Höchstpreisgarantie, Wertpapierertragsgarantie).

Perspektiven

Der Ausblick für das Immobiliendienstleistungsgeschäft ist von der jeweiligen geschäftspolitischen Ausrichtung der drei Hauptgesellschaften IBAG, LPFV und IBG bestimmt. Das operative Immobiliendienstleistungsgeschäft konzentriert sich dabei auf den Teilkonzern IBAG. Die Ergebnisstabilisierung und Neupositionierung der IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft und des IBAG Konzerns soll zeitnah abgeschlossen werden. Wichtige Vorleistungen sind erbracht, die Ziele im Bereich der Kosteneinsparungen im Wesentlichen erreicht. Für die IBG steht die planmäßige Fortführung der Entoperationalisierung im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung.



CORPORATE INVESTMENTS

Neu in der Segmentrechnung des Konzerns wird das Geschäftsfeld „Corporate Investments“ ausgewiesen.

Es enthält die Bankenbeteiligungen des Konzerns, die entsprechend der Sanierungsplanung nicht mehr dem Kerngeschäft der Bank zugerechnet werden und die deshalb perspektivisch zum Verkauf gestellt worden sind.

Es handelt sich hierbei um die Banken

- Allgemeine Privatkundenbank AG (ALLBANK), Hannover
- Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin
- Zivnostenská banka a.s., Prag
- Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau

Die Zivnostenská banka wurde 2002 veräußert. Der Eigentumsübergang an den neuen Eigentümer, die italienische UniCredito Italiano, erfolgte zu Beginn des Jahres 2005.

Für die drei anderen Banken wurden die Schritte für ein Desinvestment vorbereitet; teilweise wurden erste Verhandlungen mit potenziellen Bietern geführt.

Insgesamt trugen die vier Institute im Jahr 2002 mit einem Gewinn vor Steuern von 22 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) zum Konzernergebnis bei.



FÖRDERGESCHÄFT

Unter dem Dach der Investitionsbank Berlin sind alle wichtigen Wirtschafts- und Immobilienförderprogramme des Landes Berlin vereint. Die IBB fördert mit zinsgünstigen Darlehen, nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Beteiligungen und kostenlosen Beratungen.

Als Landesstrukturbank legt die IBB eigene Förderprogramme auf und beteiligt sich an Gesellschaften, die für Berlin Wirtschaftsansiedlung, Standortmarketing sowie die Entwicklung und Unterhaltung landeseigner Grundstücke betreiben oder vergleichbare strukturelle Aufgaben wahrnehmen.

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die zentrale Förderbank des Landes Berlin. Grundlage für ihre Tätigkeit ist das Gesetz des Landes Berlin über die Errichtung der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992. Im

September 2000 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus durch Änderung dieses Gesetzes beschlossen, die Investitionsbank Berlin zur Landesstrukturbank auszubauen. Das bedeutet vor allem die Auflage von Eigenprogrammen der Immobilien- und Wirtschaftsförderung sowie das Management von Landesbeteiligungen.

Die IBB ist eine organisatorisch und wirtschaftlich selbstständige, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die als wettbewerbsneutrale Abteilung der Landesbank Berlin geführt wird. Das Vermögen der IBB wird als Sondervermögen getrennt von den sonstigen Vermögenswerten der Bank verwaltet.

Fördergeschäft – Kredite

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Immobilienkredite	12.146	11.602
Andere Kredite	2.960	3.559
Summe Forderungen an Kunden	15.106	15.161
Kredite an Banken ab 1 Jahr	3.467	3.847
Summe	18.573	19.008

Fördergeschäft – Einlagen

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Tagesgelder	188	141
Termineinlagen	9.537	9.689
Summe	9.725	9.830
Bankenverbindlichkeiten ab 1 Jahr	7.079	7.429
Summe	16.804	17.259



IBB-Fördervolumen

in Mio. €	Zuschüsse (Neubewilligungen)		Darlehen (Neubewilligungen)		Beteiligungen	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Wirtschaftsförderung	120,3	149,9	16,9	12,3	9,0	10,0
Immobilienförderung	39,5 ¹⁾	230,9 ¹⁾	107,5 ²⁾	334,3 ²⁾		–
Summe	159,8	380,8	124,4	346,6	9,0	10,0

¹⁾ ohne Anschlussförderung

²⁾ ohne Durchleitungsgeschäft

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Bilanzsumme	19.513	20.056
davon Kredite an Kunden	15.106	15.161
Jahresüberschuss	0,8	12,4

Der Jahresüberschuss wurde der Zweckerücklage zugeführt, die vorrangig den förderpolitischen Zielen der IBB dient. Die Zweckerücklage erhöht sich damit auf 1.342 Mio. €. Das Geschäftsvolumen der IBB wird im entsprechenden Ausweis der Landesbank Berlin bzw. des Konzerns Bankgesellschaft als Bestandteil der Gesamtsummen erfasst.

Wirtschaftsförderung

In der Wirtschaftsförderung unterstützt die Investitionsbank Berlin mit ihren Programmen und Maßnahmen den Strukturwandel der Berliner Wirtschaft. Sie fördert junge, innovative Unternehmen in den Zukunftsbranchen und unterstützt Existenzgründer in allen Phasen von der Gründung des Unternehmens bis zur Etablierung am Markt. Neben finanziellen Hilfen bietet die IBB ein breites Beratungsspektrum an: So helfen beispielsweise spezielle Innovationsberater der IBB, Kontakte zu Gründern und Unternehmen der Zukunftsbranchen aufzubauen, zu halten und zu intensivieren. Weiterhin analysieren sie, wo spezieller Förderbedarf besteht und wie Beratung und Programme am besten einzusetzen sind.

Im Berichtsjahr begleitete die IBB die Gründung der Deutschen Agentur für Aufsichtsräte und unterstützt diese weiterhin durch Sachleistungen. Die Agentur vermittelt Aufsichtsräte vor allem für mittelständische Unternehmen und bietet außerdem Schulungen und Coachings an.

Immobilienförderung

Die Investitionsbank Berlin ist in der Immobilienförderung mit den Segmenten Wohneigentumsförderung, Mietwohnungsbau sowie Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes vertreten. Nach Jahren der intensiven Neubauförderung unterstützt die IBB mit ihren Programmen nun den Bestandserwerb sowie den Erhalt und die zeitgemäße Anpassung von Wohnraum. Im Mittelpunkt der Wohneigentumsförderung steht der Erwerb von Eigentum aus dem Berliner Wohnungsbestand. Dazu bietet die IBB seit September 2002 ein neues Eigenprogramm an. Der zweite Baustein der Förderung von Wohneigentum ist die finanzielle Unterstützung von Aus- sowie Neugründung eigentumsorientierter Wohnungsgenossenschaften. Die IBB konzentriert sich zunehmend auch auf den Bereich Sanierungsberatung, um Eigentümer bei der Erhaltung der Wirtschaftlichkeit ihrer Objekte zu unterstützen.

FÖRDERGESCHÄFT

Strukturbankbeteiligungen

Neben der Durchführung von Förderprogrammen ist es Aufgabe der IBB, im Landesinteresse strategische Beteiligungen zu übernehmen und zu optimieren.

So erwarb die IBB im Berichtsjahr die restlichen Anteile der Minderheitsgesellschafter an der Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG). Der Mehrheitserwerb hatte bereits Ende 2001 stattgefunden. Die GSG und die IBB haben gemeinsam eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, beispielsweise zu den Auswirkungen der künftigen Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel II) auf die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Außerdem wurden zum 1. Januar 2003 die Anteile am Technologie Coaching Center, das mittels versierter Trainer Existenzgründer und Jungunternehmer unterstützt, auf 100 % aufgestockt.

Zusammenarbeit mit den Universitäten

Gemeinsam mit den Berliner Universitäten und Fachhochschulen gründete die IBB 2001 die Patentverwertungsagentur ipal. Ziel der Agentur ist es, wirtschaftlich relevante Forschungsergebnisse über eine Patentanmeldung zu schützen und zu verwerten. Im ersten operativen Geschäftsjahr wurden durch die ipal 66 der von den Hochschulen und Universitätskliniken zur Betreuung angebotenen Erfindungen angenommen. Im Laufe des Jahres 2002 wurden 44 Patentanmeldungen beim Deutschen oder Europäischen Patentamt eingereicht und die ersten Verwertungsverträge abgeschlossen.

Perspektiven

Bedingt durch die Entscheidung des Senats über den Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau kommen neue Herausforderungen auf die IBB zu. So wird die IBB betroffene Mieter und Vermieter umfassend informieren und beraten. Angedacht ist zudem, dass die IBB die vom Senat angekündigten Maßnahmen zum Schutz vor unbilligen Härten wie Mietausgleich, Umzugshilfen und Härtefallregelungen mieterbezogen durchführt.

Vor dem Hintergrund der Umstrukturierung von Förderinstituten in der Bundesrepublik bereitet die Landesbank Berlin die Ausgliederung der IBB aus dem Bankkonzern vor. Ziel ist es, die IBB als selbstständiges Kreditinstitut im Markt zu positionieren. Zu diesem Zweck wurde eigens ein Projekt initiiert. Bis zum Ende des Jahres 2002 wurden bereits erste notwendige Funktionen in die IBB reintegriert.



SONSTIGES/KONSOLIDIERUNG

Im Segment Sonstiges/Konsolidierung werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind, und die Konzernkonsolidierung vorgenommen.

Auf der Ertragsseite ist im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften der Effekt aus den eigenen Aktien hervorzuheben; dieser belastete das Geschäftsjahr mit –16 Mio. € (Vorjahr: –146 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind die Aufwendungen der zentralen Stabs- und Steuerungsbereiche sowie aller als zentrale Dienstleister zur Verfügung stehenden Servicegesellschaften erfasst. Deren Leistungen werden überwiegend auf die anderen Segmente verrechnet und sind dort in den Anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten. Entsprechend erfolgt eine Konsolidierung in dieser Position und somit ein negativer Ausweis der Anderen Verwaltungsaufwendungen im Segment Sonstiges/Konsolidierung. Insgesamt sind 64 Mio. € (Vorjahr 128 Mio. €) Verwaltungsaufwand des Konzerns den anderen Segmenten nicht zuzuordnen und stellen damit die Kosten der Konzernsteuerungsfunktionen dar.

Bei den Servicegesellschaften handelt es sich um die BB-DATA, BG-SYS, die BANKENSERVICE GmbH und die Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH. Die bisher in der BB-DATA konzentrierten IT-Dienste des Konzerns wurden im ersten Halbjahr 2002 weitgehend an Siemens Business Service und das Systemhaus der Sparkassen-Finanzgruppe FinanzIT, Hannover outgesourct. Die kapitalmarktorientierten IT-Leistungen wurden in die Bankgesellschaft Berlin integriert. Die BB-DATA hat keine eigenen Mitarbeiter mehr. Die Übertragung aller Anlagegüter und Dienstleistungsverträge auf andere Konzerngesellschaften oder die genannten Partner wird im Jahr 2003 abgeschlossen.

Die Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze der Corporate Center wurden im Berichtsjahr um 504 auf 2.863 reduziert, zum Jahreswechsel mit Wirkung Januar 2003 wurde sie um weitere 100 verringert. Das Outsourcing der BB-DATA wirkte sich dabei mit 220 Beschäftigten aus. Von den 2.863 Vollzeitarbeitsplätzen sind rund 1.160 in den Servicegesellschaften angesiedelt und rund 500 als separate Personengruppe gekennzeichnet – in Folge von Mutterschutz, Erziehungszeit und Ähnlichem.

In erheblichem Maße konnten auch die anderen Verwaltungsaufwendungen der Corporate Center verringert werden, insbesondere durch eine reduzierte Flächennutzung, Aufgabe von Gebäuden und Vermietung von Freiflächen an konzernfremde Unternehmen.

Neben einer um 5 Mio. € geringeren Risikovorsorge für das Kreditgeschäft von 6 Mio. € konnte durch Gewinnrealisierungen bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve und Schuldscheindarlehen ein positiver Beitrag erzielt werden.

Nach Risikovorsorge stellt sich das operative Ergebnis des Segments Sonstiges/Konsolidierung mit –193 Mio. € um 217 Mio. € besser dar als im Vorjahr.

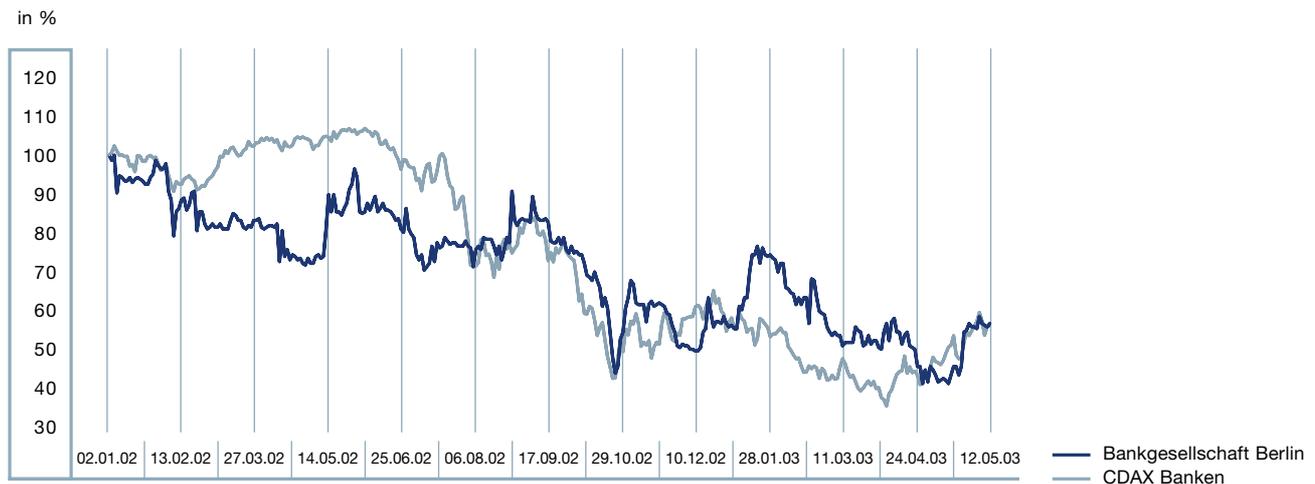
Die Abschreibungen auf die im Anlagevermögen gehaltenen EURO STOXX-50 Fondsanteile und auf diverse Gesellschaften, die keinem Geschäftsfeld zuzuordnen sind, sind der Grund für die Verluste im Ergebnis aus Finanzanlagen. Die Ergebnisauswirkungen aus der Reduzierung des Beteiligungsportfolios weisen wir hier ebenfalls aus (z. B. Verkauf von Anteilen an der DekaBank Deutsche Girozentrale). Im Vorjahreswert ist zusätzlich der Einmalertrag des Segments Immobiliendienstleistungen im Zusammenhang mit der Detailvereinbarung enthalten. Die Maßnahmen zur Neuordnung und Sanierung des Konzerns erforderten nochmals eine Zuführung zu den Restrukturierungsrückstellungen, die sich im Saldo der übrigen Positionen niederschlugen.



Unsere Aktie

Der Branchenindex CDAX Banken entwickelte sich im ersten Quartal 2002 synchron zum DAX und konnte in diesem Zeitraum um 4% zulegen. Danach koppelte sich der Branchenindex zunächst von der am deutschen Gesamtmarkt beginnenden Baisse ab. Die Kursgewinne wurden bis Ende Mai sogar noch leicht ausgebaut, da die Marktteilnehmer mit einer Erholung der Konjunktur und der Kapitalmärkte im zweiten Halbjahr rechneten. Jedoch ließen Sorgen um die Ertragslage, Buchverluste in den Beteiligungsportfolios und vor allem die Risikovorsorge, die im vergangenen Jahr Höchststände erreichte, die Aktienkurse der Banken – abgesehen von zwischenzeitlichen technischen Erholungen – deutlich fallen. Das Gesamtjahr schloss der CDAX Banken mit einem Verlust von 42% und damit etwas besser als der DAX ab.

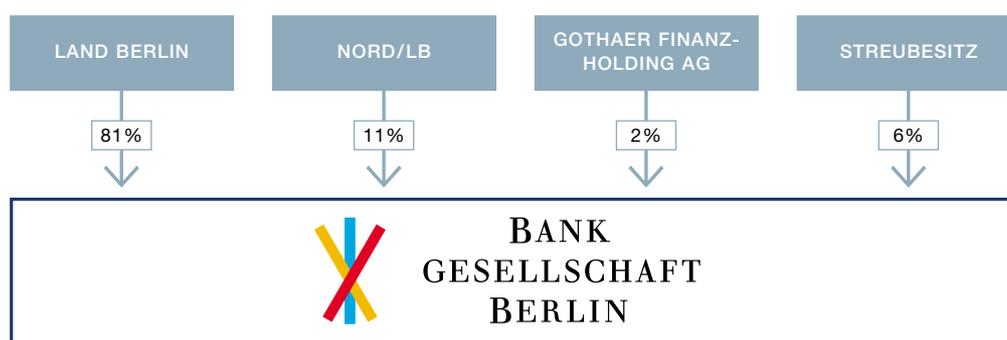
Der Aktienkurs der Bankgesellschaft Berlin konnte sich auch im Jahr 2002 nicht erholen. Neben der unklaren künftigen Struktur des Konzerns verhinderte die allgemeine Börsensituation, von der Banktitel nicht verschont blieben, einen Anstieg des Kurses. Im dritten Quartal 2002 bewegte sich der Kurs unserer Aktie nach einer zwischenzeitlichen Stabilisierung bei 2,00 € parallel zum CDAX nach unten. Zum Jahresende 2002 notierte die Aktie erneut bei etwa 2,00 € und verlor damit im Vergleich zum Jahresanfang etwa 22% ihres Werts. Nach einer erneuten Abwärtsbewegung im ersten Quartal 2003 zeigten sowohl der Branchenindex als auch der Aktienkurs im zweiten Quartal positive Tendenzen.



KURSENTWICKLUNG IM VERGLEICH ZUM BRANCHENINDEX CDAX BANKEN
indiziert auf 100% am 1. Januar 2002



UNSERE EIGENTÜMERSITUATION SEIT DER KAPITALERHÖHUNG IM SEPTEMBER 2001:



Nennenswerte Umsätze in der Aktie wurden im Verlauf des Jahres 2002 nicht getätigt, so dass sich die relativ großen Kursschwankungen weitgehend aus den zurückgegangenen Umsatzzahlen und der daraus resultierenden Marktenge der Aktie erklären dürften. Die Aktie der Bankgesellschaft Berlin AG ist weiterhin im Amtlichen Handel an allen inländischen Börsenplätzen notiert. Nach Inkrafttreten der von der Deutschen Börse beschlossenen Neusegmentierung des Aktienmarkts ist die Aktie im General Standard notiert.

Die aktuelle Ertragslage lässt die Zahlung von Dividenden nicht zu. Wie der Vorstand auf der Hauptversammlung 2002 ausführte, wird in den kommenden Jahren im Fall eines positiven Ergebnisses die Bildung von Rücklagen Vorrang vor Gewinnausschüttungen haben müssen. Die Wiederaufnahme von Dividendenzahlungen kann daher erst in einigen Jahren wieder erwogen werden.

Lagebericht

DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

- 54 Allgemeiner Verlauf
- 54 Restrukturierung und Neuausrichtung im Bankgeschäft
- 56 Restrukturierung und Neuausrichtung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts
- 58 Detailvereinbarung mit dem Land Berlin
- 59 EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

- 62 Ergebnis des Konzerns für das Geschäftsjahr 2002
- 68 Ergebnis der Bankgesellschaft Berlin AG für das Geschäftsjahr 2002
- 70 Auswirkungen der Konsolidierung
- 71 Volumenentwicklung des Konzerns
- 74 Volumenentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG
- 75 Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

RISIKOBERICHT

- 76 Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken
- 77 Adressenausfallrisiken
- 83 Liquiditätsrisiken
- 83 Marktpreisrisiken
- 87 Operationelle Risiken
- 95 Sonstige Risiken

AUSBLICK 100

Lagebericht

DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

Allgemeiner Verlauf

Das Geschäftsjahr 2002 war geprägt durch die Fortsetzung der im November 2001 beschlossenen strategischen Neuausrichtung der Bank zu einer starken Regionalbank im Großraum Berlin. Im Geschäftsjahr 2002 wurden im Bankbereich des Konzerns die Kreditportfolios planmäßig zurückgeführt. Die Aktivitäten im international orientierten Geschäft wie auch im überregionalen inländischen Geschäft wurden gemäß der Konzernstrategie reduziert. Die Restrukturierung und Redimensionierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts wurden fortgesetzt.

Trotz einer nahezu stagnierenden Gesamtwirtschaft sowohl in der Kernregion als auch in Deutschland insgesamt und der angespannten Situation an den Finanzmärkten sind die Fortschritte bei der Restrukturierung des Konzerns Bankgesellschaft im Ergebnis des Geschäftsjahres 2002 deutlich ablesbar.

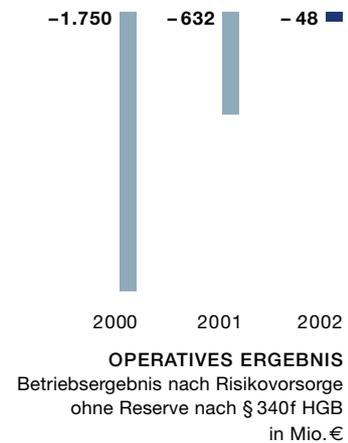
Durch ein konsequent betriebenes Kostenmanagement konnten die Verwaltungsaufwendungen signifikant um –15,4% reduziert werden. Darüber hinaus führten im Geschäftsjahr 2002 die bereits in den Vorjahren vorgenommenen Bereinigungen im Kreditportfolio der Bank zum Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft um –17,8%.

Das operative Ergebnis (Betriebsergebnis nach Risikovorsorge – ohne Reserven nach § 340f HGB) im Dreijahres-Vergleich verdeutlicht die durch die Restrukturierung erreichten Erfolge (siehe Grafik auf Seite 55).

Restrukturierung und Neuausrichtung im Bankgeschäft

Die am 29. Juni 2001 formell notifizierte und am 25. Juli 2001 von der EU-Kommission in Brüssel genehmigte Rettungsbeihilfe wurde begleitet von der Verpflichtung, dass die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland der EU-Kommission innerhalb von sechs Monaten ab Zustellung der Entscheidung, die Rettungsbeihilfe zu genehmigen, einen vollständigen Umstrukturierungsplan vorlegen. Der Umstrukturierungsplan wurde am 30. November 2001 im Aufsichtsrat der Bank einstimmig beschlossen.

Auf Basis dieses Sanierungskonzepts wurde fristgerecht am 28. Januar 2002 die Notifizierung einer Umstrukturierungsbeihilfe durch die Bundesregierung bei der EU-Kommission in Brüssel vorgelegt. Der vorgelegte Umstrukturierungsplan sieht als wichtigste Strategie für die Zukunft eine Verschlinkung der Tätigkeiten, Kapazitäten und Infrastrukturen für die künftige Geschäftstätigkeit sowie die Neuausrichtung als Regionalbank mit dem Kerngeschäft Privat- und Firmenkunden sowie Kapitalmarkt vor, dessen Effizienz nachdrücklich verbessert wird.



Die Geschäftsaktivitäten im Immobiliendienstleistungs-, Kapitalmarkt-, Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie in Teilen des Immobilienfinanzierungsgeschäfts werden deutlich verringert bzw. beendet.

Deutlich geringere Risikoaktiva, ein erheblich verbessertes Risikoprofil und die nachhaltige Rückführung der Verwaltungskosten sollen die operative Ertragskraft des Konzerns dauerhaft und nachhaltig verbessern.

Ferner wurde mit der Detailvereinbarung vom 16. April 2002, die die Grundsatzvereinbarung aus dem Dezember 2001 ersetzt, die Abschirmung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft geregelt. Ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Schaffung von Voraussetzungen für nachhaltige Kostensenkungen konnte mit dem Abschluss der Betriebs- und Dienstvereinbarungen (mit den Inhalten Sozialplan und Interessenausgleich) in den öffentlichen und privaten Bereichen des Konzerns mit den Arbeitnehmervertretern vom 10. April 2002 und der Auswahlrichtlinie vom 30. April 2002 geschaffen werden. Die im Lagebericht 2001 avisierten schlankeren und übersichtlicheren Organisationsstrukturen wurden nach Durchführung eines Auswahlverfahrens für die zweite und dritte Führungsebene und der Halbierung der Bereichsleiterpositionen durch die schrittweise Einführung der neuen Zielstruktur seit dem 1. Juli 2002 umgesetzt.

Bisher noch nicht umgesetzt werden konnte die zum 1. Januar 2003 geplante Zusammenführung des regionalen Kerngeschäfts des Konzerns im Sinne „Einer Bank“ durch die Übertragung des Retailgeschäfts der Berliner Bank von der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) in die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB). Die Zusammenführung des Retailgeschäfts im Konzern wird vom Vorstand nach wie vor als ein wesentlicher Baustein der Sanierung betrachtet.

Für die Beteiligungen des Konzerns wurden Desinvestitionsmöglichkeiten geprüft und teilweise umgesetzt. So veräußerte die BGB beispielsweise die Beteiligung an der Zivnostenská banka a.s., Prag. Die Aktien wurden Anfang 2005 an den neuen Eigentümer übertragen. Der Verkauf der polnischen Direktbankaktivität Inteligo Financial Services S.A., Warschau, wurde abgeschlossen. Ebenfalls verkauft wurden die von der LBB gehaltenen DekaBank-Anteile.

Im Wholesale will der Konzern durch die Redimensionierung des Geschäfts vor allem das gebundene Kapital entlasten und sich auf ertragsstarke Geschäftsfelder fokussieren. In den Sitzungen am 8. März und 18. Juli 2002 beschloss der Aufsichtsrat weitere Details der Wholesale-Strategie: So wurden ein fokussierter Eigenhandel und Kundenhandel/Sales als die zukünftigen Kerngeschäftsfelder des Bereiches Capital Markets definiert. Dem gegenüber werden die Kapitalmarktteilbereiche Emerging Markets, Auslandsaktivitäten und das Zinsderivateport-

DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

folio zurückgeführt. Im Geschäft mit Groß- und Auslandskunden werden die Portfolios im Corporate Banking und Structured Finance laufzeitgerecht reduziert. Das Portfolio des Bereichs Privatisierung wurde im Jahr 2002 abgebaut, der Bereich geschlossen. Im internationalen Geschäft werden die Möglichkeiten in den wachsenden Märkten in Zentral- und Osteuropa gesehen.

Insgesamt wurde 2002 im Konzern eine deutlich schlankere Organisationsstruktur eingeführt. So wurden zum Beispiel die Organisationseinheiten „Bereiche“ in den Corporate Centern von 21 auf 12 und im Wholesale-Umfeld von 16 auf 8 reduziert. Insgesamt wurde im Konzern (ohne Immobiliendienstleistungen, IBB und Berlin Hyp) im Jahr 2002 die Anzahl der Bereiche von 61 auf 33 in etwa halbiert. Die Auflösung weiterer Bereiche, wie beispielsweise Corporate Banking, Structured Finance bzw. Öffentliche Hand, ist im weiteren Verlauf der Sanierung nach Abschmelzen der Portfolios bis zum Jahr 2005 vorgesehen.

Eine weitere Verschlinkung des Konzerns und der Prozessstruktur konnte durch eine Vielzahl von Maßnahmen erreicht werden. Dazu zählten die Zusammenlegung von Stäben in den Marktbereichen, die Schließung von Privat-Banking-Centern im Bundesgebiet, das Outsourcing der zentralen Informationsverarbeitung an die FinanzIT (vormals dvg), das Outsourcing der Gehaltsabrechnung und die Schließung von ca. 50 Standorten von Privatkundencentern (Sparkasse) sowie Filialen und Beratungs-Centern (Berliner Bank).

Das Sanierungskonzept vom 30. November 2001 sah die Reduktion des Verwaltungsaufwands bis zum Jahr 2005 um real 450 Mio. € (150 Mio. € Sachaufwand, 300 Mio. € Personalaufwand) vor. Die aktuelle Planung sieht sogar ein deutlich erhöhtes Einsparvolumen vor.

Aufgrund neuer Erkenntnisse wurde die Business-Planung überarbeitet und im Sommer 2002 der EU-Kommission in Brüssel vorgelegt. Während es bei der Personalkostenreduktion bis 2005 mit real 295 Mio. € kaum Veränderungen zu dem ursprünglichen Konzept gibt, wurde die Zielvorgabe für die Sachkostenreduktion von real 150 Mio. € auf real 240 Mio. € angehoben. Damit werden bis 2005 Kostenreduktionen von 535 Mio. € angestrebt, 85 Mio. € mehr als ursprünglich geplant.

Die bei der EU-Kommission notifizierten Kostenreduktionen für 2002 (82 Mio. € Personalkosten und 81 Mio. € Sachkosten) konnten bei den Personalkosten um 26 Mio. € (2002: 700 Mio. €, Vorjahr: 808 Mio. €) und bei den Sachkosten um 65 Mio. € (2002: 646 Mio. €, Vorjahr: 792 Mio. €) übererfüllt werden.

Restrukturierung und Neuausrichtung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt im Geschäftsjahr 2002 war die im Herbst 2001 begonnene Restrukturierung und Sanierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Hierin einzubeziehen war die mit dem Land Berlin geschlossene Vereinbarung zur Abschirmung von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft (Detailvereinbarung mit dem Land Berlin, siehe Seite 58).

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wurde eine Reihe von organisatorischen Vorkehrungen getroffen. Dazu zählen vor allem die Weiterentwicklung der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) zu einer Abrechnungs- und Dokumentationsstelle sowie zu einer Vertragsmanagementgesellschaft für den Konzern gegenüber dem Land Berlin.

Einer der Schwerpunkte der risikoreduzierenden Maßnahmen in der IBAG war im abgelaufenen Jahr die Analyse der „Altfonds“ sowie die Entwicklung verschiedener Handlungsoptionen, insbesondere unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten.

In der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) wurden die Transparenz verbessert sowie die Management- und Controllingstrukturen weiter ausgebaut. Dazu wurde im Berichtsjahr das Risiko-, Vertrags- und Beteiligungscontrolling sowie ein Berichts- und Meldewesen, das den Anforderungen des Konzerns genügt, installiert.

Mit diesen strukturellen Maßnahmen wird auch den Pflichten des Konzerns aus der Detailvereinbarung entsprochen.

Der Erfolg der Sanierungsmaßnahmen wird von rückläufigen Immobilienmärkten beeinflusst: Im Büroimmobilienmarkt sind erhebliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen, in allen Ballungsgebieten stagnieren die Umsätze mit Wohnimmobilien. Auch das Neubausvolumen ist in nahezu allen Regionen rückläufig. In den Kapitalanlagesegmenten sind schwache Umsätze zu verzeichnen; bei den geschlossenen Immobilienfonds werden sichere, renditestarke Sachwertanlagen bevorzugt.

Trotz schwieriger Marktverhältnisse entwickelte sich der Verkauf des Wohnungsbestands an Kapitalanleger und Eigennutzer insgesamt zufrieden stellend. Im Segment Projektentwicklungen und Gewerbeobjekte wurde das Portfolio strukturiert, abgearbeitet bzw. deutlich reduziert.

Der Vertrieb des Immobilienfonds IBV Deutschland 4 erfolgte zum Jahresende 2002 in Höhe von 56% des zu platzierenden Eigenkapitals. Zur planmäßigen Schließung des Fonds wurde für den verbleibenden Teilbetrag des Eigenkapitals die Schließungsgarantie der Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV) in Anspruch genommen. Neue geschlossene Immobilienfonds in eigener Verantwortung wurden im Berichtsjahr insbesondere unter Marktgesichtspunkten nicht aufgelegt. Stattdessen wurde innerhalb der IBV ein kleines kompetentes Team positioniert, das als Dienstleister für andere Fondsinitiatoren im Bereich Konzeption und Vertrieb bereits mit Erfolg tätig ist.

Neben den immobilienpezifischen Maßnahmen zur Restrukturierung und Sanierung hatte die nachhaltige Senkung der Personal- und Sachkosten im Geschäftsjahr 2002 einen hohen Stellenwert. Die Ziele wurden vollumfänglich erreicht. Darüber hinaus wurden verschiedene Gesellschaften der IBAG-Gruppe, die nicht mehr zum Kerngeschäft gehören, verkauft oder sie befinden sich in Liquidation.

DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

Die IBG setzte die Arbeiten zur Entwicklung eines Entoperationalisierungsplans fort. Mit Entoperationalisierung ist zunächst gemeint, dass die IBG – in Übereinstimmung mit einer entsprechenden Bestimmung der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin – kein Neugeschäft betreibt. Allerdings wird der geordnete Geschäftsbetrieb der IBG und ihrer Tochterunternehmen aufrechterhalten. Die Beteiligungen der IBG werden mittelfristig auf der Grundlage eines Verwertungsplans geordnet verwertet.

Detailvereinbarung mit dem Land Berlin

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG (BGB) und den Tochtergesellschaften

- Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB)
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (Berlin Hyp)
- IBAG Immobilien und Beteiligungen AG (IBAG)
- Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV)

mit dem Land Berlin, die die Grundsatzvereinbarung vom Dezember 2001 ersetzt, schirmt den Konzern von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ab, die bis zum 31. Dezember 2001 begründet sind. Nicht erfasst sind Risiken aus dem danach begründeten Neugeschäft sowie aus der Auflage von Immobilienfonds nach dem 31. Dezember 2000.

Mit Ausnahme von Einzelengagements von potenziell benannten Kreditnehmern umfasst die Kreditgarantie gemäß Detailvereinbarung Kredite bzw. Kreditzusagen an die in der Detailvereinbarung genannten Gesellschaften der IBG/IBAG-Gruppe sowie bestimmte Objekt- und Fondsgesellschaften, die die BGB, die LBB oder die Berlin Hyp ausgereicht bzw. garantiert haben.

Des Weiteren sind die wesentlichen Bilanzaktiva der Gesellschaften der IBAG-Gruppe bzw. der IBG-Gruppe einbezogen sowie bestimmte Rückstellungen und die Freistellung von Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnissen. Ansprüche aus dieser in der Detailvereinbarung gegebenen Garantie entstehen bis zu einer spätestens per 31. Dezember 2031 vorzunehmenden Schlussabrechnung nur im Fall der Veräußerung bzw. Liquidation garantierter Bilanzaktiva bzw. der endgültigen Realisierung eines von der Freistellung erfassten Risikos. Dabei sind Veräußerungsverluste vom Land zu erstatten und Veräußerungsgewinne an das Land abzuführen. Ausgenommen von dieser Garantie sind u.a. Buchwerte an Beteiligungen der IBAG, in denen diese Gesellschaft ihr Neugeschäft betreibt.

Das Land hat zudem die LPFV, die auf die Verwaltung der Fondsgarantie spezialisierte Tochtergesellschaft der Bank von ihren Haftungsrisiken freigestellt, soweit diese einen Selbstbehalt in Höhe von 100 Mio. € überschreiten. Mit Ausnahme von bestimmten einzelnen Fonds bewirkt dies eine Abschirmung des Konzerns gegen die wesentlichen Haftungsrisiken aus den abgegebenen Fondsgarantien. Überdies hat das Land die BGB von einer Inanspruchnahme aus den bis zum 31. Dezember 1998 bestehenden Patronaten für IBG, IBV und Bavaria weitgehend freigestellt.

Dem Land sind Prüfungsrechte nach dem Haushaltsgrundsätze-Gesetz bei den beteiligten Gesellschaften im Konzern sowie weitere Informations- und Kontrollrechte gewährt worden. So werden bestimmte Maßnahmen nur dann von der Garantie bzw. Freistellung erfasst, wenn das Land den betreffenden Maßnahmen zuvor zugestimmt hat.

Für bestimmte Verpflichtungen der Konzerngesellschaften aus der Detailvereinbarung ist eine gesamtschuldnerische Haftung, u.a. auch der Bankgesellschaft Berlin AG, festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor. Diese orientieren sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft.

Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land von der Bankgesellschaft Berlin AG bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr. Die konzerninterne Aufteilung dieser Provision erfolgte durch die Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB und die Berlin Hyp vor. Diese Erstattung orientiert sich am Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der drei Teilbanken. Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten auch im Innenverhältnis von der BGB als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Die Detailvereinbarung stand unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin, die am 9. April 2002 erfolgt ist. Sie steht weiterhin unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission.

Handels- und bankaufsichtsrechtlich wird die Detailvereinbarung von der Bankgesellschaft Berlin bei ihrer laufenden Geschäftstätigkeit bereits uneingeschränkt mit einbezogen. Die Detailvereinbarung soll durch eine Zuständigkeits- und Verfahrensverordnung ergänzt werden.

Zusammen mit der Beschlussfassung über das Gesetz zur Abschirmungsvereinbarung hat das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, dass die Anteile des Landes Berlin an der BGB schnellstmöglich zu für das Land Berlin vertretbaren Bedingungen zu veräußern sind. Dabei ist die Investitionsbank Berlin (IBB) als eigenständige öffentlich-rechtliche Strukturbank aus der Bankgesellschaft Berlin herauszulösen.

EU-Beihilfverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale –

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter dem 28. Januar 2002 den Antrag auf Genehmigung einer Umstrukturierungsbeihilfe zugunsten der BGB bei der EU-Kommission eingereicht. Teil dieses Antrags ist ein umfassender Restrukturierungsplan für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Der Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe umfasst sowohl die Kapitalzufuhr des Landes Berlin an die BGB in Höhe von ca. 1,7 Mrd. € durch die Umsetzung des Kapitalerhöhungsbeschlusses vom 29. August 2001 als auch die Detailvereinbarung.

DAS GESCHÄFTSJAHR 2002 IM ÜBERBLICK

Mit Beschluss vom 9. April 2002 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, um die vom Land Berlin gewährten Umstrukturierungsbeihilfen für die BGB eingehend zu prüfen. Die Europäische Kommission war aufgrund einer vorläufigen Prüfung des von der Bundesregierung eingereichten Antrags auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe zu dem Ergebnis gelangt, dass auf der Grundlage der bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen ernste Bedenken gegen die Vereinbarkeit der Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt bestehen.

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002 hat die EU-Kommission ihren Beschluss mitgeteilt, ein separates förmliches Prüfverfahren wegen der Ende 1992 erfolgten Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr Investitionsbank Berlin „IBB“) auf die LBB einzuleiten. Dabei handelt es sich um ein Parallelverfahren zu dem Verfahren, in dem die EU-Kommission im Juli 1999 den Kapitaltransfer eines Bundeslandes zugunsten einer Landesbank für beihilferechtlich unzulässig erklärt, für die Zukunft Anpassungsmaßnahmen angeordnet und eine entsprechende Rückforderungsanordnung erlassen hatte. In ihrer Entscheidung vom Juli 1999 hatte sich die EU-Kommission ausdrücklich vorbehalten, auch gegen vergleichbare Kapitalzuführungen anderer Bundesländer vorzugehen. Für das Land Berlin betrifft dies die Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr IBB) auf die LBB zum Jahresende 1992. Gegen die Entscheidung der EU-Kommission vom Juli 1999 hat insbesondere die Bundesregierung Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Mit der Entscheidung

vom 6. März 2003 hat der Gerichtshof erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften die Entscheidung der EU-Kommission vom Juli 1999 für nichtig erklärt, da die EU-Kommission ihrer Begründungspflicht hinsichtlich des festgelegten Renditesatzes nicht in ausreichendem Maße nachgekommen sei. Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Verfahren in den anderen Bundesländern werden noch geprüft.

Im Beschluss vom 2. Juli 2002 über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens wegen der Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt auf die LBB prüft die EU-Kommission, ob die für den Transfer geleistete Vergütung als marktüblich angesehen werden kann oder ob sie unter einem marktüblichen Satz liegt und die Differenz zwischen der geleisteten Vergütung und der marktüblichen Rendite einer solchen Investition eine nach EU-Recht tatbestandliche Beihilfe darstellt. Nach dem Eröffnungsbeschluss sei bei dieser Prüfung die Methodik anzuwenden, die der Entscheidung vom Juli 1999 über den Kapitaltransfer eines Bundeslandes zugunsten einer Landesbank zugrunde liegt. Auf Grundlage dieser Methodik gelangt die EU-Kommission im Eröffnungsbeschluss vom 2. Juli 2002 zu dem Ergebnis, es sei nach dem seinerzeitigen Informationsstand wahrscheinlich, dass die in Frage stehende Maßnahme des Landes Berlin eine Beihilfe darstelle, die Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt gebe.

Dabei gilt es zu beachten, dass die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens ein Verfahrensschritt ist, der lediglich den vorläufigen Standpunkt der EU-Kommission zum Ausdruck bringt. Dadurch wird jedoch nicht das endgültige Ergebnis der beiden Prüfverfahren vorweggenommen. Die von der EU-Kommission bei der Einleitung

der beiden Verfahren geäußerten ernsthaften Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit haben daher keine präjudizierende Wirkung auf den Ausgang der Verfahren. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die EU-Kommission im Fall der Überführung der ehemaligen WBK auf die LBB eine nicht genehmigungsfähige Beihilfe annimmt. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass die EU-Kommission eine Rückforderungsentscheidung erlässt, wonach der Beihilfebetrag zuzüglich Verzinsung für die Zeit ab Zurverfügungstellung der Beihilfe bis zu ihrer Rückzahlung an das Land Berlin zu zahlen ist.

Die Bundesregierung hat der EU-Kommission insbesondere durch Mitteilung vom 9. September 2002 weitere detaillierte Informationen zur Verfügung gestellt und ist der Auffassung entgegengetreten, dass es sich bei der fraglichen Maßnahme um eine Beihilfe handelt. Der Vorstand ist zuversichtlich, dass die EU-Kommission das LBB/IBB-Verfahren mit der Entscheidung abschließen wird, die verfahrensgegenständliche Maßnahme sei nicht mit einer Beihilfe verbunden.

Da jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine negative Entscheidung der EU-Kommission nicht ausgeschlossen werden kann, wäre im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie im Konzernabschluss der BGB wegen der eventuellen Beihilfe-Rückforderung aus dem LBB/IBB-Verfahren eine Rückstellung zu bilden, die gegenwärtig weder die LBB noch der Konzern ohne Verletzung der bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen verkraften könnten. Zur Vermeidung dieser Rückstellungsbildung haben das Land Berlin und die LBB am 25./27. Dezember 2002 die „Vereinbarung über die Behandlung eventueller Rückzahlungsansprüche des Landes Berlin aus dem Bei-

hilfeprüfverfahren C 48/2002 – LBB – der Europäischen Kommission“ geschlossen (im Folgenden „Vereinbarung“). Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat der Vereinbarung am 20. Februar 2003 zugestimmt. Die Vereinbarung steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass die EU-Kommission die Vereinbarung im Rahmen ihrer Entscheidung über die Umstrukturierungsbeihilfen genehmigt.

Gemäß der Vereinbarung verpflichtet sich das Land Berlin, im Wege der Gewährung eines erfolgswirksam zu vereinnahmenden Zuschusses und gekoppelt an das Unterschreiten bestimmter Kapitalquoten im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie des Konzerns BGB die aus dem LBB/IBB-Verfahren möglicherweise folgende Verpflichtung zur Rückzahlung einer etwaigen WBK-Beihilfe zu neutralisieren. Die Neutralisierungsvereinbarung soll der EU-Kommission durch die Bundesregierung kurzfristig offiziell zugeleitet werden. Sie wird aller Voraussicht nach bei der Entscheidung der EU-Kommission zur Umstrukturierungsbeihilfe als weiterer Teil der Umstrukturierungsbeihilfe beurteilt.

Die Bankgesellschaft Berlin ist bei der Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses von einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe ausgegangen. Im Jahresabschluss wurde bei der Bewertung gemäß § 252 Abs. 1 Ziffer 2 HGB von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

Eine ausführliche Darstellung der mit den EU-beihilferechtlichen Verfahren verbundenen Risiken finden Sie im Risikobericht.

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

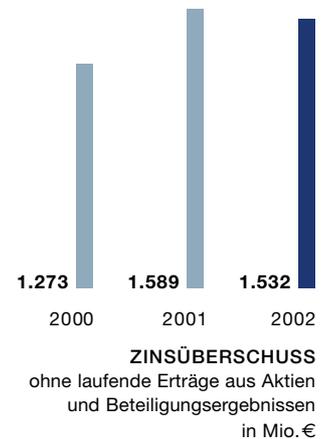
Ergebnis des Konzerns für das Geschäftsjahr 2002

Obgleich die nahezu stagnierende Inlandskonjunktur, die weiter rückläufige Entwicklung der Immobilienmärkte in Berlin und Ostdeutschland sowie das schwierige Kapitalmarktumfeld die Umsetzung des Restrukturierungskonzepts des Konzerns erschwert haben, zeigt das operative Konzernergebnis, dass die Restrukturierung des Konzerns im Jahr 2002 erfolgreich verlaufen ist.

Die im Rahmen des Restrukturierungskonzepts erzielte signifikante Senkung der Verwaltungsaufwendungen (–282 Mio. € oder –15,4%) und ein um 82 Mio. € verbessertes Nettoergebnis aus Finanzgeschäften sind ausschlaggebend dafür, dass das operative Konzernergebnis des Geschäftsjahres um 584 Mio. € besser als im Vorjahr ausgefallen und mit –48 Mio. € nur noch leicht negativ ist (nach –632 Mio. € im Vorjahr und –1.750 Mio. € im Jahr 2000).

Konzernergebnis

in Mio. €	2002	2001	Veränderung
Zinsüberschuss	1.706	1.876	–170
Provisionsüberschuss	342	386	–44
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	–24	–106	82
Verwaltungsaufwendungen	1.546	1.828	–282
Personalaufwand	853	984	–131
andere Verwaltungsaufwendungen	590	696	–106
Normalabschreibungen	103	148	–45
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge	5	–197	202
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	483	131	352
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340f HGB)	531	763	–232
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge ohne Reserven nach § 340f HGB	–48	–632	584
Reserven nach § 340f HGB	–25	2	–27
Betriebsergebnis	–23	–634	611
Ergebnis aus Finanzanlagen	–449	1	–450
Saldo der übrigen Positionen	–144	574	–718
Ergebnis vor Steuern	–616	–59	–557
Ertragsteuern	83	53	30
Ergebnis nach Steuern	–699	–112	–587



Im operativen Geschäft des vierten Quartals 2002 konnten sowohl der Zinsüberschuss als auch das Provisionsergebnis auf dem Niveau der vorhergehenden Quartale gehalten werden. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften verzeichnete mit 93 Mio. € eine positive Entwicklung, die das bis zum 30. September 2002 akkumulierte negative Ergebnis von –117 Mio. € weitgehend ausgleicht. Die bereits im dritten Quartal im Vergleich zum Vorquartal deutlich gewordenen Kosteneinsparungen konnten im vierten Quartal fortgeschrieben werden.

Im Geschäftsjahr 2002 wurden aus Beteiligungsverkäufen Erträge in Höhe von 75 Mio. € realisiert, die überwiegend im vierten Quartal anfielen. Laufende Aufwendungen für die Restrukturierung sowie die Zuführungen zur Restrukturierungsrückstellung belasteten plangemäß das Konzernergebnis mit 100 Mio. €.

Die stagnierende Gesamtwirtschaft, die deutlich rückläufige Entwicklung auf den Immobilienmärkten und die angespannte Situation an den Finanzmärkten wirkten sich mit einer hohen Wertberichtigung im Kredit- und Beteiligungsbereich (617 Mio. € bzw. 124 Mio. €) aus. Darüber hinaus mussten im Anlagevermögen gehaltene Wertpapiere (EURO STOXX-50 Fondsanteile) in Höhe von 399 Mio. € abgeschrieben werden. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag aufgrund der in den Vorjahren vorgenommenen Bereinigungen unter dem Vorjahresniveau.

Das Konzernergebnis nach Steuern des Vorjahres war durch Sondereffekte in Form eines hohen Wertabschlages auf die im Bestand gehaltenen eigenen Aktien

und die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen einerseits sowie durch die Auflösung von für das Immobiliendienstleistungsgeschäft gebildeten Rückstellungen andererseits geprägt. Es ist damit nur bedingt mit dem Ergebnis des Berichtsjahres vergleichbar.

Zinsüberschuss

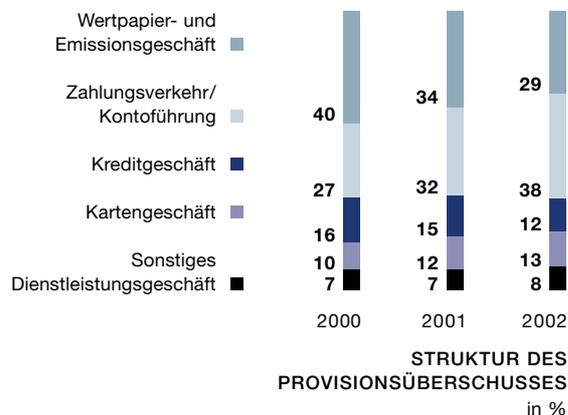
Der Rückgang im Zinsüberschuss von 1.876 Mio. € um –170 Mio. € oder –9,1% auf 1.706 Mio. € ist u. a. begründet durch geringere laufende Erträge aus Aktien. Diese lagen mit 161 Mio. € um –114 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 275 Mio. €. Hierfür waren ein planmäßig zurückgeführter Bestand an Aktien sowie verringerte Dividendenausschüttungen verantwortlich.

Die Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft und aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen gingen – inklusive der Erträge aus Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements – um –2.357 Mio. € oder –23,0% auf 7.871 Mio. € zurück. Der Rückgang im Zinsaufwand um –2.300 Mio. € oder –26,6% auf 6.339 Mio. € verlief hierzu nahezu parallel.

Die laufenden Erträge aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, aus Gewinngemeinschaften sowie assoziierten Unternehmen stiegen um 1 Mio. € oder 8,3% auf 13 Mio. €.

Die Entwicklung des Zinsüberschusses ohne laufende Erträge aus Aktien und Beteiligungsergebnissen ist in der oben stehenden Grafik dargestellt.

Die Zinsspanne betrug bezogen auf den Zinsüberschuss insgesamt 0,96% (Vorjahr: 0,94%) und ohne die Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements 0,86% (Vorjahr: 0,74%).



GESCHÄFTSVERLAUF 2002

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss blieb mit 342 Mio. € um –44 Mio. € oder –11,4% unter dem Vorjahreswert von 386 Mio. €.

Nachdem die Provisionen aus Zahlungsverkehr/Kontoführung um 6 Mio. € oder 4,8% auf 131 Mio. € gesteigert werden konnten, stellen diese nun die wesentlichste Provisionsart im Provisionsüberschuss dar. Im Wertpapier- und Emissionsgeschäft ist aufgrund der angespannten Situation an den Finanzmärkten und der hieraus resultierenden Kundenzurückhaltung ein Rückgang von 150 Mio. € im Vorjahr auf 100 Mio. € (–30 Mio. € oder –23,1%) festzustellen.

Durch die planmäßige Konzentration des Privat- und Firmenkundengeschäfts auf den Großraum Berlin und aufgrund des selektiven und an strenge Kriterien geknüpften Abschlusses von Neugeschäften im Kreditbereich wurde im Kreditgeschäft ein verringerter Provisionsüberschuss in Höhe von 41 Mio. € erwirtschaftet (Vorjahr: 58 Mio. €). Der Rückgang resultierte gleichermaßen aus dem Kreditgeschäft, aus den Avalprovisionen und aus dem Auslandsgeschäft.

Die Provisionen aus dem Kartengeschäft und den sonstigen Dienstleistungen lagen mit 44 Mio. € bzw. 26 Mio. € leicht unter bzw. auf dem Niveau des Vorjahres.

Dass die Positionierung der Bankgesellschaft als starke Regionalbank mit bedeutendem Retailgeschäft erfolgreich verläuft, zeigt die Erhöhung der Provisionsart Zahlungsverkehr/Kontoführung am gesamten Provisionsüberschuss auf einen Anteil von 38% bei restrukturierungskonformem selektivem Kreditneugeschäft und weitestgehender Konstanz der übrigen Provisionsarten.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften betrug –24 Mio. € (Vorjahr: –106 Mio. €).

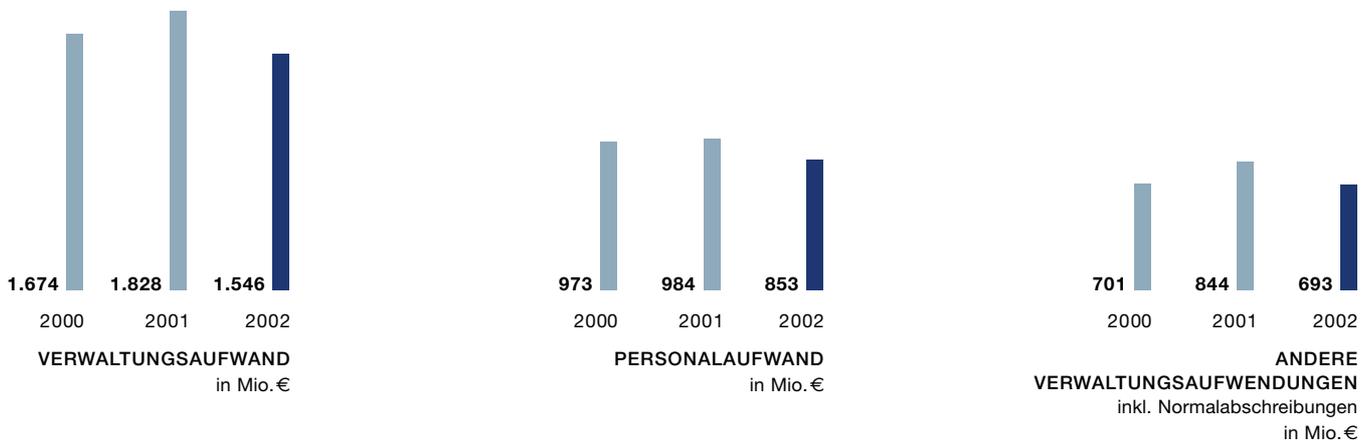
Auch im Geschäftsjahr 2002 wurde das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften durch die Bewertung des Bestands an eigenen Aktien belastet. Auf einen im Geschäftsjahr unveränderten Bestand mussten Abschreibungen von 16 Mio. € vorgenommen werden. Diese liegen aber deutlich unter dem Vorjahreswert (143 Mio. €).

Trotz der schwierigen Verfassung der Kapitalmärkte war das ausgewiesene Handelsergebnis mit –8 Mio. € nur leicht negativ (Vorjahr: 37 Mio. €). Die schwebenden Kurswertreserven im Handelsbereich sind nahezu konstant geblieben.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand im Konzern sank um –282 Mio. € oder –15,4% auf 1.546 Mio. € (Vorjahr: 1.828 Mio. €). Die realisierten Kosteneinsparungen entfielen mit 131 Mio. € auf den Personalaufwand und mit 151 Mio. € auf die anderen Verwaltungsaufwendungen inklusive Normalabschreibungen. Die erheblichen Kosteneinsparungen im Geschäftsjahr 2002 führten zu einem Verwaltungsaufwand, der um 128 Mio. € selbst unter dem des Jahres 2000 lag.

Der **Personalaufwand** beträgt 853 Mio. € nach 984 Mio. € im Vorjahr. Der Rückgang ist bestimmt durch die zum 1. Mai 2002 umgesetzte 8%ige Gehaltskürzung sowie durch den Abbau von 2.109 (–12,8%) Beschäftigten im Geschäftsjahr. Damit wurde ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Restrukturierungskonzepts umgesetzt. Hierdurch war es möglich, den Personalaufwand auf ein Niveau zurückzuführen, das deutlich unter dem des Geschäftsjahres 2000 liegt.



Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** reduzierten sich um –106 Mio. € oder –15,2% auf 590 Mio. €.

Nachdem im Vorjahr noch verstärkt externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen worden waren (u. a. für verschiedene Projekte zur Verbesserung des Risikomanagements und des Risikocontrollings sowie für die EDV-Landschaft des Konzerns), konnten im Zuge der fortschreitenden Realisierung dieser Projekte die Beratungsaufwendungen in einer nennenswerten Größenordnung (–48 Mio. € oder –42,5%) reduziert werden.

Die Restrukturierung im Flächenmanagement des Konzerns führte zu geringeren Gebäude- und Raumkosten (–20 Mio. € oder –13,3%).

Sowohl das eingeführte Kostenmanagement als auch der Abbau von Beschäftigten induzieren einen Rückgang bei den Geschäftsbetriebskosten (–16 Mio. € oder –19,0%) und den personalabhängigen Sachkosten (–16 Mio. € oder –47,1%).

Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen** in Höhe von 103 Mio. € (Vorjahr: 148 Mio. €) resultieren aus Abschreibungen auf Bankgebäude, EDV-Hardware sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verringerung des Abschreibungsaufwands um –30,4% ist auf die vielfältigen Restrukturierungsmaßnahmen des Konzerns zurückzuführen.

Die Umsetzung der Restrukturierung führte dazu, dass die anderen Verwaltungsaufwendungen sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen die Werte des Jahres 2000 leicht um –8 Mio. € unterschreiten.

Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen fiel positiv aus und betrug 5 Mio. €. Er setzt sich zusammen aus dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen (7 Mio. €, Vorjahr: –186 Mio. €) und den sonstigen Steuern (2 Mio. €, Vorjahr: 11 Mio. €).

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen beinhaltet die entsprechenden Erfolge aus den zum Konzern gehörenden Kreditinstituten und den Servicegesellschaften. Darüber hinaus kommen die Aufwendungen (mit Ausnahme des Personalaufwands) und Erträge aus dem operativen Geschäft des Immobiliendienstleistungsbereichs des Konzerns (IBAG, IBG und LPFV) hier zum Ausweis.

In den Kreditinstituten mussten die Jubiläumsrückstellungen (insbesondere Bankgesellschaft Berlin AG 12 Mio. €, Landesbank Berlin 12 Mio. €) aufgelöst werden. Im Vorjahr wirkten sich im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen Vorsorgen im Immobiliendienstleistungsbereich in Höhe von 102 Mio. € belastend aus. Risikoaufwendungen des Immobiliendienstleistungsbereichs, die unter die vom Land Berlin gewährte Garantie fallen (Detailvereinbarung), wurden durch entsprechende Forderungen in Höhe von ca. 33 Mio. € kompensiert.

Ferner ist der im Vorjahr enthaltene Aufwand der IBB, den diese im Rahmen ihres öffentlichen Förderauftrags geleistet hat (51 Mio. €), im Geschäftsjahr aufgrund des Gesamtergebnisses der IBB nicht angefallen.

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

Risikovorsorge

Für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wurden insgesamt 617 Mio. € (Vorjahr: 738 Mio. €) eingestellt, davon 229 Mio. € bei der BGB, 117 Mio. € bei der LBB (einschließlich IBB) und 227 Mio. € bei der Berlin Hyp.

Der größte Teil (287 Mio. €) entfiel auf das Immobilienfinanzierungsgeschäft, dessen Risikovorsorge damit deutlich unter der des Vorjahres (473 Mio. €) lag.

Für Risiken im Kreditbereich wurden im vierten Quartal 2002 Wertberichtigungen in Höhe von 188 Mio. € gebildet; diese lagen damit leicht unter dem Niveau des Vorquartals.

Im Drei-Jahres-Vergleich lag die Risikovorsorge 2002 im Kreditgeschäft um -16,4% unter dem Vorjahr und betrug noch 40,1% des im Geschäftsjahr 2000 erforderlichen Vorsorgeaufwandes (siehe Grafik auf Seite 67).

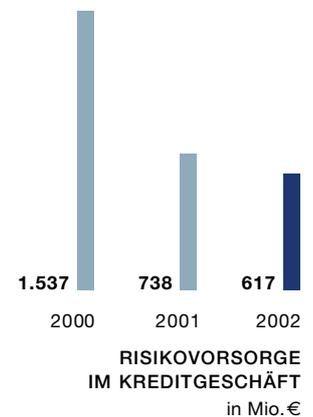
Das **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve**, das sich per Saldo auf 86 Mio. € (Vorjahr: -25 Mio. €) belief, wurde überwiegend in der Berlin Hyp realisiert.

Die Auflösung von **Reserven nach § 340f HGB** (25 Mio. €) wurde in der IBB zum teilweisen Ausgleich der Abschreibungen auf Beteiligungen (66 Mio. €) durchgeführt.

Die Risikovorsorge setzte sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

Risikovorsorge im Konzern

in Mio. €	2002	2001
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
zu Lasten GuV gebildete Wertberichtigungen	1.001	1.020
Direktabschreibungen	32	38
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	409	311
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	7	9
Vorsorgeaufwand – netto	617	738
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve		
Ertragskomponenten	209	95
Aufwandskomponenten	123	120
Wertpapierergebnis – netto	86	-25
Summe vor Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	531	763
Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	-25	2
Risikovorsorge insgesamt	506	765



Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen im Konzern belief sich auf –449 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Zum 31. Dezember 2002 machte die im dritten Jahr rückläufige Börsenentwicklung eine Abschreibung auf die im Anlagevermögen gehaltenen EURO STOXX-50 Fondsanteile in Höhe von 399 Mio. € erforderlich. Basis der Ermittlung des zum Bewertungsstichtag als beizulegenden Wert waren die durchschnittlichen Fondsanteilspreise in den vergangenen zwölf Monaten. Die Bank sieht zum 31. Dezember 2002 dieses Verfahren als sachgerechte Methode zur Ermittlung des als dauerhaft anzusetzenden Werts an. Die angewandte Methode wurde durch Vergleichsrechnungen plausibilisiert.

Die zum 30. September 2002 vorgenommene Abschreibung auf die Fondsanteile in Höhe von 216 Mio. € basierte auf dem durchschnittlichen Börsenwert des Indizes der zurückliegenden zwölf Monate und repräsentierte den anteilig anzusetzenden Wertverlust.

Die wesentlichen Wertberichtigungen und Vorsorgen auf Beteiligungen entfielen auf die von der Bankgesellschaft und der LBB gehaltenen Anteile an der Berlin Capital Fund sowie auf das Beteiligungsportfolio der IBB.

Kompensierend stand diesen Aufwendungen ein Ertrag der LBB aus der Veräußerung der Anteile an der DekaBank Deutsche Girozentrale gegenüber.

Im Jahr 2001 konnten im Konzern die Aufwendungen aus Abschreibungen vollständig durch realisierte Verkaufserträge ausgeglichen werden.

Saldo der übrigen Positionen

Dieser Sammelposten enthält im Wesentlichen Aufwendungen aus Verlustübernahmen sowie die Positionen außerordentliche Aufwendungen und außerordentliche Erträge.

Die **Verlustübernahmen** lagen mit 39 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (49 Mio. €). Im Geschäftsjahr wurden der im Vorjahr begonnene Prozess, die Grundstücke und Gebäude der Grundstücksgesellschaften des Konzerns einheitlich zu bewerten, fortgesetzt und die erforderlichen Wertanpassungen vorgenommen.

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge waren maßgeblich bestimmt durch die Restrukturierung des Konzerns und die damit im Zusammenhang stehende Neuausrichtung in den Bereichen Personal, Sachkosten und Flächenmanagement.

Von den zum 31. Dezember des Vorjahres ausgewiesenen Restrukturierungsrückstellungen wurden 174 Mio. € in Anspruch genommen bzw. zweckbestimmt verwendet. Im Berichtsjahr wurden 70 Mio. € zugeführt und 12 Mio. € aufgelöst. Laufende Aufwendungen aus der Restrukturierung fielen mit 42 Mio. € an.

Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand im Konzern belief sich auf 83 Mio. € (Vorjahr: 53 Mio. €). Die inländischen Einheiten trugen mit 67 Mio. € hierzu bei.

Hierin ist in Höhe von 14 Mio. € ein Aufwand aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern im Konzernabschluss enthalten, aus dem kein Liquiditätsabfluss resultiert. Ferner entfielen 30 Mio. € auf phasenfremde Steueraufwendungen als Ergebnis von Betriebsprüfungen. Auf ausländische Einheiten entfielen 16 Mio. €.

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

Ergebnis der Bankgesellschaft Berlin AG für das Geschäftsjahr 2002

Der Einzelabschluss der BGB für das Geschäftsjahr 2002 zeigt im operativen Ergebnis (Betriebsergebnis nach Risikovorsorge – ohne Reserven nach § 340f HGB) insbesondere aufgrund des höheren Zins- und des verbesserten Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften bei verminderten Verwaltungsaufwendungen ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis. Aufgrund von besonderen Belastungen im Ergebnis aus Finanzanlagen, Verlustübernahmen für Tochterunternehmen und von Restrukturierungsaufwendungen

sowie aufgrund einmaliger, im Vorjahr angefallener positiver Effekte im Saldo der übrigen Positionen lag der Jahresfehlbetrag mit 696 Mio. € um 330 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Der **Zinsüberschuss** erhöhte sich deutlich um 145 Mio. € oder 24,9%, was maßgeblich auf die höheren Erträge aus Beteiligungen zurückzuführen ist. Der Anteil der im Geschäftsjahr realisierten Erträge aus Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements ging erheblich zurück.

Ergebnis der AG

in Mio. €	2002	2001	Veränderung
Zinsüberschuss	727	582	145
Provisionsüberschuss	122	142	-20
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	-29	-105	76
Verwaltungsaufwendungen	674	777	-103
Personalaufwand	281	314	-33
andere Verwaltungsaufwendungen	382	451	-69
Normalabschreibungen	11	12	-1
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge	95	42	53
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	241	-116	357
Risikovorsorge (ohne Reserve nach § 340f HGB)	251	271	-20
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge ohne Reserve nach § 340f HGB	-10	-387	377
Reserven nach § 340f HGB	0	0	0
Betriebsergebnis	-10	-387	377
Ergebnis aus Finanzanlagen	-538	-383	-155
Saldo der übrigen Positionen	-137	437	-574
Ergebnis vor Steuern	-685	-333	-352
Ertragsteuern	11	33	-22
Ergebnis nach Steuern	-696	-366	-330

Risikovorsorge der AG

in Mio. €	2002	2001
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
zu Lasten GuV gebildete Wertberichtigungen	336	291
Direktabschreibungen	14	26
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	119	86
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	4
Vorsorgeaufwand – netto	229	227
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve		
Ertragskomponenten	32	35
Aufwandskomponenten	54	79
Wertpapierergebnis – netto	-22	-44
Summe vor Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	251	271
Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	0	0
Risikovorsorge insgesamt	251	271

Der **Provisionsüberschuss** blieb mit 122 Mio. € um –20 Mio. € oder –14,1% unter dem Vorjahresniveau. Wichtigster Einzelfaktor in diesem Zusammenhang war die angespannte Situation an den Finanzmärkten und die hieraus resultierenden zurückhaltenden Kundenaktivitäten.

Der **Verwaltungsaufwand** konnte um –105 Mio. € oder –13,3% auf 674 Mio. € gesenkt werden, was die Erfolge bereits umgesetzter Sanierungsmaßnahmen widerspiegelt. Die Verringerung des Personalaufwands um –33 Mio. € (–10,5%) ist sowohl auf die rund 8% Gehaltsreduzierungen seit Mai 2002 als auch auf den Abbau von Personal zurückzuführen. Der Rückgang der anderen Verwaltungsaufwendungen ist Ergebnis des intensiven Kostenmanagements. Dabei wurden Projekte wie ARMADA (Kontrolle und Management der Marktpreisrisiken) abgeschlossen und weitere Projekte wie beispielsweise KOLIBRI (Konzeption für ein Obligo- und Limitmanagementsystem), Basel II sowie die Vorbereitungen für die Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IAS fortgesetzt.

Die **Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen** in Höhe von 11 Mio. € resultierten überwiegend aus planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Mietereinbauten.

Die **Risikovorsorge** betrug 251 Mio. € und unterschritt damit den Vorjahressaldo um –20 Mio. € oder –5,5%.

Im **Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen** in Höhe von 95 Mio. € wirkten sich im Wesentlichen die Leistungsverrechnungen mit anderen Gesellschaften des Konzerns in Höhe von 66 Mio. € aus.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von –558 Mio. € ist durch Abschreibungen in Höhe von 399 Mio. € auf Anlagen in Investmentfonds, die den EURO STOXX-50-Index nachbilden, und erforderliche Vorsorgen für Beteiligungen in Höhe von 139 Mio. € geprägt. Letztere betrafen überwiegend konsolidierte Konzerngesellschaften. Die Abschreibungen auf die Investmentfonds sind im Anhang unter Allgemeine Bewertungsgrundsätze näher erläutert.

Im **Saldo der übrigen Positionen** sind Verlustübernahmen von 64 Mio. € und außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 73 Mio. € enthalten. Davon betrafen 55 Mio. € Aufwendungen für die Restrukturierung, 39 Mio. € entfielen hiervon auf die Dotierung von Rückstellungen. Weiterhin ist ein Darlehensverzicht enthalten, der im Rahmen der Sanierung mit anschließendem Verkauf eines Tochterunternehmens ausgesprochen wurde. Die Verlustübernahmen entfielen in Höhe von 50 Mio. € auf konsolidierte Konzerngesellschaften.

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

Der **Ertragsteueraufwand** der AG belief sich auf 11 Mio. €. Hiervon entfielen 4 Mio. € auf die Niederlassung London. Im Inland sind nicht anrechenbare Quellensteuern, Körperschaftsteuer (Nachsteuer) als Folge des Systemwechsels vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren sowie periodenfremde Posten enthalten.

Auswirkungen der Konsolidierung

Das Ergebnis des Konzerns wird maßgeblich durch die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB, die Berlin Hyp sowie den Teilkonzern IBAG bestimmt.

Im Rahmen der Konsolidierung werden einerseits die in den Einzelabschlüssen dieser Tochterunternehmen enthaltenen, phasengleich vereinnahmten Beteiligungserträge (102 Mio. €) und andererseits Zwischenerfolge in Höhe von 112 Mio. € aufwandsmindernd eliminiert. Die Zwischenerfolgseliminierungen sind überwiegend auf Abschreibungen, die auf Buchwerte konsolidierter Tochterunternehmen vorgenommen wurden, bzw. auf Aufwendungen, die aus Rückstellungsbildungen für Kapitalmaßnahmen resultieren, zurückzuführen.

Das Bilanzvolumen wird getragen von der Bankgesellschaft Berlin AG, der LBB und der Berlin Hyp. Bezogen auf den Summenabschluss entfallen 88,6% der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften; im Einzelnen verteilt sie sich wie folgt:

Verteilung des Bilanzvolumens auf folgende Gesellschaften

in %	31.12.2002	31.12.2001
Bankgesellschaft Berlin AG	32,3	33,4
Landesbank Berlin	37,3	35,6
darunter:		
Investitionsbank Berlin	(8,6)	(8,2)
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	19,0	17,5
Bankgesellschaft Berlin International S.A.	2,3	2,5
Weberbank Privatbankiers KGaA	2,1	2,2
	93,0	91,2
Andere Kreditinstitute	3,6	3,9
Andere Konzerngesellschaften	3,4	4,9
Gesamt	100,0	100,0

Kreditvolumen im Konzern

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	48	92	-44	-47,8
Kredite an Kreditinstitute ¹⁾	13.376	17.935	-4.559	-25,4
Forderungen an Kunden ²⁾	89.504	99.259	-9.755	-9,8
darunter:				
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank	17.798	19.039	-1.241	-6,5
Kommunalkredite	25.812	28.141	-2.329	-8,3
Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	15.658	15.541	117	0,8
Übrige Kundenforderungen	30.236	36.538	-6.302	-17,2
Kreditvolumen	102.928	117.286	-14.358	-12,2

¹⁾ Forderungen an Kreditinstitute Restlaufzeit > 1 Jahr

²⁾ Ohne Reverse Repos und Forderungen aus Wertpapierleihgeschäften

Das Konsolidierungsvolumen von 51,8 Mrd. € resultiert mit 31,2 Mrd. € aus der Schulden-, mit 15,4 Mrd. € aus der Wertpapier- und mit 5,2 Mrd. € aus den sonstigen Bestandskonsolidierungen (u.a. Kapitalkonsolidierung mit 4,4 Mrd. €).

Volumenentwicklung des Konzerns

Die **Bilanzsumme** des Konzerns zum 31. Dezember 2002 reduzierte sich um 14,4 Mrd. € oder 7,6% auf 174,8 Mrd. € (Vorjahr: 189,2 Mrd. €). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der Rückgang der Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kunden und Kreditinstituten, nicht zuletzt als Folge des konsequenten Abbaus von Geschäft im Zuge der Sanierung des BGB Konzerns.

Das **Nominalvolumen des Derivate-Geschäfts** belief sich zum Bilanzstichtag auf 691,5 Mrd. € (Vorjahr: 888,3 Mrd. €); 93% dieses Volumens bezog sich auf zinsbezogene Geschäfte. Die größte Position stellten hierbei die Zinsswaps mit 474,2 Mrd. € dar (74% der zinsbezogenen Geschäfte).

Im Sinne des KWG-Grundsatzes I (Adressenausfallrisiken) entspricht das Derivate-Geschäft mit einem Nominalvolumen von 691,5 Mrd. € einem Kreditrisikoäquivalent in Höhe von 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €).

Das **Kreditvolumen** im Konzern ging auf 102,9 Mrd. € (Vorjahr: 117,3 Mrd. €) zurück. Die Reduzierung resultierte aus den Rückgängen der Forderungen an Kreditinstitute mit Restlaufzeiten über fünf Jahren sowie der kurzfristigen Kundenforderungen.

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

Aktiva

Der leicht erhöhte Bestand der Barreserve ist insbesondere auf einen erhöhten Kassenbestand einzelner Tochterunternehmen zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sanken um –2,8 Mrd. € oder –8,4% auf 30,8 Mrd. € (Vorjahr: 33,6 Mrd. €). Der Rückgang erfolgte insbesondere bei Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr.

Die **Forderungen an Kunden** reduzierten sich um –9,7 Mrd. € oder –9,8% auf 89,6 Mrd. €. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Reduzierung der Kommalkredite mit Laufzeiten über fünf Jahren sowie auf die rückläufige Entwicklung bei den langfristigen Hypothekendarlehen der Hypothekbank zurückzuführen.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft beträgt 5.535 Mio. € (Vorjahr: 5.181 Mio. €). Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen ergibt sich daraus ein Anstieg der Quote von 4,4% auf 5,4%.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betragen 39,6 Mrd. €. Der Rückgang um –0,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr ist fast ausschließlich auf die Reduzierung bei Anleihen und Schuldverschreibungen gegenüber anderen Emittenten zurückzuführen. Darüber hinaus sanken die Bestände an eigenen Schuldverschreibungen um –27% bzw. –306 Mio. € auf 827 Mio. €.

Konzern-Aktiva

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Barreserve	1.392	1.361	31	2,3
Forderungen an Kreditinstitute	30.798	33.604	–2.806	–8,4
Forderungen an Kunden	89.579	99.305	–9.726	–9,8
Schuldverschreibungen	39.595	40.184	–589	–1,5
Aktien	3.367	4.938	–1.571	–31,8
Beteiligungen, Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	788	854	–66	–7,7
Treuhandvermögen	220	274	–54	–19,7
Ausgleichsforderungen	561	744	–183	–24,6
Sachanlagen	580	624	–44	–7,1
Übrige Aktiva	7.924	7.275	649	8,9
Summe Aktiva	174.804	189.163	–14.359	–7,6

Konzern-Passiva

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59.349	63.868	-4.519	-7,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57.091	62.276	-5.185	-8,3
darunter:				
Spareinlagen einschl. Bauspareinlagen	9.224	9.684	-460	-4,8
täglich fällige andere Verbindlichkeiten	13.009	14.139	-1.130	-8,0
befristete andere Verbindlichkeiten	34.858	38.453	-3.595	-9,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	44.168	47.086	-2.918	-6,2
darunter:				
Hypothekendarlehen und öffentliche Darlehen	36.158	34.667	1.491	4,3
Sonstige Schuldverschreibungen	7.748	12.053	-4.305	-35,7
Andere verbiefte Verbindlichkeiten	262	366	-104	-28,4
Treuhandverbindlichkeiten	220	274	-54	-19,7
Rückstellungen	2.303	2.930	-627	-21,4
Nachrangkapital	2.863	3.016	-153	-5,1
Eigenkapital	3.889	4.525	-636	-14,1
davon:				
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
Rücklagen ¹⁾	1.334	1.970	-636	-32,3
Übrige Passiva	4.921	5.188	-267	-5,1
Summe Passiva	174.804	189.163	-14.359	-7,6

¹⁾ Einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i. H. v. -2.222 Mio. € (Vorjahr: -1.553 Mio. €) und Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter i. H. v. 70 Mio. € (Vorjahr: 81 Mio. €)

Der deutliche Abbau der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** um -1,6 Mrd. € oder -31,8% auf 3,4 Mrd. € ist auf das deutlich gesunkene Kursniveau sowie insbesondere auf die Verringerung des Handelsbestands zurückzuführen.

Der Bestand an **Ausgleichsforderungen** reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten um -185 Mio. € oder -24,6% auf 561 Mio. €. Der Rückgang verteilte sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Bestand gleichmäßig auf die Konzernbanken.

Die Steigerung in den **übrigen Aktiva** resultierte im Wesentlichen aus dem Anstieg der Forderungen aus gestellten Barsicherheiten für derivative Geschäfte (Collaterals) aus der Bankgesellschaft AG. Gegenüber dem Vorjahr stieg diese Unterposition um 1,1 Mrd. € auf 1,7 Mrd. €.

Passiva

Die Passivseite der Bilanz stellt sich wie in oben stehender Tabelle dar.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** ermäßigten sich um -4,5 Mrd. € oder -7,1% auf 59,3 Mrd. €. Der geringere Bilanzausweis erfolgte fast ausschließlich bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten (Restlaufzeit bis zu 1 Jahr).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verringerten sich um -5,2 Mrd. € oder -8,3% auf 57,1 Mrd. €. Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten haben die Kunden ihre Einlagen im Volumen von 2,7 Mrd. € reduziert.

Der Rückgang bei den **verbrieften Verbindlichkeiten** um 2,9 Mrd. € oder 6,2% auf 44,2 Mrd. € resultierte im Wesentlichen aus der Reduzierung der sonstigen Schuldverschreibungen bei der Bankgesellschaft Berlin AG.

GESCHÄFTSVERLAUF 2002

Rückstellungen werden in einer Gesamthöhe von 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 2,9 Mrd. €) ausgewiesen. Die **anderen Rückstellungen** in der Bankgesellschaft Berlin AG gingen insbesondere aufgrund geringerer Rückstellungen für Drohverluste aus Portfolio und Finanzgeschäften (246 Mio. €) zurück. Der Rückgang in der LPFV resultierte aus einer Inanspruchnahme in Höhe von 70 Mio. € des im Vorjahr ausgewiesenen Selbstbehalts von 100 Mio. € sowie mit 45 Mio. € aus der im Vorjahr mit 60 Mio. € gebildeten Rückstellung für Höchstpreisgarantien. Ferner sanken die **Steuerrückstellungen** um 75 Mio. €.

Durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres in Höhe von 699 Mio. € verringerte sich das Konzern-Eigenkapital entsprechend. Darüber hinaus ergaben sich beim Eigenkapital keine wesentlichen Änderungen.

Kapitalquoten

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns gemäß KWG zum 31. Dezember 2002 betragen insgesamt 6,7 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 70,8 Mrd. € errechnen sich danach eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz I von 9,4% und eine Kernkapitalquote von 5,6%. Die Gesamtkennziffer für die AG betrug 11,4% und die Kernkapitalquote 7,0% (nach Feststellung der Jahresabschlüsse bzw. des Jahresabschlusses).

Volumenentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG

Die Bilanzsumme der Bankgesellschaft Berlin AG verringerte sich im Berichtsjahr von 81,7 Mrd. € auf 73,2 Mrd. € (-10,4%). Planmäßig haben sich die Forderungen an Kreditinstitute um -2,5 Mrd. € und die Forderungen an Kunden um -4,7 Mrd. € vermindert. Auf der Refinanzierungsseite verringerten sich aufgrund von Fälligkeiten die verbrieften Verbindlichkeiten um -4,5 Mrd. € und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um -3,2 Mrd. €.

In den übrigen Aktiva sind gestellte Barsicherheiten für derivative Geschäfte (Collaterals) enthalten, die gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mrd. € gestiegen sind. Mit dem Ziel, bei Derivate-Geschäften das Eigenkapital zu schonen, wurde die Anzahl der Adressen, mit denen Collateral-Vereinbarungen vorliegen, im Jahr 2002 erhöht. Durch die allgemeine Marktentwicklung des vergangenen Jahres hat sich der Bedarf nach einer erhöhten Hinterlegung von Collaterals ergeben.

Als Risikovorsorge wird ein Bestand in Höhe von 2,1 (Vorjahr: 2,0) Mrd. € vorgehalten. Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen ergibt sich daraus eine Quote von 6,1% (Vorjahr: 5,4%).

AG-Aktiva

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Barreserve	614	504	110	21,8
Forderungen an Kreditinstitute	18.748	21.023	-2.275	-10,8
Forderungen an Kunden	14.565	19.261	-4.696	-24,4
Schuldverschreibungen	28.519	29.742	-1.223	-4,1
Aktien	1.971	3.496	-1.525	-43,6
Beteiligungen	110	140	-30	-21,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.645	2.659	-14	-0,5
Ausgleichsforderungen	253	334	-81	-24,3
Sachanlagen	108	97	11	11,3
Übrige Aktiva	5.659	4.445	1.214	27,3
Summe Aktiva	73.192	81.701	-8.509	-10,4

AG-Passiva

	31.12.2002	31.12.2001	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48.009	48.091	-82	-0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.264	13.472	-3.208	-23,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.804	10.132	-4.328	-42,7
Rückstellungen	1.022	1.359	-337	-24,8
Nachrangkapital	2.465	2.577	-112	-4,3
Eigenkapital	2.723	3.419	-696	-20,4
davon:				
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
Rücklagen ¹⁾	168	864	-696	-80,6
Übrige Passiva	2.905	2.651	254	9,6
Summe Passiva	73.192	81.701	-8.509	-10,4

¹⁾ Einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i. H. v. -2.038 Mio. € (Vorjahr: -1.341 Mio. €)

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 Aktiengesetz hat der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2002 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäftsabschlusses bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

RISIKOBERICHT

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2002 wurden die in den Vorjahren begonnenen Projekte zur Verbesserung der Instrumente des konzernweiten Risikomanagements und -controllings konsequent weiterentwickelt und in großen Teilen abgeschlossen. Darüber hinaus stand die im Rahmen des Restrukturierungsprojekts vorgesehene Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder und die damit einhergehende Portfoliokonsolidierung im Vordergrund.

Durch die Weiterentwicklung des Konzernrisiko-Reportings und die Verabschiedung einer neuen Konzernrisikostategie konnten weitere strukturelle und organisatorische Verbesserungen erzielt werden. Einen wichtigen Schwerpunkt der zukünftigen Aktivitäten bildet die konsequente Verbesserung der Datenqualität im Konzern.

Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie ist elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts. Die Risikostrategie des Konzerns wird durch zwei wesentliche Komponenten definiert, die der Vorstand vorgegeben hat:

- Durch festgelegte Strategien wird spezifiziert, in welchen Kerngeschäftsfeldern Risiken neu eingegangen werden sollen,
- durch konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze wird sicher gestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Seit mehreren Jahren ist im Konzern Bankgesellschaft Berlin die Funktionstrennung zwischen den risikoüberwachenden Einheiten und den risikonehmenden Geschäftsbereichen realisiert. Die Identifizierung, Messung, Kontrolle und Steuerung der Risiken ist den verschiedenen zentralen Bereichen der Bank übertragen worden, die innerhalb eines Vorstandsressorts angesiedelt sind. Das Ressort setzt sich unter anderem aus den Stabeinheiten Kreditsekretariat, Risikocontrolling, Controlling und Compliance zusammen.

Die ganzheitliche Risikosteuerung erfolgt durch das Risk Review Komitee. Das Gremium tagt monatlich, erörtert sowohl die methodischen Risikomanagementverfahren als auch die aktuelle Risikosituation und erarbeitet Steuerungsvorschläge für die Vorstandsgremien im Konzern. Unter anderem wurde im Geschäftsjahr das ganzheitliche Konzernrisiko-Reporting weiterentwickelt und eine überarbeitete Konzernrisiko-Strategie verabschiedet. Zum Ende des Geschäftsjahres wurde dieses Gremium reorganisiert. Seitdem wird die Risikolage im Risk Review Komitee unter Teilnahme des Gesamtvorstands erörtert. Die Behandlung methodischer Sachverhalte obliegt in Zukunft dem Risk Policy Komitee.

Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditrisiken
 - Kontrahentenrisiken
 - Länderrisiken
 - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Operationelle Risiken
 - Systemrisiken
 - Personalrisiken
 - Rechtsrisiken
- Sonstige Risiken
 - Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
 - Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Detailvereinbarung
 - Risiken aus dem Fördergeschäft

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Es werden die oben genannten Risikokategorien unterschieden. Das Settlementrisiko, d. h. das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Kreditrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu messen, zu überwachen und gezielt zu reduzieren. Dazu ist es notwendig,

- die Risiken des Neugeschäftes zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen,
- die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen und
- die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale zu reduzieren.

Risikomanagement-Projekte

Der Konzern führte die Risikomanagementprojekte aus den Jahren 2000 und 2001 planmäßig fort und beendete erfolgreich wesentliche Teile.

Insbesondere das KOLIBRI-Projekt konnte fristgerecht die EDV-technischen Grundlagen für ein ganzheitliches Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern schaffen. Die Aufgaben sind auf mehrere Projektmodule aufgeteilt:

- Aufbau einer **Kreditevidenzdatenbank**: Diese Datenbank erfasst und konsolidiert die risikorelevanten Daten aller Produkte (klassische Kredite bis Derivate des Kapitalmarktgeschäftes) von allen Teilbanken und allen Kunden.
- Implementierung eines **Limitmanagementsystems**: Durch die Einführung eines Limitmanagementsystems werden die Voraussetzungen geschaffen, Portfolios zu definieren und in ihrem Risikogehalt zu messen, zu limitieren und zu steuern.
- Etablierung statistischer Risikomessverfahren (**Credit-Value-at-Risk**): Auf Basis der Kreditevidenz-Datenbank sowie nach der Implementierung moderner Ratingverfahren wird zukünftig der konzernweite Einsatz derartiger Risikomessverfahren möglich sein.

RISIKOBERICHT

- Neuentwicklung der Ratingmethoden: In zwei Projekten werden die Methoden für Kreditnehmer des Retail- und Wholesale-Geschäfts grundlegend neu entwickelt. Die Projekte werden gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen und Giroverband (DSGV) bzw. den deutschen Landesbanken und mit Begleitung der Beratungsfirma Oliver, Wyman & Company durchgeführt. Die Bankgesellschaft Berlin hat in einigen Modulen eine führende Rolle übernommen.

Im Gegensatz zu den bisher eingesetzten Methoden – es handelt sich um regelbasierte qualifizierte Expertenbeurteilungen – basiert das neue Rating auf statistischen Prognoseverfahren. Dadurch soll sichergestellt werden, dass

- der Risikogehalt der Kreditengagements besser identifiziert werden kann,
- die Prognosegüte der erwarteten Kreditrisiken deutlich zunimmt und somit
- die Risikopotenziale früher ermittelt werden können.

Die Projekte haben zum Ziel, dass die neuen Ratingmethoden die Anforderungen des 2. Baseler Akkords (Basel II) erfüllen und von den Aufsichtsbehörden als so genanntes „Internes Ratingmodell“ anerkannt werden.

Aktueller Projektstand und weiterer Projektverlauf

Im Jahr 2002 wurden mehrere Komponenten der neuen Architektur zur Messung und Bewertung der Kreditrisiken (Projekt KOLIBRI) wie geplant erfolgreich in einen produktiven Zustand überführt. Damit werden erstmals die dezentralen Daten konzernweit konsolidiert und für das Risikocontrolling und die Steuerung der Portfolios aufbereitet.

Im Sommer 2002 wurde die **zentrale Konzern-Kreditnehmer-Verwaltung (KKNV)** etabliert, in der alle Verflechtungen von Kreditnehmern untereinander sowie ihre Zuordnung zu Portfolios erfasst werden. Diese Anwendung bildet das Rückgrat sowohl der Kreditrisikosteuerung als auch des Kreditmeldewesens.

Die zweite, verbesserte Version der Evidenzdatenbank (KONDA 2.0) konnte im Dezember 2002 fertig gestellt werden und wird im ersten Quartal 2003 im Produktionsbetrieb stabilisiert. Sie ermöglicht es u. a., die Daten aller Kreditnehmer im Konzern von der Kreditnehmereinheit bis zur Kontoebene zu selektieren und nach verschiedensten Kriterien auszuwerten. Alle Daten werden ab Dezember 2002 historisiert, so dass die zeitliche Entwicklung der Engagements und der Risikopotenziale zukünftig dargestellt werden kann. Weiterhin werden die Zahlungsströme der Kreditgeschäfte konzerneinheitlich abgebildet. Damit sind wesentliche Voraussetzungen für die Anwendung der statistischen Risikoberechnungen (Credit Value-at-Risk) auf Portfolioebene geschaffen worden. Weiterhin sind mit KONDA wesentliche Grundlagen geschaffen, um die zukünftigen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) zu erfüllen.

Auf Basis der Evidenzdatenbank KONDA wurde der Risikoreport erweitert und neu aufbereitet, um auch die zukünftigen MaK zu erfüllen. Insbesondere werden zukünftig die zeitlichen Entwicklungen der Portfolios und der Risikokennzahlen dargestellt. Hiervon lassen sich wichtige Informationen (Frühwarnindikatoren) für die Steuerung der Kreditportfolios ableiten.

Die Evidenzdatenbank KONDA hat gezeigt, dass die Datenqualität im Kreditgeschäft deutlich zu verbessern ist. Deshalb wird die Bank eine konzernübergreifende Arbeitsgruppe etablieren, die die Datenqualität systematisch und zielgerichtet verbessern soll.

Für das **Limitmanagement** und die Portfoliosteuerung wurde Ende 2002 das Softwareprodukt RICOS implementiert.

Die Kontrahentenrisiken im Handelsgeschäft werden seit Anfang 2003 mit Hilfe dieser neuen Systemarchitektur überwacht. Das System befindet sich derzeit in einer Stabilisierungs- und Ausbauphase. Die davon betroffenen Prozesse und Verfahren werden im ersten Halbjahr 2003 optimiert und an das neue System angepasst. Im Vergleich zu bisherigen Anwendungen sind vor allem die Risikomes- sungsverfahren verfeinert und vereinheitlicht worden.

Das kommerzielle Kreditgeschäft wird gegenwärtig auf Einzeladressen- und Länderebene limitiert. Seit Februar 2003 befindet sich die erweiterte Portfoliosteuerung in der Entwicklungsphase. Damit werden zukünftig die Portfolios konzernweit nach Ländern, Branchen sowie Größenklassen und Laufzeiten limitiert und gesteuert.

Das **DSGV-Firmenkundenrating** ist seit dem 1. Oktober 2002 in der Bankgesellschaft Berlin/Berliner Bank und der Landesbank Berlin im Einsatz. Der Einsatz des DSGV-Immobilienratings ist für Mitte 2003 geplant. Die im Landesbanken-Ratingprojekt entwickelten Module für das Wholesale-Geschäft werden im Jahr 2003 sukzessive zur Verfügung gestellt und in der Bankgesellschaft eingesetzt.

Die wichtigsten Vorteile der neuen Ratingverfahren sind:

Trennschärfe

Im Vergleich zu den bisherigen erlauben die neuen Verfahren eine deutlich verbesserte Prognosefähigkeit von Ausfällen und eine frühzeitige Selektion von risikobehafteten und weniger risikobehafteten Kreditnehmern.

Die verbesserte Trennschärfe ermöglicht zudem eine Prozessoptimierung. Je nach Ratingklasse (= Risikogehalt) können die Prozesse bei der Kreditbearbeitung unterschiedlich umfangreich ausfallen.

Objektivierbarkeit

Durch eine hohe Gewichtung von Finanzkennzahlen und durch die Verwendung harter qualitativer Faktoren werden die Ratings objektiver. Die erhöhte Objektivität sichert eine hohe Konsistenz der Ergebnisse und vereinfacht Überprüfungsprozesse.

Einheitliche Masterskala

Im Gegensatz zum alten verfügt das neue Ratingverfahren nicht mehr über 6, sondern über 18 Stufen. Jeder Ratingklasse ist eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dadurch sind die Ratingnoten der verschiedenen Segmente miteinander vergleichbar (Firmenkunden, Banken, Immobilien, Länder etc.) und kompatibel zu den Skalen der externen Ratingagenturen. Sobald die neuen Ratingverfahren in der Praxis eingesetzt werden, können Standardrisikokosten auf Basis der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jedes Kreditengagement individuell berechnet werden.

Qualitätssicherung

Alle Sparkassen und Landesbanken, die das DSGV- bzw. das Landesbanken-Rating einsetzen, liefern ihre Daten in anonymisierter Form an einen gemeinsamen Datenpool ab. Dadurch ist die kontinuierliche Weiterentwicklung und Pflege auf hohem Qualitätsniveau gesichert.

Die aufsichtsrechtliche Anerkennung unserer Rating-systeme mit Blick auf Basel II wird auf diese Weise erheblich erleichtert.

RISIKOBERICHT

Risikoorientierte Portfoliosteuerung

Das neu installierte Limitmanagementsystem RICOS wird die Bank umfangreich dabei unterstützen, die konzernweiten Kreditportfolios nach ihrem Risikogehalt zu limitieren und zu steuern. Der Kerngedanke dieser Steuerung ist, den Risikogehalt der Kreditportfolios durch eine gezielte Limitierung schrittweise zu reduzieren. Hierfür erhält der Vertrieb künftig u. a. folgende Vorgaben:

- Maximallinien je Kreditnehmer, abgestuft nach Rating,
- maximale Konzentrationen bestimmter Portfolios (z. B. hinsichtlich Größenklassen, Kreditnehmerrating, Branchenrating)
- Länderlimite,
- Maximallaufzeiten in Abhängigkeit von der Geschäftsart und vom Rating,
- Negativbranchen, d. h. Ausschluss der Kreditvergabe an bestimmte Branchen.

Für die operative Steuerung und Limitierung der Portfolios wurde Anfang 2005 ein Kreditrisikokomitee eingerichtet. Aufgabe des Kreditrisikokomitees ist u. a. die Abgabe von Empfehlungen zur Höhe und Allokation der Limite an den Vorstand auf der Basis von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten sowie die Empfehlung von Zielpartnern. Dabei werden insbesondere volkswirtschaftliche Einflüsse, die Konzern-Risikostrategie und die tatsächliche Entwicklung der Kreditportfolios berücksichtigt.

Das Land Berlin hat beschlossen, die Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau in den nächsten Jahren sukzessive wegfällen zu lassen. Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden in den betroffenen Einzelfällen derzeit geprüft und bewertet. Erste Ergebnisse zeigen, dass aus heutiger Sicht keine gravierenden Auswirkungen zu erwarten sind.

Kreditprozesse vor dem Hintergrund der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft

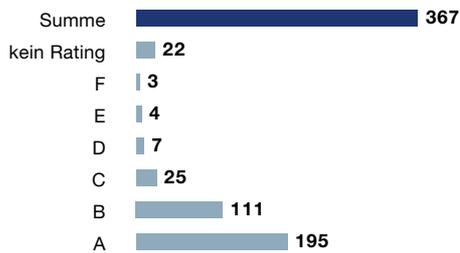
Eines der zentralen Kriterien der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) ist die Trennung von Verantwortlichkeiten im Kreditprozess zwischen Markt- und Marktfolgebereich.

Die Betreuung und Bearbeitung von Kreditengagements ist in der Bankgesellschaft organisatorisch bis einschließlich der Ebene Bereichsleitung (Zweite Führungsebene) getrennt. Damit ist bis zu dieser Ebene bereits jetzt eine zentrale Anforderung der MaK erfüllt. Mit dem Eintritt eines Vorstandsmitglieds im März 2005 mit der alleinigen Zuständigkeit für die Kreditbearbeitung und die Risikobetreuungsbereiche ist diese Funktionstrennung auch auf Vorstandsebene realisiert worden.

Problembehaftete Kreditengagements werden nahezu vollständig von Risikobetreuungsbereichen betreut und bearbeitet. Auch hiermit sind die MaK bereits erfüllt.

Gleiches gilt für die Ausübung von Kreditkompetenzen, bei denen die MaK das Vorliegen von zwei positiven, voneinander unabhängigen Voten fordern. Die Votierungsfunktion wird im Rahmen der Gemeinschaftskompetenz zwischen Markt- und Kreditbereich ausgeübt (für Engagements ab 50 T€).

Um bei der Wertschätzung von Immobilien einheitliche Standards im Konzern und die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und Wertschätzung zu gewährleisten, ist der Aufbau der zentralen Gutachterstelle für Wertschätzungen im Berichtsjahr weiter vorangetrieben worden. Die Gutachterstelle ist in der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG angesiedelt und übt ihre Tätigkeiten auch für die Bankgesellschaft Berlin AG sowie die Landesbank Berlin aus.

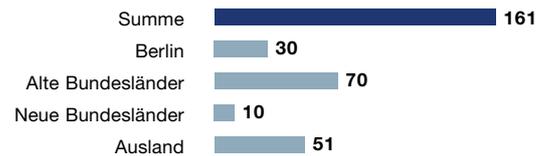


STRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS DES KONZERNS

in Mrd. €
Konzernkreditlimite nach Risikoklassen¹⁾

¹⁾ Risikoklasse wird ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung von erstklassigen Sicherheiten; Limite berücksichtigt auch so genannte „interne Limite“, d. h. Genehmigungen vom Kompetenzträger, die aber nicht dem Kunden zugesagt wurden.

Das nicht geratete Volumen entfällt größtenteils auf Kredite, die nicht ratingpflichtig sind.



KREDITINANSPRUCHNAHME NACH REGIONEN¹⁾

in Mrd. €

¹⁾ Die Zuordnung erfolgt nach der Adresse des Kreditnehmers

Bildung der Risikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen – bis auf Ausnahmen in den Segmenten Banken, Versicherungen, Staaten und strukturierte Finanzierungen – prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche. Die Überleitung an die Risikobetreuungsbereiche erfolgt durch eine so genannte Gefährdungsmeldung.

Die Kompetenz für die Bildung, Veränderung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen liegt grundsätzlich in den Risikobetreuungsbereichen. Diese Fälle werden auch unterjährig erfasst und regelmäßig an den Vorstand berichtet. Die endgültige Beschlussfassung über die bilanzwirksame Bildung, Veränderung bzw. Auflösung von Einzelwertberichtigungen erfolgt abschließend durch den Gesamtvorstand im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungen beruht auf der Experteneinschätzung der Risikobetreuungsbereiche. Sie wird maximal auf den Blankoanteil der Kreditengagements gebildet und ist unabhängig von der Ratingeinstufung.

Kontrahentenrisiken

Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. Darüber hinaus wird das Risiko weiter reduziert, indem mit den bedeutendsten Handelspartnern so genannte Netting-Vereinbarungen getroffen wurden. Diese ermöglichen es den Kontrahenten, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen, so dass lediglich das Netto-Volumen im Risiko liegt. Darüber hinaus werden zunehmend mit den wichtigsten Kontrahenten Sicherheitenvereinbarungen abgeschlossen.

Insgesamt hat der Konzern das eingeräumte Limitvolumen im Berichtszeitraum strategiegemäß um 17% reduziert.

Länderrisiken

Steuerung des Länderrisikos

Bei der Steuerung des Länderrisikos wird der Vorstand durch ein Länderkomitee beraten. Dieses erarbeitet insbesondere Vorschläge zur Risikoeinschätzung der Länder und zur Festlegung der entsprechenden Limit Höhen. Das Länderkomitee ist ein konzernübergreifendes Gremium, das sich aus den Leitern des Bereiches Internationales Geschäft, des entsprechenden Kreditbereiches und des Konzernstabes Kreditsekretariat zusammensetzt.

RISIKOBERICHT

Die Länder wurden im Berichtsjahr in Abhängigkeit vom Transferrisiko in sechs Länderrisikogruppen eingeteilt. Diese laufen von Gruppe 1 (Länder ohne Risiko) bis zur Gruppe 6 (Länder mit akutem Risiko). Die Einstufung wird in einem gemeinsamen, formellen Prozess der Konzernstäbe Volkswirtschaft, Kreditsekretariat sowie des Bereiches Internationales Geschäft festgelegt. Die Beurteilung stützt sich insbesondere auf volkswirtschaftliche Kennzahlen (z. B. Kapazität zum Erwirtschaften von Devisen, Verschuldungsniveau, wirtschaftliches Wachstum) und auf die Einschätzung der politischen und administrativen Risiken.

Im bereits erwähnten Landesbanken-Ratingprojekt wurde auch das neue Verfahren für das Rating von Sovereign- und Transferrisiken entwickelt. Das Rating wird zukünftig ausschließlich durch die volkswirtschaftliche Abteilung vorgenommen. Hier werden sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Faktoren ermittelt. Der Ratingprozess erfolgt mindestens einmal jährlich. Die Ausfallwahrscheinlichkeit wird wie beschrieben mit der DSGV-Masterskala abgebildet. Die ermittelte Ausfallwahrscheinlichkeit pro Land wird zur Festlegung des entsprechenden Länderlimits benötigt. Die Einführung des neuen Ratingverfahrens erfolgt im ersten Halbjahr 2003.

Länderlimits

Zur Begrenzung des Transferrisikos richtet die Bank auf Konzernebene Länderlimits ein. Zur Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von der Summe der Inanspruchnahmen und der externen Zusagen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (u. a. Bar-

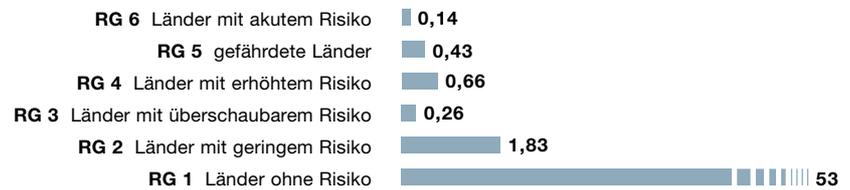
sicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Netto-Inanspruchnahme je Land. Die Grafik auf Seite 83 zeigt einen Überblick über die Auslastung der Länderlimite per ultimo 2002. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass insbesondere Geschäfte mit der Gruppe 1 getätigt werden.

Anteilseignerrisiken

Die gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im Rahmen der Verwaltung und des Vertragsmanagements. Im Jahr 2002 wurde im Rahmen eines Projektes das Controlling des Anteilseignerrisikos neu konzipiert. Die Aufgaben des Beteiligungscontrollings sowie des Beteiligungs-Risikocontrollings werden nun durch den Bereich Risikocontrolling durchgeführt und weiterentwickelt. Zum Zweck der Risikofrüherkennung und -überwachung sind insbesondere die weiter gehende Durchführung des Ratings der Beteiligungen sowie die Implementierung von Risikoindikatoren geplant.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet worden. Das für das jeweilige Segment verantwortliche Management ist auch zuständig dafür, die operativen und strategischen Zielsetzungen für ihre Beteiligungen als Voraussetzung für eine abzuleitende operative Planung und Steuerung festzulegen und nachzuhalten.

Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des jeweils zugeordneten Geschäftsfelds. Bestimmte Beteiligungen werden aus steuerungstechnischen Gründen nicht von den Strategischen Geschäftsfeldern, sondern zentral verantwortet. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die zentrale Dienstleistungen für den Konzern erbringen.



LÄNDERRISIKEN –
INANSPRUCHNAHMEN
in Mrd. €

RG = Risikogruppe

Das bestehende Beteiligungsportfolio wird in Komplexität und Umfang verringert. Dazu ist ein Projekt zur konzerneinheitlichen Steuerung in der Umsetzungsphase initiiert worden. Im Konzern verbleiben geschäftspolitisch unverzichtbare Gesellschaften der Retail-Geschäftsfelder, des Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktgeschäftes sowie Servicegesellschaften.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang. Die Risiken aus den Beteiligungen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts werden als sonstige Risiken betrachtet und in dem entsprechenden Abschnitt dargestellt.

Liquiditätsrisiken

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin – vormals BAKred) beurteilt im Regelfall nach dem Grundsatz II, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Die Einhaltung des Grundsatzes II für die Bankgesellschaft Berlin AG und die Landesbank Berlin steuert das Geschäftsfeld Treasury. Diese Steuerung basiert auf einer taggenauen Cashflowprognose sowie täglichen alternativen Szenarioberechnungen und beinhaltet ggf. Grundsatz II entlastende Maßnahmen im Vorfeld einer möglichen Unterschreitung der Kennziffer.

Liquiditätskennzahlen für den 31.12.2002

	Liquiditätskennziffer
Bankgesellschaft Berlin AG	1,31
Landesbank Berlin	1,38
Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG	1,06
Allgemeine Privatkundenbank AG	1,36
Weberbank Privatbankiers KGaA	2,50

Zur Erfassung und Steuerung von Risikoaspekten, die der Grundsatz II nicht oder zu allgemein beinhaltet, wird eine erweiterte Liquiditätsanalyse erstellt. Diese umfasst im Wesentlichen:

- konsolidierte Gesamtkonzernerdarstellung,
- Ermittlung des Konzentrationsrisikos für die Quellen der Refinanzierung,
- szenarioabhängiger Stresstest mit Annahmen über Abflüsse kurzfristiger Einlagen und Ziehungen zugesagter Kreditlinien,
- Klassifizierung des Wertpapierportfolios nach Liquidierbarkeit.

Auch im Jahr 2002 war der Zugang zu den langfristigen Kapitalmärkten durch die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Eigentümerstruktur erschwert. Erfolgreiche Emissionen größeren Umfangs konnten im Segment der Pfandbriefe realisiert werden.

Marktpreisrisiken

Im Konzern werden Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs-, und Aktienrisiken sowie sonstigem Preisrisiko in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäftes (Handelsbuch) sowie im Aktiv/Passiv-Management (Bankbuch) eingegangen.

Marktpreisrisiken bei Handelsbuchaktivitäten

Die Handelsbuchaktivitäten sind Teil des strategischen Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft. Sie sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäftes eingebunden.

RISIKOBERICHT

In den Strategien ist der Rahmen für den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten vertraglichen Risikoniveaus formuliert. Über die Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Ertragsziele, Stop-Loss-Limite, Capital at Risk-Limite, kurz: CAR-Limite) transformiert und durch den Vorstand auf Basis eines Tragfähigkeitskonzepts verabschiedet. Die Ermittlung und das Reporting der barwertigen Ertragsentwicklung und der Risikolimitauslastung erfolgt taggleich. Zusätzlich findet eine untertägige Kontrolle im 15-Minuten-Rhythmus statt.

Marktpreisrisiken bei Bankbuchaktivitäten

Ausgehend von den Zielsetzungen für das strategische Bilanzstrukturmanagement legt der Gesamtvorstand in Abstimmung mit den einzelnen Konzerninstituten jährlich ein unter Risikoaspekten tragfähiges CAR-Limit für die Marktpreisrisiken des gesamten Bankbuches fest. Der Bereich Risikocontrolling errechnet auf Basis von Cash-flow-Profilen für das Retailgeschäft sowie auf Einzelgeschäftsbasis für die Dispositionspositionen täglich die Marktpreisrisiken. Parallel werden die ökonomischen Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden im Aktiv-Passiv-Report auch Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung fundiert wird. Dabei werden u. a. Monte-Carlo-Simulationen eingesetzt.

Risikosteuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch bzw. Händler. Sie wird ergänzt durch daily- und year-to-date Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite, Vega-Limite etc.).

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt täglich. Mindestens 14-tägig wird über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos im Dispositionsausschuss des Vorstandes beraten und entschieden.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) unabhängig durch den Bereich Risikocontrolling. Die mit Eigenkapital zu unterlegenden Marktpreisrisiken werden nach den im Kreditwesengesetz vorgeschriebenen Standardverfahren ermittelt und den Aufsichtsbehörden gemeldet. Für die interne Überwachung der Marktpreisrisiken wird das Capital-at-Risk-Konzept zugrunde gelegt.

Capital-at-Risk-Limite und -Inanspruchnahmen im Jahr 2002 im Konzern nach Handels- und Bankbuchaktivitäten

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme			CAR Limite
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	
Handelsbuchaktivitäten ¹⁾	27,4	13,6	48,1	114,6
Risk Management Derivative	7,8	4,1	20,0	20,0
Aktien/Aktienderivate	17,8	8,6	28,4	33,0
Credit Derivatives	0,8	0,2	1,6	2,5
Geldhandel	9,5	3,2	19,0	25,0
Rentenhandel (inkl. Fixed Income Primary Markets)	1,7	0,8	4,7	10,5
Devisenhandel	0,4	0,1	2,5	3,1
Bankbuchaktivitäten	182,1	89,5	389,9	659,1
Konzern¹⁾	198,4	95,8	431,7	773,7

nach Risikokategorien

in Mio. €	CAR-Inanspruchnahme		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Zinsrisiko	188,3	49,3	448,1
Währungsrisiko	8,0	1,4	55,1
Aktienrisiko	112,3	68,4	170,5
Konzern¹⁾	198,4	95,8	431,7

¹⁾ Die Angaben für den Konzern bilden nicht die Summe der Einzelposten, da Korrelationen berücksichtigt wurden.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99%. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäftes werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfand- und Swapkurven explizit gemessen. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst. Für komplexe und hoch strukturierte Portfolios wird das konservative Szenario-Matrix-Verfahren genutzt.

Bei Aktien-Risiken wird eine Aufteilung in das allgemeine und das spezielle Kursrisiko vorgenommen. Dies erfolgt mit Hilfe des Single-Index-Modells. Optionsrisiken im Aktienbereich werden konservativ als Add-on dem Risiko zugeschlagen.

Die Korrelationen der ca. 1.100 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt.

Die Ergebnisse der CAR- und der Gewinn-und-Verlust-(P&L)-Analysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gegeben. Eingebettet in diese Analyse ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Grundlage dafür sind neben den CAR-Limiten pro Geschäftsfeld dynamische, u. a. von dem einmal erreichten P&L-Niveau abhängige Stop-Loss-Limite. Beide werden täglich im 15-minütigen Rhythmus überwacht. Durch die Einführung von Vorwarnstufen bei 80%iger Limitauslastung werden Überwachungsprozesse ausgelöst, wobei dem Vorstand durch das Risikocontrolling oder das verursachende Geschäftsfeld erweiterte Informationen zur Verfügung gestellt werden.

RISIKOBERICHT

Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) monatlich untersucht. Darüber hinaus wird die Prognosegüte der Modelle mittels Backtesting ermittelt. Die Idee des Backtestings besteht darin, den Vergleich des prognostizierten Risikos (Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer) für den kommenden Handelstag mit dem dann eingetretenen barwertigen Ergebnis (bei konstant gehaltenem Portfolio => Clean Backtest) durchzuführen. Im Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen, bisher nicht im Produktkatalog aufgeführten Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees. Vergleichbare Verfahren gelten für das Tätigwerden auf neuen Märkten.

Mit dem Projekt ARMADA (Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem) wurde die Methodik der Risikomessung systematisch weiter verbessert (integrative Behandlung der Gamma- und Vega-Risiken anstelle von Add-ons, Historische Simulation als ein weiteres Kontrollverfahren, Clean Backtesting, Intraday-Darstellung der Risiken, Grundsatz I-Anlieferung etc.) und in eine neue IT-Architektur überführt. Die neuen Verfahren erfassen sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte

und sind plangemäß seit 31. März 2002 im produktiven Einsatz. Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die Mindestanforderungen hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten – insbesondere hinsichtlich des täglichen Handelsergebnisses und der Marktpreisrisikoauslastung. Insgesamt bestätigen externe Gutachter nachdrücklich die Qualität der mit ARMADA eingesetzten Verfahren und Prozesse zur Überwachung der Marktpreisrisiken.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv/Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatlicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an den Konzernvorstand mit Backtest, Stresstest und Tragfähigkeitsüberprüfungen.

Die in der Bankgesellschaft eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des abgelaufenen Jahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gemanagt. Die CAR-orientierten Kalkulationen wie auch die darauf aufbauenden Entscheidungsprozesse werden mittels der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und entsprechender Projekte permanent weiterentwickelt. Ziel ist es weiterhin, die gesamten internen Berechnungsverfahren so einzurichten, dass sie zukünftig als alleiniges Verfahren (internes Modell) auch für die Meldung der Marktpreisrisiken nach Grundsatz I des Kreditwesengesetzes (KWG) eingesetzt werden können.

Operationelle Risiken

Entsprechend der Veröffentlichungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht sind Operationelle Risiken im Konzern definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

Gemäß Risikostrategie obliegt den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung das Risikomanagement. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Minimierung operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen in Form von geeigneten internen Verfahren sowie durch Abschluss geeigneter Versicherungen. Die zentrale Steuerungsverantwortung obliegt dem Bereich Risikocontrolling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist.

Zur Jahresmitte 2002 wurde ein Komitee für operationelle Risiken (OpRisk-Komitee) eingerichtet, das die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagementsystems und Risikofrüherkennungssystems der operationellen Risiken unterstützt. Durch die Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (z. B. Personal, Organisation und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder andererseits wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems sowie die risikoorientierte Kommunikation optimiert. Das OpRisk-Komitee nimmt diese Aufgaben für den Konzern, gleichzeitig aber auch für die Einzelinstitute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin und Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG wahr.

Ein wesentlicher Baustein zur Risikoidentifikation ist die nunmehr im dritten Jahr durchgeführte Risikoinventur, in deren Rahmen alle Geschäftsfelder des Konzerns ihre Risikosituation selbst einschätzten. Bei der methodischen Vorgehensweise hat die Bank den Betrachtungsschwerpunkt hin zu den quantitativen Aspekten verlagert, indem neben ursachenbezogenen qualitativen Fragestellungen auch monetär bewertete Verlustpotenziale in der Struktur der Basler Ereigniskategorien in die Erhebung einbezogen werden.

Mit Blick auf die Risikoursachen wurden im Rahmen eines qualitativen Scorings die potenziellen Personalrisiken, hier insbesondere Personalfuktuation und -verfügbarkeit, sowie die potenziellen Risiken aus externen Einflüssen kritischer bewertet als die Risiken aus Technologie, Projekten und Prozessen.

RISIKOBERICHT

Bei den monetär bewerteten Verlustpotenzialen sind die höchsten Werte in der Basel-Kategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement zu verzeichnen, gefolgt von internem Betrug, während die Kategorien Beschäftigungspraxis/Arbeitsplatzsicherheit sowie Sachschäden nur geringe Werte aufweisen.

Zur Bewertung der operationellen Risiken wurde im Berichtsjahr die systematische Sammlung von Schadensereignissen insbesondere unter Berücksichtigung der vom Basler Ausschuss definierten Kategorisierung erweitert. Zur Optimierung der Datenerhebung und -verwaltung wird seit Dezember 2002 eine in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband öffentlicher Banken entwickelte intranetbasierte Schadensfalldatenbank in ausgewählten Einheiten der Bank als Pilotprojekt eingesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten bildete die sukzessive Weiterentwicklung eines Reportingsystems für die Geschäftsleitung zu qualitativen und quantitativen Aspekten der operationellen Risiken. Der quantitative Teil beinhaltet Daten zu Schadensereignissen, zu Rechtsrisiken, zur rechnerischen Eigenmittelbelastung entsprechend der aktuellen Veröffentlichungen des Basler Ausschusses und zum Versicherungsschutz sowie die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Verlustpotenziale.

Im qualitativen Teil werden Kennzahlen im Sinne von Frühwarnindikatoren abgebildet. Datengrundlage bilden hier beispielsweise die Monita der internen und externen Prüfer, ausgewählte Daten zur Personalverfügbarkeit und -qualifikation sowie Verfügbarkeitsquoten der IT-Systeme.

Im Fokus des laufenden Jahres wird insbesondere die datentechnische Optimierung der Berichterstattung über operationelle Risiken stehen. Darüber hinaus wird im Rahmen des Risikocontrollings die risikoorientierte Analyse und Bewertung der Prozessabläufe einen höheren Stellenwert einnehmen.

Systemrisiken

Das Erreichen der gesetzten Sanierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen hat für die Bankgesellschaft Berlin höchste Priorität. Im Rahmen des Sanierungskonzepts wurde die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie (IT)-Strategie im Jahr 2002 fortgeführt. Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die Standardisierung und damit Reduzierung der System- und Anwendungsumgebung wird dies – in Hinblick auf Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung – implizit gewährleisten. Als Beispiele seien die im Jahr 2001 begonnene und Ende 2002 abgeschlossene Konsolidierung auf ein Großrechner-Betriebssystem und eine standardisierte Arbeitsplatzumgebung mit einem Nachrichten- und Kalender-System genannt. Die Einführung eines konzernweiten Konfigurationsmanagements wurde ebenfalls im Jahr 2002 weitgehend abgeschlossen. Hierdurch wird den vielfältigen Änderungsanforderungen an komplexe Systemumgebungen sowie der Aufrechterhaltung der hohen Betriebs- und Sicherheitsstandards Rechnung getragen. Die 2002 begonnenen umfangreichen Projektaktivitäten zur konzernweiten IT-Systemkonsolidierung (Server- und Anwendungssysteme) werden fortgeführt.

Die aufgrund der Fokussierung auf Kernkompetenzen intensiv betriebene Auslagerung (Outsourcing) von Dienstleistungen und Konzerneinheiten zu unseren Partnern FinanzIT (ehem. dvg) und Siemens Business Services haben die Verminderung der Systemkomplexität, die Verbesserung der Datenqualität und damit auch auf eine weiter gehende Risikominimierung zum Ziel. Das Outsourcing des Rechenzentrumsbetriebs und der IT-Service-Leistungen (z. B. Call-Center, PC-Instandsetzung und -Wartung) wurde bereits in 2002 vollständig umgesetzt. Im Rahmen der Start-up-Phase wurden die Outsourcing-Prozesse und -Strukturen an die veränderten Bedingungen angepasst (System- und Serverkonsolidierung, Schnittstellenbeschreibungen, Leistungsscheine auf Basis definierter Serviceleistungen).

Die Einführung und Weiterentwicklung neuer Technologien und notwendige Systemanpassungen bzw. -erweiterungen werden durch bzw. in Abstimmung mit den Partnern des Kooperationsverbunds vorgenommen; die resultierenden Systeme durchlaufen dabei definierte Qualitätssicherungsmaßnahmen (Integration & Test durch die FinanzIT, Pilotierung in ausgewählten Instituten), bevor ein produktiver Einsatz erfolgt. Darüber hinaus werden Produktzertifizierungen und Integrationstests im IT-Testlabor durch die Siemens Business Services durchgeführt.

Zum Jahresende 2002 begann ein Projekt mit dem Ziel, ein umfassendes Informationssicherheitsmanagement und -konzept im Konzern zu etablieren, um Sicherheitsrisiken frühzeitig transparent aufzuzeigen und risikoreduzierende Maßnahmen einleiten zu können. Durch standardkonformes Vorgehen und Orientierung an Best Practice soll sichergestellt werden, dass die gesetzlichen Anforderungen der Informationssicherheit im Hinblick

auf die international anerkannten Schutzziele Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Verbindlichkeit erfüllt werden. Die Konsolidierung und Standardisierung der bestehenden Sicherheitslösungen und -organisationsstrukturen wirken komplexitätsreduzierend und werden das Sicherheitsniveau weiter erhöhen.

Aufgrund dieser Ausrichtung sind keine wesentlichen systemischen Risiken erkennbar. Mit der Neustrukturierung des Konzerns ist auch die IT-Struktur den strategischen Sanierungszielen anzupassen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Anpassung an den verminderten Ressourcenbedarf und Leistungsreduktionen auf Basis reduzierter Geschäftsfeldanforderungen.

Personalrisiken

Der Bereich Personal Konzern ist im Jahr 2002 mit dem Personalbereich der Landesbank Berlin zusammengeführt worden. Die wesentlichen Konzernteile werden damit aus einer Hand per Geschäftsbesorgungsvertrag betreut.

Mit der „Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG“ vom 17. Dezember 2001 und dem Abschluss der Dienst- und Betriebsvereinbarungen vom 10. April 2002 zur „Sanierungsvereinbarung“ ist die Grundlage für den weiterhin planmäßig verlaufenden Prozess des Personalabbaus und der Reduzierung der Personalkosten geschaffen worden.

Die Planungen zum Personalabbau sind in 2002 vollständig umgesetzt worden; damit ist in 2002 ein wesentliches Teilziel der Senkung des Verwaltungsaufwands erreicht.

RISIKOBERICHT

Um der Gefahr des mit der Reduzierung der Mitarbeiterzahl einhergehenden Qualitäts- und Wissensverlusts zu begegnen, ergreift die Bank verschiedene Maßnahmen. Unter anderem ist in der oben erwähnten Rahmenvereinbarung die Möglichkeit eingeräumt, in geringem Umfang externe Einstellungen vorzunehmen. Diese Möglichkeit wurde in sehr moderatem Rahmen genutzt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich über die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, Vorgabe von Richtlinien und Verwendung von Standardverträgen begegnet.

Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG alt) für Komplementäre einzelner Kommanditgesellschaften
Anfang des Jahres 2001 teilte der Vorstand der LBB wie bereits im Geschäftsbericht 2001 berichtet dem Aufsichtsrat mit, dass zwei seiner damaligen Mitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes in den Jahren 1994 bis 1997 natürlichen Personen, die als Vollhafter in diversen Immobilienfonds Komplementärfunktionen übernommen hatten, Freistellungserklärungen erteilt hatten. Gemäß diesen Erklärungen werden die Komplementäre von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung gegenüber Dritten durch die Landesbank freigestellt.

Im Zusammenhang mit den Freistellungserklärungen der LBB waren auch diverse, von der damaligen Geschäftsleitung der IBG in Umlauf gebrachte Freistellungserklärungen bekannt geworden, die ebenfalls natürlichen Personen in Komplementärfunktionen von Immobilienfonds zur Verfügung gestellt worden sind. Der Inhalt der von der IBG erteilten Freistellungserklärungen entspricht vom Ergebnis her im Wesentlichen denen der LBB.

Die Freistellung von natürlichen Personen in Komplementärfunktionen bei Immobilienfonds wurde Gegenstand einer bankaufsichtsrechtlichen Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin – vormals BAKred). Diese Prüfung wurde im Laufe des Jahres 2002 abgeschlossen. Mit Schreiben vom 12. Februar 2002 und 20. August 2002 teilte die BAFin mit, dass sie die ihr bekannt gewordenen Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. Die Bank vertritt ebenfalls diese Auffassung. Damit haben diese Freistellungserklärungen auch handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) gegenüber persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Darüber hinaus hatte die Landesbank Berlin wie bereits im Geschäftsbericht 2001 berichtet im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze hat die Landesbank Berlin die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung

als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank Privatbankiers KGaA freigestellt. Der Vorstand der LBB hat die BAFin unverzüglich, nachdem ihm diese Erklärungen im Januar 2002 bekannt wurden, hiervon in Kenntnis gesetzt. Mit Schreiben vom 25. Juni 2002 teilte die BAFin mit, dass sie die Freistellungserklärungen als Organkredite im Sinne des KWG ansehe, die unter Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen abgegeben worden seien. Die Freistellungserklärungen seien deshalb von den Begünstigten zurückzugeben. Die LBB hat die Begünstigten entsprechend aufgefordert. Eine Rückgabe erfolgte bisher nicht. Die Bank vertritt ebenfalls die von der BAFin vertretene Auffassung. Daher brauchten diese Freistellungserklärungen wie im Vorjahr handels- und aufsichtsrechtlich nicht berücksichtigt zu werden.

EU-Beihilfverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin – Girozentrale –

Die Kapitalzufuhr durch das Land Berlin entsprechend der in der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG vom 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung beruht auf der befristeten Genehmigung als Rettungsbeihilfe durch die EU-Kommission vom 25. Juli 2001. Damit diese Beihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG langfristig zur Verfügung stehen kann, ist eine zusätzliche Genehmigung als Umstrukturierungsbeihilfe erforderlich.

Auch für die Vereinbarung zur Risikoabschirmung (Detailvereinbarung, siehe Seite 58 f) ist eine solche Genehmigung erforderlich.

Am 28. Januar 2002 hat die Bundesregierung bei der EU den Antrag eingereicht, die beiden vorgenannten Maßnahmen – die Kapitalzufuhr und die Risikoabschirmung – als Umstrukturierungsbeihilfe zu genehmigen. Teil dieses Antrags ist ein umfassender Restrukturierungsplan für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Bisher noch nicht umgesetzt werden konnte die zum 1. Januar 2003 geplante Zusammenführung des regionalen Kerngeschäfts des Konzerns im Sinne „Einer Bank“ durch die Übertragung des Retailgeschäfts der Berliner Bank von der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin – Girozentrale –. Die Zusammenführung des Retailgeschäfts im Konzern wird vom Vorstand nach wie vor als ein wesentlicher Baustein der Sanierung betrachtet.

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002 hat die Europäische Kommission ihren Beschluss mitgeteilt, ein separates förmliches Prüfverfahren wegen der Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr Investitionsbank Berlin oder „IBB“) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum Jahresende 1992 einzuleiten. Hinsichtlich der Einschätzung der Erfolgsaussichten siehe Seite 59 ff.

Es lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass die EU-Kommission eine nicht genehmigungsfähige Beihilfe annimmt. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass die EU-Kommission eine Rückforderungsentscheidung erlässt, wonach der Beihilfebetrag zuzüglich Verzinsung für die Zeit ab Zurverfügungstellung der Beihilfe bis zu ihrer Rückzahlung an das Land Berlin zurückzuzahlen ist.

RISIKOBERICHT

Angesichts dieser eventuell aus dem LBB/IBB-Verfahren resultierenden Beihilferückforderung müsste im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie im Konzernabschluss der BGB an sich eine Rückstellung gebildet werden, die gegenwärtig weder von der LBB noch vom Konzern ohne Verletzung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen zu verkraften wäre. Zur Vermeidung dieser Rückstellungsbildung haben das Land Berlin und die LBB am 25./27. Dezember 2002 die Neutralisierungsvereinbarung geschlossen. Die Neutralisierungsvereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie unter der aufschiebenden Bedingung, dass die Europäische Kommission in ihrer Entscheidung die mit der Vereinbarung umgesetzte Neutralisierung der Rückforderung der WBK-Beihilfe billigt. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses wurde am 20. Februar 2003 erteilt.

Des Weiteren ist die BGB nach dem bisherigen Verlauf des EU-beihilferechtlichen Verfahrens sehr zuversichtlich, dass die EU-Kommission den durch die Bundesregierung am 28. Januar 2002 eingereichten Antrag auf Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe positiv bescheiden und dabei auch die Neutralisierungsvereinbarung genehmigen wird.

Der Vorstand erwartet jedoch, dass die EU-Kommission mit hoher Wahrscheinlichkeit die Herauslösung des Bereichs Immobiliendienstleistungen bis zum Ende des Restrukturierungszeitraums im Jahre 2006 zur

Voraussetzung der Genehmigungsfähigkeit der Umstrukturierungsbeihilfe machen wird. Der Vorstand ist zuversichtlich, dass die EU-Kommission darüber hinaus keine weiteren einschneidenden strukturellen Maßnahmen der Bankgesellschaft, die über den der EU-Kommission vorgelegten Umstrukturierungsplan hinausgingen, zur Voraussetzung der Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe machen wird. Es kann allerdings nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass die EU-Kommission die Genehmigung an den Abbau weiterer Geschäftsfelder einschließlich der Veräußerung weiterer Konzerngesellschaften und/oder Maßnahmen zur Ergebnissteigerung knüpfen wird.

Des Weiteren zeichnet sich ab, dass die EU-Kommission die vollumfängliche Genehmigung der Risikoabschirmung an den Vorbehalt knüpfen wird, im Falle einer Inanspruchnahme der Risikoabschirmung über einen bestimmten Schwellenwert hinaus die Notwendigkeit weiterer einschneidender Maßnahmen zu prüfen, mit denen die Geschäftstätigkeit der BGB oder einzelner ihrer Konzernunternehmen reduziert würde. Der Vorstand erwartet, dass dieser Schwellenwert für eine tatsächliche Inanspruchnahme der Risikoabschirmung von der EU-Kommission so bemessen wird, dass aus jetziger Sicht ein Überschreiten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. Der Vorstand erwartet für den Fall, dass es gleichwohl zu einem Überschreiten des maßgeblichen Schwellenwerts kommen sollte, dass die dann mögliche Prüfung der EU-Kommission keine Maßnahmen zur Folge hätte, die die erfolgreiche Restrukturierung der BGB und nach Abschluss der Restrukturierungsphase ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährden würden.

Schließlich geht der Vorstand davon aus, dass die EU-Kommission die Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe mit der Verpflichtung zu einer zeitnahen Privatisierung der Bankgesellschaft verknüpfen wird.

Die Bankgesellschaft Berlin ist bereit, etwaige weitergehende Forderungen nach bisher nicht vorgesehenen strukturellen Maßnahmen, die die EU-Kommission gegebenenfalls noch zur Voraussetzung einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe macht, zu erfüllen, und geht davon aus, dass auch das Land Berlin und die Bundesregierung bereit sind, diese Maßnahmen mitzutragen und die zu erwartende Verpflichtung zur Privatisierung der Bankgesellschaft einzugehen. Für diesen Fall geht die Bankgesellschaft davon aus, dass die EU-Kommission mit hoher Wahrscheinlichkeit die Umstrukturierungsbeihilfe genehmigen wird.

Für den unwahrscheinlichen, aber nicht mit abschließender Sicherheit auszuschließenden Fall einer teilweisen oder vollständigen Nichtgenehmigung der Kapitalzufuhr müsste für die Rückzahlung der Mittel aus der Kapitalerhöhung ein Betrag inklusive Zinsen eingebucht werden. Des Weiteren müsste für den nicht auszuschließenden Fall, dass die EU-Kommission das LBB/IBB-Verfahren mit einer Rückforderungsentscheidung beendet und die EU-Kommission die Neutralisierungsvereinbarung nicht genehmigt, ein Betrag in Höhe der Rückforderungsentscheidung zuzüglich Zinsen eingebucht werden. Für den ebenfalls nicht mit abschließender Sicherheit auszuschließenden, allerdings unwahrscheinlichen Fall, dass die EU-Kommission die Neutralisierungsvereinbarung

nicht genehmigt, das Verfahren LBB/IBB zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht abgeschlossen hat, müsste eine Rückstellung gebildet werden, die gegenwärtig weder von der LBB noch vom Konzern bankaufsichtsrechtlich zu verkräften wäre. Für den ebenfalls unwahrscheinlichen, aber nicht mit abschließender Sicherheit auszuschließenden Fall, dass die EU-Kommission die Abschirmung der Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und einzelner Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin nicht oder nur teilweise genehmigen sollte, wäre die Risikoabschirmung ganz oder möglicherweise nur hinsichtlich eines von der EU-Kommission nicht genehmigten Teils unwirksam. In diesem Fall müssten für die Risiken aus Immobiliendienstleistungs-Altgeschäften Wertberichtigungen und Rückstellungen eingebucht werden. Ein unverzügliches Ergreifen von Maßnahmen nach den Bestimmungen der §§ 45 ff KWG durch die BaFin und die Einstellung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft und der Mehrzahl ihrer Konzerngesellschaften könnte die Folge sein. In einem neu aufzustellenden Jahresabschluss würden die Bilanz- und Wertansätze nach den Grundsätzen einer Liquidationsbilanz anzusetzen sein. Etwas anderes würde dann gelten, wenn ein neuer Eigenkapitalgeber neues Eigenkapital im erforderlichen Umfang zur Verfügung stellt.

RISIKOBERICHT

Auch bei weniger gravierenden Folgen einer teilweise abschlägigen beihilferechtlichen Beurteilung durch die EU-Kommission, die aufsichtsrechtlich nicht zur Einstellung des Geschäftsbetriebs führen würden, könnte sich die Verminderung des Eigenkapitals und/oder zusätzlicher Rückstellungsbedarf und/oder die Beschränkung der Abschirmung von Risiken aus dem Immobilien-Dienstleistungsgeschäft sehr nachteilig auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der Bankgesellschaft Berlin AG und anderer Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin auswirken und den Erfolg der Sanierung der Bankgesellschaft Berlin AG und anderer Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gefährden.

Beihilferelevanz der Teilnahme der Norddeutschen Landesbank an der Kapitalerhöhung

An der Kapitalzuführung für die Bankgesellschaft Berlin AG entsprechend der in der Hauptversammlung am 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung hat neben dem Land Berlin unter anderen auch die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – mit einem Betrag von ca. 166 Mio. € teilgenommen. In dem Beschluss zur Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens vom 9. April 2002 hatte die EU-Kommission festgestellt, dass möglicherweise auch diese Kapitalzufuhr eine genehmigungspflichtige staatliche Beihilfe darstellen könnte.

Die Bankgesellschaft erwartet, dass sich diese vorläufige Beurteilung der EU-Kommission im weiteren Verlauf des Verfahrens nicht bestätigen wird. Sollte die EU-Kommission gleichwohl zu dem Ergebnis kommen, dass die Kapitalzufuhr durch die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – ganz oder teilweise eine Beihilfe darstellt, geht die Bankgesellschaft davon aus, dass die EU-Kommission ein diesbezügliches Beihilfeelement im Rahmen des anhängigen Verfahrens zur Umstrukturierungsbeihilfe berücksichtigen und hierüber einheitlich entscheiden wird.

EU-Beihilfeverfahren betreffend Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken

Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Berlin zugunsten der Landesbank Berlin bestehen trotz der stillen Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin – Girozentrale – fort. Im Mai des Jahres 2001 hat die EU-Kommission der Bundesrepublik Deutschland einen Vorschlag zweckdienlicher Maßnahmen unterbreitet, in dem sie die Haftungsinstitute der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast als bestehende Beihilfen wertet und die Bundesregierung auffordert, diese nach einer Übergangszeit abzuschaffen.

Im Juli 2001 hat sich die Bundesregierung mit der EU-Kommission im Wesentlichen darauf verständigt, die Anstaltslast spätestens mit Wirkung zum Juli 2005 abzuschaffen und die Bestimmungen über Gewährträgerhaftung so zu ändern, dass die Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005

entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Ende Februar 2002 haben sich die Bundesregierung und die EU-Kommission auf die Maßnahmen verständigt, die im Wesentlichen ergriffen werden müssen, um die Verständigung vom Juli 2001 praktisch umzusetzen. Die Vorgaben aus der „Brüsseler Verständigung“ hat der Berliner Gesetzgeber mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes vom 19. September 2002 umgesetzt. Vorsorglich wurde ebenfalls noch im Jahre 2002 die Satzung der Landesbank Berlin entsprechend angepasst. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen als Aufsichtsbehörde hat diese Änderung am 22. Januar 2003 genehmigt.

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin geht davon aus, dass er sich für die zukünftige Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin – Girozentrale – ausreichend auf den Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast eingestellt hat. Es kann jedoch nicht gewährleistet werden, dass die Veränderungen der Refinanzierungsmöglichkeiten durch den Wegfall der besagten Haftungsinstitute keine negativen Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der einzelnen Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin haben werden.

Ausgliederung der IBB aus der LBB

Zur Umsetzung der Brüsseler Verständigung über die Geltung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Förderbanken und aufgrund der angestrebten Neuordnung der Eigentümerstruktur an der Bankgesellschaft Berlin und damit an der Landesbank Berlin ist eine Ausgliederung der Investitionsbank aus der LBB erforderlich.

Um die bankseitig zu leistenden Voraussetzungen für die Einhaltung dieses Termins zu schaffen, wird gegenwärtig das Gesamtprojekt „Ausgliederung der Investitionsbank aus der Landesbank Berlin“ durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts werden alle für die Ausgliederung relevanten Themenstellungen verarbeitet. Die erforderlichen Abstimmungsprozesse mit dem Land Berlin wurden eingeleitet. Die Ausgliederung bedarf noch einer gesetzlichen Grundlage durch den Berliner Landesgesetzgeber.

Darüber hinaus wurden bereits Funktionen, welche bisher durch den Konzern Bankgesellschaft wahrgenommen wurden, auf die IBB übertragen, so unter anderem die Revision, die Personalbetreuung und die Betriebsorganisation. Dadurch konnten zum Jahresende 2002 insgesamt 19 Mitarbeiterkapazitäten in die IBB reintegriert werden.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die am 25. Juli 2002 von der EU-Kommission in Brüssel genehmigte Rettungsbeihilfe wurde begleitet von der Verpflichtung, dass die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland der EU-Kommission innerhalb von sechs Monaten ab Zustellung der Entscheidung der Genehmigung der Rettungsbeihilfe einen vollständigen Umstrukturierungsplan vorlegen. Der vorgelegte Umstrukturierungsplan sieht als wichtigste Strategie für die Zukunft eine Verschlinkung der Tätigkeiten, Kapazitäten

RISIKOBERICHT

und Infrastrukturen für die künftige Geschäftstätigkeit sowie die Neuausrichtung auf eine Regionalbank. Dabei stellen das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie das Immobilienfinanzierungs- und das Kapitalmarktgeschäft die Kerngeschäftsfelder dar. Dabei sollen die Geschäftsaktivitäten im Immobiliendienstleistungsgeschäft, im Kapitalmarkt-, Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie von Teilen des Immobilienfinanzierungsgeschäfts deutlich zurückgefahren werden.

Nach dem vorgelegten Restrukturierungskonzept wird sich der Bankkonzern auf die Geschäftstätigkeit einer großen Regionalbank im Raum Berlin mit Kapitalmarktgeschäft konzentrieren. Hiermit verbunden ist die Aufgabe von Geschäftsaktivitäten sowie die Umstrukturierung des Kapitalmarktgeschäfts. Beteiligungen, die diesem Geschäftsmodell nicht entsprechen, werden aufgegeben. Des Weiteren wird das Immobiliendienstleistungsgeschäft der IBAG restrukturiert und redimensioniert.

Das Geschäft mit regionalen Privat- und Firmenkunden, das bislang in verschiedenen Rechtseinheiten betrieben wurde (Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin – Berliner Bank/Bankgesellschaft Berlin AG), soll unter Beibehaltung des jeweiligen Markenauftritts zusammengeführt werden.

Gewerbliche Immobilienfinanzierungen werden auf regional- und objektbezogen ausgewählte Engagements beschränkt, wobei aus Gründen der Risikostreuung dieses Geschäft auch überregional betrieben wird. Die Berlin Hyp wird als spezialisiertes Kreditinstitut weiterhin in diesem Segment tätig sein.

Das in der IBAG konzentrierte Immobiliendienstleistungsgeschäft, insbesondere das Immobilienfondsgeschäft, wurde erheblich zurückgeführt. Die Risiken aus dem Altgeschäft wurden vom Land Berlin durch die Grundsatz- bzw. Detailvereinbarung abgeschirmt. Risiken aus nach dem 31. Dezember 2000 aufgelegten Immobilienfonds sowie aus nach dem 31. Dezember 2001 vorgenommenem Neugeschäft werden nicht durch die Risikoabschirmung abgedeckt. Die Verwaltung und Abrechnung des Altgeschäfts erfolgt unter der Kontrolle des Landes Berlin und auf Basis hierzu geschlossener Verträge durch die IBAG bzw. ihre Tochtergesellschaften.

Mit einer Restrukturierung in diesem Ausmaß gehen verschiedene Risiken einher. Aus dem Abbau von Portfolios im Großkunden- und Auslandsgeschäft sowie der Redimensionierung des Kapitalmarktgeschäfts könnten je nach Marktgegebenheit Wertverluste entstehen. Auch die Aufgabe von Beteiligungen könnte zu Veräußerungsverlusten führen. Außerdem sind damit Transaktionskosten verbunden. Für die Realisierung der Maßnahmen ist deshalb ein längerer Zeitraum bis zum Jahr 2005 vorgesehen. Dadurch wird die Gefahr unangemessener Verlustrealisierungen vermindert.

Die geplante deutliche Reduzierung der Personal- und Sachkosten soll zu einem Teil durch Leistungs- und Ausstattungsverzicht sowie durch Optimierung von Prozessabläufen erreicht werden. Ein anderer Teil muss im Gleichklang mit der Geschwindigkeit des Geschäftsabbaus erfolgen. Die Risiken des Personal- und Sachkostenabbaus liegen u. a. darin, dass die Kontroll- und Abwicklungserfordernisse des Geschäfts- und Abbauprozesses nicht mit der Leistungsreduzierung einhergehen. Um den aus den Sanierungsmaßnahmen entstehenden Risiken (mögliche Verfehlung von Sach- und Personal-

kostenreduktionen durch nicht oder verspätet umgesetzte Maßnahmen) zu begegnen, wurde neben der finanziellen Kontrolle der Restrukturierungsziele ein qualitatives und strategisches Controlling des Umsetzungsprozesses mit einer monatlichen Berichterstattung an den Gesamtvorstand etabliert.

Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung

Für den Konzern besteht bei der Umsetzung der Detailvereinbarung grundsätzlich das Risiko, dass das Land eventuelle Forderungen nicht akzeptiert, da diese nicht vertragskonform abgewickelt wurden (z. B. Nichteinhaltung von Fristen, Versäumnis des Einreichens vertragskonformer Unterlagen etc.).

So wie bereits in der Detailvereinbarung vorgesehen, soll zwischen den beteiligten Parteien eine Zustimmungs- und Verfahrensordnung abgeschlossen werden. Für das Land wird die Ende des Jahres 2002 gegründete Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH (BCIA GmbH) diese Aufgabe wahrnehmen.

Mit dem Abschluss dieser Zuständigkeits- und Verfahrensordnung sollen die sonst möglicherweise entstehenden Risiko-, d. h. Kostenpotenziale aus der Durchführung der Detailvereinbarung vermieden werden. Insbesondere werden hier die Zustimmungs- und Kontrollrechte des Landes zu regeln sein.

Erste Erfahrungen im Umgang mit den beteiligten Parteien nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung lassen erkennen, dass noch erheblicher Klärungs- und Abstimmungsbedarf besteht, der teilweise zu einer verzögerten Bearbeitung und Entscheidung der dem Land Berlin vorgelegten Anträge führt.

Bisher hat sich ein potenzielles Risiko aus dem Umgang mit der Detailvereinbarung in diesem Sinn nur in Einzelfällen realisiert. Verluste aus fehlenden oder fehlerhaften Abrechnungen oder nicht vorhandenen Nachweisen sind nicht eingetreten.

Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften (IBAG, IBG und LPFV) und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Der Konzern verwaltet die vom Land übernommenen Risiken und stellt ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem sicher.

Die verschiedenen Stufen des Risikomanagements werden zunächst auf Ebene der jeweiligen Gesellschaften umgesetzt. Wegen der besonderen Bedeutung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft ist dieses dezentrale Risikomanagement eng in den Gesamtbankrisikosteuerungsprozess auf Konzernebene eingebunden.

Die Aktivitäten zur Verbesserung des Risikomanagement- und -controllingsystems mit Bezug auf das Immobiliendienstleistungsgeschäft konzentrierten sich 2002 auf zwei Schwerpunkte:

- Schaffung der Strukturen zur Sicherstellung der vertragskonformen Abwicklung der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin bzw. mit der vom Land hierzu eingerichteten Controllinggesellschaft BCIA,
- Verbesserung des Risikomanagementsystems der vom Land Berlin übernommenen Risiken.

RISIKOBERICHT

Die **LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV)** ist eine 100%ige Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Mit Vertrag vom 28. Dezember 2000 hat die LPFV Risiken aus Immobiliendienstleistungsgeschäft mit schuldrechtlicher Wirkung von der IBG und bestimmten damaligen Tochter- bzw. Enkelgesellschaften übernommen. Von diesen Risiken wurde die LPFV mit Abschluss der Detailvereinbarung freigestellt, soweit sie einen Selbstbehalt von 100 Mio. € überschreiten. Davon ausgenommen sind einige bestimmte Fonds sowie Fonds, die nach dem 31. Dezember 2000 aufgelegt wurden.

Im Zuge der Neuausrichtung der LPFV wurden klare Führungsverantwortlichkeiten für die einzelnen Aufgaben geschaffen und die Führungspositionen neu besetzt. Mit dieser Neuorganisation und dem Ausbau von klaren Strukturen soll das Risiko der nicht vertragskonformen Abwicklung der Detailvereinbarung minimiert werden.

Die derzeitigen geschäftlichen Risiken der **IBAG Immobilien und Beteiligungen AG (IBAG)** resultieren aus den bei der IBAG-Gruppe verbliebenen Risiken des Immobilienaltgeschäfts der früheren IBG-Gruppe, darunter der noch vorhandene Bestand an fertig gestellten und im Bau befindlichen Wohn- und Gewerbeimmobilien, sowie aus organisatorischen Defiziten der alten IBG-Gruppe, die bereits in weiten Teilen abgearbeitet werden konnten.

Auf die früher üblichen weit reichenden Garantien wird seit Beginn der Neuausrichtung verzichtet. Vielmehr fokussiert sich die IBAG im Fondsneugeschäft auf die Vermarktung kleinerer Fonds, bestehend aus Qualitätsimmobilien, die allenfalls durch marktgerechte Garantien unterstützt werden. In diesem Zusammenhang werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Einer der Schwerpunkte der risikoreduzierenden Maßnahmen in der IBAG war im abgelaufenen Jahr die Analyse der „Altfonds“ sowie die Entwicklung verschiedener Handlungsoptionen, insbesondere unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten.

Der nicht fondsgebundene Immobilienbestand des IBAG-Konzerns konzentriert sich auf ca. 100 Objektgesellschaften mit rund 250 Objekten.

Im Rahmen der Neustrukturierung der IBAG ist es das Ziel, Risiken und Chancen im Hinblick auf den Immobilienbestand im Konzern zusammenzuführen, transparente Strukturen zu schaffen sowie die Anzahl der Objektgesellschaften zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang soll der Aufbau einer neuen Gesellschaftsstruktur für die nicht fondsgebundenen Objektgesellschaften umgesetzt werden mit dem Ziel, konzernfremde Dritte herauszulösen, Gesellschaften einer Verwertung zuzuführen sowie eine Vereinfachung der Strukturen herzustellen.

Im Rahmen der Einführung der Immobiliendatenbank und der Integration der Sachstandsberichte, Kalkulationen und Liquiditätsplanung in diese Datenbank wird ein eigenes Risikotool zur objektbezogenen Risikobewertung eingeführt.

Die **Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG)** hat für alle Risiken, die nicht durch die Detailvereinbarung abgesichert sind (z. B. Lausitzringgesellschaften), ausreichend Vorsorge getroffen. Da die IBG kein Neugeschäft betreibt, erzielt sie keine nennenswerten Einnahmen, die sie ihren operativen Kosten aus dem Altgeschäft gegenüberstellen könnte. Die Höhe der hieraus resultierenden planmäßigen operativen Verluste in den nächsten Jahren ist wegen des zum Teil noch bestehenden Klärungsbedarfs hinsichtlich der Höhe der von der IBG zu übernehmenden Aufwendungen unsicher.

Die IBG hat im Jahr 2002 den systematischen Ausbau der Management- und Controllingstrukturen fortgesetzt. Unter Einbeziehung des Konzerns Bankgesellschaft waren hierbei die Schwerpunkte im Ausbau des Beteiligungsmanagements und in Sonderprojekten zur Sicherstellung der vertragskonformen Erstellung der Positiv- und Risikoinventarlisten im Rahmen der Detailvereinbarung.

Risiken aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank Berlin

Das Fördergeschäft im Immobilienbereich ist gekennzeichnet durch den fortgesetzten Preisverfall am Berliner Immobilienmarkt sowie die damit einhergehende Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer. Im Bereich der Wirtschaftsförderung wirkt sich die schwache kon-

junktuelle Entwicklung nachteilig auf die Unternehmen aus. Insgesamt hat die Investitionsbank Berlin dieser Situation durch den Aufbau eines Risikomanagements sowie durch eine adäquate Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Investitionsbank Berlin hat im Rahmen der öffentlichen Wohnungsbauförderung auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung des Miet- und Genossenschaftswohnbaus in Berlin vom 5. April 1992 (2. Förderweg Berlin) Wohnimmobilien finanziert. Die in diesem Finanzierungsvolumen enthaltenen latenten Ausfallrisiken wurden gesondert untersucht und eine entsprechende standardisierte Vorsorge getroffen. Weitere latente Risiken bestehen im Kreditbestand der Wohneigentumsförderung, für die ebenfalls durch standardisierte Einzelwertberichtigungen eine adäquate Risikovorsorgeposition gebildet wurde.

Durch den Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau für die Wohnungsbauprogrammjahre 1987 bis 1997 bestehen für die Investitionsbank Berlin das Risiko eines Verlusts von Ertragspotenzialen sowie indirekte Kreditrisiken.

Bei der Beurteilung der Risiken im Kreditgeschäft der Investitionsbank Berlin ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Investitionsbank Berlin hinsichtlich möglicher Zins- und Kapitalausfälle aufgrund des Grundvertrags sowie einer zugesagten Rahmenbürgschaft mit dem Land Berlin nach wie vor für den größten Teil des Darlehensbestands kein Risiko trägt.

AUSBLICK KONZERN

Die erfolgreiche Ergebnisstabilisierung und Neupositionierung der Bankgesellschaft Berlin AG und des Konzerns hängen weiterhin wesentlich von der Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe durch die EU-Kommission ab. Sollte die Beihilfe nicht genehmigt werden, hätte dies für die Bank – auch in der geplanten redimensionierten Struktur – erhebliche negative Konsequenzen. Der Vorstand ist sehr zuversichtlich, dass es zu positiven Entscheidungen – eventuell mit Auflagen – kommen wird.

Darüber hinaus ist der Sanierungserfolg eng verbunden mit weiteren Fortschritten bei der strategischen Neuausrichtung auf eine starke Regionalbank mit Kapitalmarktgeschäft sowie von der allgemeinen Wirtschaftslage und der weiteren Entwicklung der Immobilienmärkte abhängig.

Die Konzentration der Retailaktivitäten im Privat- und Firmenkundengeschäft auf den Großraum Berlin wird 2003 zum Abschluss gebracht. Durch die beabsichtigte enge organisatorische Verzahnung der Marken Berliner Sparkasse, Berliner Bank und Landesbank Berlin sollen Synergiepotenziale genutzt und gleichzeitig die Vertriebskraft gestärkt werden.

Im Immobilienfinanzierungsgeschäft wird neben der intensiven Bearbeitung der mit Risiken behafteten Kredite qualifiziertes Neugeschäft mit Bestandskunden angestrebt. Dabei soll die Portfolioqualität dadurch verbessert werden, dass sich die Bank geografisch diversifiziert und auf ausgesuchte Teilsegmente konzentriert. Die Berlin Hyp wird sich künftig auf Erstrang- und Langfristfinanzierungen konzentrieren.

Im Kapitalmarktgeschäft wird der Rückzug aus einigen Teilsegmenten fortgesetzt und die Kapitalbindung durch den Portfolioabbau weiter reduziert.

Die Wiederherstellung der Marktakzeptanz und weitere Restrukturierungsschritte stehen im Vordergrund des Immobiliendienstleistungsgeschäftes. Die Hinwendung zu renditestarken Immobilienfonds und Kapitalanlageprodukten sowie Projektentwicklungen an ausgesuchten Top-Standorten werden sich im Jahr 2003 noch nicht in nennenswerten Erträgen niederschlagen. Wir erwarten jedoch in den kommenden Jahren eine spürbar geringere Ergebnisbelastung durch dieses Segment.

Im Hinblick auf die Privatisierung des BGB Konzerns wurden Projekte gestartet, die eine rechtliche Selbständigkeit der Investitionsbank Berlin (IBB) vorbereiten.

Die bereits eingeleiteten Sanierungsschritte stimmen den Vorstand zuversichtlich, die Personalabbau- und Kostenziele auch im Jahr 2003 zu erreichen. Der bereits realisierte Personalabbau wird 2003 in vollem Umfang kostensenkend wirksam.

Beim Rückzug aus dem überregionalen Großkundengeschäft, den Projektfinanzierungen sowie dem Verkauf von weiteren Beteiligungen werden negative Ergebnisauswirkungen nicht zu vermeiden sein. Der Vorstand geht jedoch davon aus, dass die Belastung durch außerordentliche Faktoren insgesamt abnehmen wird. Positiv wirkt sich die Vereinnahmung des Kaufpreises für die Zivnostenská banka a.s., Prag, nach dem Closing des Verkaufsvertrags im ersten Quartal 2003 aus. Dieses Institut scheidet mit Beginn des Jahres 2003 aus dem Konzern-Konsolidierungskreis aus.

Die Reaktion der Kundschaft in der Kernregion Berlin/Brandenburg auf die bereits erfolgreich umgesetzten Sanierungsmaßnahmen stützt die Erwartung, dass der Konzern seine Marktstellung in den Kerngeschäftsfeldern ausbauen kann. Trotz der Unsicherheiten an den Finanzmärkten und der stagnierenden Konjunktur erwartet der Vorstand im operativen Geschäft des Konzerns für das Jahr 2003 mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis.

Jahresabschluss Konzern und AG

BILANZ DER AG	102
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER AG	106
BILANZ DES KONZERNS	108
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS	112
ANHANG DER AG UND DES KONZERNS 2002	114
	115 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
	118 Bewertung
	121 Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung der AG und des Konzerns
	141 Kapitalflussrechnung
	144 Segmentberichterstattung
	148 Sonstige Angaben
	156 Anlagen zum Anhang

BILANZ DER AG

ZUM 31. DEZEMBER 2002

Aktivseite	Anhang Textziffern				Vorjahr T€
		T€	T€	T€	
Barreserve					
a) Kassenbestand			113.932		46.472
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			500.434		457.947
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		498.307			(454.122)
				614.366	504.419
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	10				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			(0)
b) Wechsel			2.088		3.477
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		2.088			(3.477)
				2.088	3.477
Forderungen an Kreditinstitute	1,3,4,5				
a) täglich fällig			10.826.072		4.841.787
b) andere Forderungen			7.922.255		16.181.252
				18.748.327	21.023.039
Forderungen an Kunden	1,3,4,5,10			14.565.351	19.261.373
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		769.016			(778.995)
Kommunalkredite		1.360.154			(1.373.136)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2,3,4,5, 6,1,8,1,10				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			2.022.296		1.921.923
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		1.213.058			(1.084.726)
bb) von anderen Emittenten			26.205.876		27.477.219
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		16.932.010			(13.978.808)
			28.228.172		29.399.142
c) eigene Schuldverschreibungen			290.571		343.112
Nennbetrag		408.573			(426.847)
				28.518.743	29.742.254
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,4,5,6,1,8,1			1.970.959	3.496.421
Übertrag				64.419.834	74.030.983

Passivseite	Anhang Textziffern			Vorjahr	
		T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,3,4				
a) täglich fällig		14.333.434			7.731.809
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		33.675.894			40.358.691
				48.009.328	48.090.500
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,3,4				
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist					
aa) von drei Monaten		1.082.315			1.274.909
ab) von mehr als drei Monaten		63.369			76.284
			1.145.684		1.351.193
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		5.885.345			7.495.167
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.232.961			4.626.139
			9.118.306		12.121.306
				10.263.990	13.472.499
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2,3,4				
a) begebene Schuldverschreibungen		5.714.915			10.045.772
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		88.717			86.516
				5.803.632	10.132.288
darunter: Geldmarktpapiere		0			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0			(0)
Treuhandverbindlichkeiten	7			14.709	16.258
darunter: Treuhandkredite		14.709			(16.258)
Sonstige Verbindlichkeiten	15			2.824.632	2.569.362
Rechnungsabgrenzungsposten	16			65.435	65.231
a) aus dem Emissions- u. Darlehensgeschäft		30.762			(31.701)
b) andere		34.673			(33.530)
Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17	231.259			219.489
b) Steuerrückstellungen		92.737			149.642
c) andere Rückstellungen	18	697.987			989.620
				1.021.983	1.358.751
Sonderposten mit Rücklageanteil				0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	3,19,1			2.465.062	2.576.932
Übertrag				70.468.771	74.030.983

BILANZ DER AG
ZUM 31. DEZEMBER 2002

Aktivseite	Anhang Textziffern				T€	Vorjahr T€
		T€	T€	T€		
Übertrag					64.419.834	74.030.983
Beteiligungen	6.1,8.1				110.174	140.199
darunter: an Kreditinstituten			3.621			(3.689)
an Finanzdienstleistungsinstituten			257			(257)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.1,8.1				2.644.599	2.659.008
darunter: an Kreditinstituten			2.487.328			(2.487.328)
an Finanzdienstleistungsinstituten			0			(0)
Treuhandvermögen	7				14.709	16.258
darunter: Treuhandkredite			14.709			(16.258)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	10,11				252.746	334.072
Sachanlagen	6.1,12				108.070	96.984
Eigene Aktien oder Anteile	21				54.992	70.940
rechnerischer Wert			70.390			(70.390)
Sonstige Vermögensgegenstände	13				5.459.546	4.192.111
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- u. Darlehensgeschäft			112.370			(140.980)
b) andere			14.894			(19.510)
					127.264	160.491
Summe der Aktiva					73.191.934	81.701.046

Passivseite	Anhang Textziffern			Vorjahr	
		T€	T€		T€
Übertrag				70.468.771	74.030.983
Eigenkapital	21				
a) gezeichnetes Kapital		2.554.741			2.554.741
b) Kapitalrücklage		1.956.044			1.956.044
c) Gewinnrücklage					
ca) gesetzliche Rücklage		1.534			1.534
cb) Rücklage für eigene Anteile		54.992			70.940
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0			0
cd) andere Gewinnrücklagen		193.385			177.437
			249.911		4.760.696
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-2.037.533			-1.341.471
				2.723.163	3.419.225
Summe der Passiva				73.191.934	81.701.046
Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)		3.047.658			4.202.825
				3.047.658	4.202.825
Andere Verpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		4.095.149			8.947.613
				4.095.149	8.947.613

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER AG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2002

Aufwendungen	Anhang Textziffern				T€	Vorjahr T€
		T€	T€	T€		
Zinsaufwendungen	22				1.982.507	3.422.304
Provisionsaufwendungen	23				41.160	42.530
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	24				28.700	105.115
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	27.2					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter				221.819		242.357
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung u. Unterstützung				59.563		71.374
darunter: für Altersversorgung				24.175		(34.559)
					281.382	313.731
b) andere Verwaltungsaufwendungen					382.709	451.128
					664.091	764.859
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.1				10.566	11.717
Sonstige betriebliche Aufwendungen					110.193	61.130
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					250.430	271.233
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					537.778	383.365
Aufwendungen aus Verlustübernahme					63.796	263.861
Außerordentliche Aufwendungen	29				73.067	213.861
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					11.538	33.628
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					105	2.297
Summe der Aufwendungen					3.773.931	5.575.900
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					-696.062	-366.401
Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					-1.341.471	-975.070
					-2.037.533	-1.341.471
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					15.948	0
d) aus anderen Gewinnrücklagen					0	17.667
					15.948	17.667
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					0	17.667
d) in andere Gewinnrücklagen					15.948	0
					15.948	17.667
Bilanzverlust					-2.037.533	-1.341.471

Erträge	Anhang	T€	T€	Vorjahr
	Textziffern			T€
Zinserträge aus	22,26.1			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.572.560		2.420.681
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen		857.701		1.344.210
			2.430.261	3.764.891
Laufende Erträge aus	22,26.1			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		86.796		143.426
b) Beteiligungen		4.915		13.777
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		38.151		36.436
			129.862	193.639
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22		148.802	45.674
Provisionserträge	23,26.1		163.506	184.897
Sonstige betriebliche Erträge	26.1		205.438	105.361
Außerordentliche Erträge			0	915.037
Jahresfehlbetrag			696.062	366.401
Summe der Erträge			3.773.931	5.575.900

BILANZ DES KONZERNES

ZUM 31. DEZEMBER 2002

Aktivseite	Anhang Textziffern				Vorjahr T€
		T€	T€	T€	
Barreserve					
a) Kassenbestand			577.785		235.545
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			814.636		1.125.277
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		757.886			(1.026.412)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0		24
				1.392.421	1.360.846
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	10				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			45.216		88.325
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			(0)
b) Wechsel			3.081		3.575
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		3.081			(3.575)
				48.297	91.900
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4, 5				
a) täglich fällig			11.014.637		4.152.147
b) andere Forderungen			19.783.678		29.451.691
darunter: Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		10.006			(10.012)
Kommunalkredite der Hypothekenbank		3.305.501			(3.623.421)
				30.798.315	33.603.838
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 10			89.578.886	99.305.486
darunter: Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		17.797.627			(19.039.171)
Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		15.658.149			(15.540.769)
Kommunalkredite		25.812.066			(28.140.844)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6.2, 8.2, 10				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			30.320		22.159
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0			(0)
ab) von anderen Emittenten			434.223		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		434.223			(0)
			464.543		22.159
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			4.970.720		5.133.986
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.919.794			(2.994.470)
bb) von anderen Emittenten			33.333.160		33.894.456
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		19.989.681			(15.372.615)
			38.303.880		39.028.442
c) eigene Schuldverschreibungen			827.024		1.133.097
Nennbetrag		924.075			(1.184.420)
				39.595.447	40.183.698
Übertrag				161.413.366	174.545.768

Passivseite	Anhang Textziffern				Vorjahr T€
		T€	T€	T€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4				
a) täglich fällig			10.509.746		4.447.513
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			48.839.636		59.420.293
darunter: begebene Hypotheken- Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		415.758			(448.003)
andere begebene öffentliche Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.815.450			(1.816.571)
Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		281.932			(389.964)
andere begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.416.850			(2.656.419)
				59.349.382	63.867.806
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4				
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist					
aa) von drei Monaten			8.942.016		9.340.339
ab) von mehr als drei Monaten			281.848		343.465
			9.223.864		9.683.804
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig			13.009.406		14.138.865
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			34.858.014		38.453.714
darunter: begebene Hypotheken- Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		2.131.137			(2.210.673)
andere begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.892.395			(1.903.117)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.868.503			(1.819.443)
andere begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.500.985			(2.680.269)
			47.867.420		52.592.579
				57.091.284	62.276.383
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3, 4				
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe der Hypothekenbank			5.644.800		6.089.577
ab) andere Hypothekenspfandbriefe			1.775.279		1.859.174
ac) öffentliche Pfandbriefe der Hypothekenbank			16.550.937		16.036.181
ad) andere öffentliche Pfandbriefe			12.186.779		10.681.964
ae) sonstige Schuldverschreibungen			7.747.781		12.052.699
			43.905.576		46.719.595
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			262.372		365.990
darunter: Geldmarktpapiere		126.209			(100.196)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		102.977			(201.916)
				44.167.948	47.085.585
Treuhandverbindlichkeiten	7			220.238	273.572
darunter: Treuhandkredite		150.342			(232.040)
Sonstige Verbindlichkeiten	3,15			3.805.462	3.927.626
Übertrag				164.634.314	177.430.972

BILANZ DES KONZERNS

ZUM 31. DEZEMBER 2002

Aktivseite	Anhang Textziffern	T€			T€	Vorjahr T€
		T€	T€	T€		
Übertrag					161.413.366	174.545.768
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 6.2, 8.2				3.367.483	4.938.279
Beteiligungen	6.2, 8.2				407.034	425.203
darunter: an Kreditinstituten		102.862				(121.565)
an Finanzdienstleistungsinstituten		1.830				(2.223)
Anteile an assoziierten Unternehmen	6.2, 8.2				95.284	47.518
darunter: an Kreditinstituten		5.701				(5.816)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.2, 8.2				285.433	381.587
darunter: an Kreditinstituten		0				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		1.046				(500)
Treuhandvermögen	7				220.238	273.572
darunter: Treuhandkredite		150.342				(235.318)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	10, 11				561.375	744.026
Immaterielle Anlagewerte	6.2, 12				21.891	26.782
Sachanlagen	6.2, 12				580.216	624.207
Eigene Anteile					54.992	70.940
rechnerischer Wert (Vj.: Nennbetrag)		70.390				(70.390)
Sonstige Vermögensgegenstände	3,13				7.191.900	6.382.920
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			513.198			632.394
b) andere			91.797			69.305
					604.995	701.699
Summe der Aktiva					174.804.207	189.162.501

Passivseite	Anhang Textziffern				Vorjahr T€	
		T€	T€	T€		
Übertrag					164.634.314	177.430.972
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			1.001.829			1.145.169
b) andere			113.303			114.923
					1.115.132	1.260.092
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17		646.955			634.873
b) Steuerrückstellungen			185.789			261.073
c) andere Rückstellungen	18		1.470.092			2.034.337
					2.302.836	2.930.283
Sonderposten mit Rücklageanteil					87	89
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 19.2				2.862.618	3.013.285
Genussrechtskapital	20				85	3.221
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig			0			(3.221)
Eigenkapital	21					
a) gezeichnetes Kapital			2.554.741			2.554.741
b) Kapitalrücklage			1.956.044			1.956.044
c) Gewinnrücklage						
ca) gesetzliche Rücklage			3.272			3.272
cb) Rücklage für eigene Anteile			54.992			70.940
cd) Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin			1.342.326			1.341.503
ce) andere Gewinnrücklagen			129.516			69.875
			1.530.106			1.485.590
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter			70.321			81.087
e) Konzerngewinn/Konzernverlust			-2.222.077			-1.552.903
					3.889.135	4.524.559
Summe der Passiva					174.804.207	189.162.501
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Konzernanhang)			4.200.012			5.138.837
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			158.843			183.494
					4.358.855	5.322.331
Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			14.777			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			9.208.009			14.874.139
					9.222.786	14.874.139

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2002

Aufwendungen	Anhang Textziffern	T€			Vorjahr T€	
		T€	T€	T€	T€	T€
Zinsaufwendungen	22				6.338.995	8.638.638
Provisionsaufwendungen	23				72.867	71.412
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	24, 26.2				24.410	105.623
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			675.231			765.094
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			177.900			219.380
darunter: für Altersversorgung		55.969				(91.420)
				853.131		984.474
b) andere Verwaltungsaufwendungen	27			590.361		695.936
					1.443.492	1.680.410
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.2				107.846	153.452
Sonstige betriebliche Aufwendungen	28				523.762	746.154
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	25				505.530	764.638
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					448.893	–
Aufwendungen aus Verlustübernahme					39.417	49.125
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	22				10.377	13.892
Außerordentliche Aufwendungen	29				111.619	464.805
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30, 31				82.301	53.071
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					2.079	10.748
Summe der Aufwendungen					9.711.588	12.751.968
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					–698.700	–111.942
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					–1.552.353	–1.429.059
					–2.251.053	–1.541.001
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					15.948	0
e) aus anderen Gewinnrücklagen					22.269	17.667
					38.217	17.667
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					0	17.667
d) in die Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin					823	12.422
e) in andere Gewinnrücklagen					15.948	0
					16.771	30.089
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn/Verlust					–7.530	–520
Konzerngewinn/Konzernverlust					–2.222.077	–1.552.903

Erträge	Anhang Textziffern	T€		Vorjahr
			T€	T€
Zinserträge aus	22, 26.2			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		6.617.341		8.128.871
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		1.253.180		2.098.592
			7.870.521	10.227.463
Laufende Erträge aus	22, 26.2			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		161.365		274.907
b) Beteiligungen		8.681		16.966
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		12.418		2.345
			182.464	294.218
Erträge aus Gewinggemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22		2.720	6.935
Provisionserträge	23, 26.2		415.035	456.964
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere			-	1.383
Sonstige betriebliche Erträge	26.2, 28		530.199	560.023
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			2	167
Außerordentliche Erträge	29		11.947	1.092.873
Jahresfehlbetrag			698.700	111.942
Summe der Erträge			9.711.588	12.751.968

ANHANG DER AG UND DES KONZERNS 2002

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Sie erstellt gemäß § 291 HGB einen befreienden Konzernabschluss für die zu konsolidierenden Tochtergesellschaften. Der von der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin, erstellte Konzernabschluss wird als Teilkonzern in die Konsolidierung einbezogen.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis zum 31. Dezember 2002 umfasst neben der Bankgesellschaft Berlin AG 18 (i.V.: 21) inländische und 6 (i.V.: 7) ausländische Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin sind gegenüber dem Vorjahr unverändert einbezogen:

Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc, London
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft beschränkt haftende oHG, Berlin
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin
Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin
Zivnostenská banka a.s., Prag

Teilkonzern IBAG:

ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg
Bavaria Projektentwicklung GmbH – Bau-, Sanierungs-, Stadtentwicklungsprojekte –, Nürnberg
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin

Über den Teilkonzern IBAG wurde folgendes Unternehmen neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:
IBI Real Estate-Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Berlin.

Aus dem Konsolidierungskreis sind im Jahr 2002 fünf Unternehmen ausgeschieden:

LBB Landesbank Berlin Finance Curaçao N.V., Curaçao

BAUTRAKO GmbH, Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH i.L., Lohfelden¹⁾

GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH, Hamburg¹⁾

S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH Treuhänderischer Sanierungsträger, Berlin¹⁾

Wegen der Eingliederung der Geschäftsaktivitäten der DirektBankService GmbH, Berlin, in die Landesbank Berlin ist die Gesellschaft nicht mehr im Konsolidierungskreis genannt.

Auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde im Hinblick auf die Unwesentlichkeit der Veränderung verzichtet.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs. 2 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist um zusätzliche Angaben für Realkreditinstitute erweitert.

Der Anhang der Bankgesellschaft Berlin AG und der Konzernanhang wurden unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten. Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Dabei wurde unterstellt, dass ein Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Gewährung einer Umstrukturierungsbeihilfe von der Europäischen Kommission positiv beschieden wird und in diesem Rahmen auch die Neutralisierungsvereinbarung vom 23./27. Dezember 2002 genehmigt wird. Die mittels einer Notifizierung beantragte Umstrukturierungsbeihilfe umfasst zum einen die vom Land Berlin übernommene Kapitalerhöhung von 1.754.949.340,16 € und die durch die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 vom Land Berlin übernommene Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft. Die Umstrukturierungsbeihilfe umfasst zum anderen die Vereinbarung vom 23./27. Dezember 2002, die das Land Berlin und die LBB zur Neutralisierung etwaiger aus dem LBB-/IBB-Verfahren

¹⁾ Gesellschaften der IBAG-Gruppe

ANHANG

folgender Belastungen vorbehaltlich der Billigung der Kommission geschlossen haben. Wenn die Europäische Kommission wider Erwarten die Kapitalzufuhr des Landes Berlin nicht genehmigen sollte, müsste die Bankgesellschaft Berlin geeignete Maßnahmen ergreifen, die eine Rückzahlung des betreffenden Betrags an das Land Berlin ermöglichen. Für den Fall, dass der auf die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – entfallende Teil der Kapitalerhöhung als Beihilfe betrachtet werden und nicht genehmigt werden sollte, wären Maßnahmen für eine entsprechende Rückzahlung zu treffen. Außerdem müsste der Betrag der Kapitalerhöhung, den die BGB als nicht genehmigte Beihilfe zurückzahlen müsste, als Rückzahlungsverpflichtung passiviert werden. Für den Fall, dass die Kommission im LBB-/IBB-Verfahren eine Rückforderungsentscheidung erlässt und die Kommission die Neutralisierungsvereinbarung nicht genehmigt, müsste die LBB geeignete Maßnahmen ergreifen, die eine Rückzahlung des betreffenden Betrags einschließlich Zinsen an das Land Berlin ermöglichen. Schließlich müssten bei Nichtgenehmigung der Risikoabschirmung sämtliche Risiken aus dem Immobilien-dienstleistungsgeschäft in der Bilanz durch Rückstellungen und Wertberichtigungen berücksichtigt werden. Die Nichtgenehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe oder die Nichtgenehmigung in voller Höhe eines der vorstehend beschriebenen Teile der Umstrukturierungsbeihilfe könnte dazu führen, dass das Eigenkapital der Bank für eine Fortführung des Geschäfts im gegebenen Umfang nicht mehr die erforderliche Höhe hätte. Die Bank hätte entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, z. B. durch sofortige Anpassung ihres Geschäftsumfangs bzw. die Einstellung von bestimmten Geschäften oder die Bereitstellung von neuem haftenden Kapital durch einen neuen Eigenkapitalgeber. Soweit diese Maßnahmen nicht möglich sind bzw. nicht ausreichen und soweit die erforderliche Höhe des Eigenkapitals nicht dargestellt werden kann, dürfte die Bilanzierung nicht mehr auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit erfolgen.

Konsolidierung

Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf den 31. Dezember 2002 aufgestellt. Den Abschluss der in Fremdwährung bilanzierenden Gesellschaft haben wir zum Stichtagskurs umgerechnet und währungsbedingte Wertänderungen des Eigenkapitals gegen die Gewinnrücklagen des Konzerns verrechnet.

Die Konsolidierung der im Geschäftsjahr 2002 neu einbezogenen Tochtergesellschaft erfolgte zum Erwerbzeitpunkt und nach der Buchwertmethode. Daraus ergab sich kein auszuweisender Firmenwert (i.V: 0 Mio. €).

Die stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin in Höhe von nominal 844 Mio. € stellt 100% des gezeichneten Kapitals der Landesbank Berlin dar. Schuldrechtlich beschränkt sich die stille Beteiligung auf 75,01% des Vermögens und des Ertrags der Landesbank Berlin und klammert ferner deren Abteilung Investitionsbank Berlin aus. Die der Landesbank Berlin zustehenden, nicht unter den Beteiligungsvertrag fallenden Vermögensteile werden in gesonderten Rücklagen des Konzerns ausgewiesen.

Für die nicht im Konzernbesitz befindlichen Anteile am Eigenkapital und am Gewinn von Tochtergesellschaften, insbesondere der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG und der Weberbank Privatbankiers KGaA sowie der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, ist in der Konzernbilanz ein „Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter“ bilanziert.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden ebenso wie entsprechende Aufwendungen und Erträge konsolidiert. Aus konzerninternen Umsätzen des Geschäftsjahres resultierende Zwischenerfolge sind ergebniswirksam eliminiert. Der aus dem Vorjahr vorgetragene Eliminierungsbetrag wurde, soweit er noch relevant war, mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Für das Berichtsjahr vereinnahmte Beteiligungserträge konsolidierter Gesellschaften wurden aufgerechnet.

Wesentliche ausländische Konzerngesellschaften werden mit einem HGB vergleichbaren Abschluss in die Konsolidierung einbezogen. Die Abschlüsse der übrigen ausländischen Gesellschaften sind durch HBII-Maßnahmen im Hinblick auf wesentliche Tatbestände an die Konzernbilanzierung angepasst worden.

Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB)

Von den insgesamt 109 (i.V.: 11) assoziierten Unternehmen werden 6 (i.V.: 6) Gesellschaften nach der Equity-Methode, die übrigen assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten bilanziert. Der Zugang von 98 nicht bewerteten assoziierten Unternehmen resultiert aus dem IBAG-Teilkonzern.

Bei der Bewertung zum 31. Dezember 2002 des assoziierten Unternehmens Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG nach der Equity-Methode ergab sich ein negativer Equitywert von –21,3 Mio. €. Die Passivierung einer entsprechenden Verpflichtung wurde vorgenommen.

Die Bankgesellschaft Berlin AG als eine Gesellschafterin der BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH und die weitere Gesellschafterin haben jeweils 5% ihrer Geschäftsanteile an eine neue Gesellschafterin abgetreten. Die neue Gesellschafterstruktur ist nunmehr: Bankgesellschaft Berlin AG und die ursprüngliche Gesellschafterin je 45%, die neue Gesellschafterin 10%. Die BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH gehört unverändert zum Kreis der assoziierten Unternehmen; aufgrund der untergeordneten Bedeutung dieser Beteiligung für den Konzern erfolgte keine Einbeziehung in die Equity-Bewertung.

Der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG ist mit Wirkung vom 24. April 2002 eine neue Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von 5.556 € beigetreten und hält damit 10%, die Bankgesellschaft Berlin und die ursprüngliche Kommanditistin halten jeweils 45% an der Gesellschaft. Die BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG gehört weiterhin zum Kreis der assoziierten Unternehmen und wird at equity bewertet. Nach der zum 31. Dezember 2002 vorgenommenen Buchwertabschreibung von 9,2 Mio. € in der Bankgesellschaft beträgt der verbleibende Firmenwert noch 201 T€.

Nachdem im März 2002 zunächst eine Aufstockung der Beteiligung der Bankgesellschaft AG an der Inteligo Financial Services S.A. von 48,95% auf 100% erfolgt war, sind die gesamten Anteile per Share Sale Agreement vom 10. September 2002 an die polnische Bank PKO verkauft worden. Damit ist die Inteligo aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen ausgeschieden.

Die ib-bank-systems GmbH ist eine Gesellschaft der Investitionsbank Berlin (IBB) und der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) mit je 50%. Gegenstand der Gesellschaft ist die Softwarebetreuung und -weiterentwicklung des bei der IBB, der ILB sowie weiteren Förderinstituten/Kooperationsbanken im Einsatz befindlichen IT-Systems SAP/ABAKUS/PARZIFAL. Das Unternehmen wurde gemäß § 311 Abs.1 HGB in den Kreis der assoziierten Unternehmen aufgenommen. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung dieser Beteiligung für den Konzern erfolgte jedoch keine Einbeziehung in die Equity-Bewertung.

ANHANG

Die assoziierten Unternehmen sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang) einzeln aufgeführt.

Die Equitywerte werden um die anteiligen Veränderungen des Eigenkapitals bereinigt um die anteiligen Beteiligungserträge fortgeschrieben (Buchwertmethode).

Die in die Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen bilanzieren nach HGB. Auf eine Anpassung an konzerneinheitliche Bilanzierung wurde aufgrund der Unwesentlichkeit verzichtet.

Hieraus entstand insgesamt ein Ergebnis in Höhe von –10,4 (i.V.: –13,9) Mio. €, das in der Konzerngewinn- und Verlustrechnung als „Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen“ ausgewiesen wird. Auf eine Anpassung abweichender Bewertungsmethoden wurde wegen Unwesentlichkeit verzichtet.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurden beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Für allgemeine Bankrisiken sind bei kleineren Kreditinstituten und der IBB Reserven nach § 340f HGB vorhanden.

Für Kredite des Fördergeschäftes im Konzern wurden auch die zugesicherten Fördermittel mit dem Barwert als Sicherheit angesetzt. Für erkennbare Risikopotenziale wurde in angemessener Höhe Vorsorge getroffen.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i. V. m. § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Bei einer Anlage in Investmentfonds, die den EURO STOXX-50-Index nachbilden, ist eine Abschreibung in Höhe von 399 Mio. € vorgenommen worden. Basis für die Ermittlung eines beizulegenden Werts waren die durchschnittlichen Fondsanteilspreise in den vergangenen zwölf Monaten. Die Bewertung ist durch weitere Modelle plausibilisiert worden. Hierbei handelte es sich um ein auf dem durchschnittlichen Indexwert der vergangenen zwölf Monate basierendes Modell sowie um vereinfachte Ertragswertberechnungen auf der Basis

einer Konsensusschätzung von unabhängigen Analysten über die earnings per share für die im Index enthaltenen Aktien. Auf Basis der Fondsanteilspreise zum Jahresultimo 2002 lagen die Marktwerte der betroffenen Fondsanteile um 98 Mio. € niedriger.

Im Finanzanlagevermögen des Konzerns befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete börsenfähige Aktien und Wertpapiere in Höhe von 1.080 (i.V.: 654) Mio. €, davon in der AG 36 (i.V.: 105) Mio. €.

Die Wertpapiere des Handelsbestands sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen wurden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6%. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck von 1998) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2002 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Bei diesen Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zzgl. der seitdem angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausreichend dotiert sind. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Bestimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der BerlinHyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG-/IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichten Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG-/IBAG-Gruppe abgesichert. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie sogenannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.

ANHANG

Bewertung des Handelsbestandes

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolien bzw. Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsportfolien werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei dem Aktienportfolio erfolgt die Zusammenfassung je Gattung, bei Kreditderivat- und Convertibleportfolien je Underlying. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestands einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolien miteinander verrechnet. In Zins- und Aktienportfolien werden positive Bewertungsüberhänge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolien erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Zins- oder dem Aktienportfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG und des Konzerns wurden in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung; § 340h Abs. 2 HGB findet entsprechend Anwendung. Für negative Bewertungsergebnisse werden Rückstellungen gebildet. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung der AG und des Konzerns

Bilanz

1 Fristengliederung

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute				
Andere Forderungen				
bis drei Monate	5.619	12.615	4.452	8.352
mehr als drei Monate bis ein Jahr	710	1.604	1.956	3.165
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.145	1.504	7.490	9.099
mehr als fünf Jahre	448	458	5.886	8.836
Insgesamt	7.922	16.181	19.784	29.452
Forderungen an Kunden				
bis drei Monate	6.316	8.143	14.123	16.424
mehr als drei Monate bis ein Jahr	945	973	4.649	4.720
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.076	2.871	22.578	22.308
mehr als fünf Jahre	5.228	7.274	48.229	55.853
davon mit unbestimmter Laufzeit	(2.097)	(1.736)	(4.828)	(4.203)
Insgesamt	14.565	19.261	89.579	99.305
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
bis drei Monate	27.604	32.357	29.508	36.265
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.672	7.596	6.544	9.541
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	97	115	6.038	5.797
mehr als fünf Jahre	303	291	6.750	7.817
Insgesamt	33.676	40.359	48.840	59.420
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten				
bis drei Monate	9	9	41	49
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3	1	42	50
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	46	60	182	226
mehr als fünf Jahre	5	6	17	18
Insgesamt	63	76	282	343
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
bis drei Monate	2.152	2.743	7.456	9.328
mehr als drei Monate bis ein Jahr	56	119	2.128	1.451
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	254	842	8.379	9.667
mehr als fünf Jahre	771	922	16.895	18.007
Insgesamt	3.233	4.626	34.858	38.453
Verbriefte Verbindlichkeiten				
Andere verbiefte Verbindlichkeiten				
bis drei Monate			79	167
mehr als drei Monate bis ein Jahr	8		178	135
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	33	42	5	40
mehr als fünf Jahre	48	45		24
Insgesamt	89	87	262	366

ANHANG

2 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Enthalten in Position:				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.792	3.553	6.368	3.871
Verbriefte Verbindlichkeiten				
begebene Schuldverschreibungen	2.442	5.447	13.151	11.655

3 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	8.109	8.599		
Forderungen an Kunden	990	1.901	797	1.082
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.200	6.013		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	327	355		
Sonstige Vermögensgegenstände	111			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.090 ¹⁾	19.173 ¹⁾		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	185	1.287	123	361
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.761	7.094		
Sonstige Verbindlichkeiten	1			
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.414	2.506		

¹⁾ davon Landesbank Berlin (inkl. Niederlassungen) 2002: 20.265, 2001: 16.864

4 Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	3	1	616	1.202
Forderungen an Kunden		110	256	358
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	461	538	463	551
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8	121	139	888
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		39	18	61
Verbriefte Verbindlichkeiten				46

5 Nachrangige Aktiva

in Mio.€	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	108	128	114	144
Forderungen an Kunden	8	8	12	11
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	230	360	235	360
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	214	231	178	203

6 Entwicklung des Anlagevermögens

6.1 AG

in Mio.€	Finanzanlagen				Sachanlagen	
	Forderungen ¹⁾	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	
Buchwert zum 31. Dezember 2001	0	546	983	140	2.659	97
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2001	7	558	1.012	153	3.529	178
Zugänge 2002			9	14	90	22
Abgänge 2002		429		33	4	13
Umbuchungen 2002						
Effekte aus Wechselkursänderungen						
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2002	7	129	1.021	134	3.615	187
Kumulierte Zuschreibungen				10		
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2001	7	12	29	23	870	81
Zugänge 2002			399	30 ²⁾	100 ³⁾	11
Abgänge 2002		12	1	19		13
Umbuchungen 2002						
Effekte aus Wechselkursänderungen						
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2002	7		427	34	970	79
Buchwert zum 31. Dezember 2002	0	129	594	110	2.645	108

¹⁾ Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

²⁾ darin Aufwand für Rückstellungsbildung im Vorjahr 13 Mio. €

³⁾ darin Aufwand für Rückstellungsbildung im Vorjahr 12 Mio. €

Die bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren vorgenommene Abschreibung in Höhe von 399 Mio. € resultiert aus der Bewertung der Investmentfonds, die den EURO STOXX-50-Index nachbilden.

ANHANG

Bei den Zugängen von Anteilen an verbundenen Unternehmen wirkten sich im Wesentlichen die Einzahlung in die Kapitalrücklagen der Berlin Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) sowie der Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) aus. Die Abschreibungen betreffen die Anteile an der Berlin Hyp, der Berlin Capital Fund GmbH und der Inteligo Financial Services S.A.. Aus den im Vorjahr für die IBG bestehenden Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen von 20 Mio. € wurden 12 Mio. € im Geschäftsjahr in Anspruch genommen. In der GuV sind darüber hinaus Aufwendungen aus Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen bei der Berlin Hyp und IBG mit insgesamt 33 Mio. € enthalten.

6.2 Konzern

	Finanzanlagen					Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte	
	Forderungen ¹⁾	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen			Anteile an verbundenen Unternehmen
in Mio. €								
Buchwert zum 31. Dezember 2001	0	5.153	1.023	425	48	382	624	27
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2001	7	5.162	1.062	460	66	457	1.530	112
Zugänge 2002		1.243	17	92	40	5	82	11
Abgänge 2002		1.944	17	39	27	14	90	7
Umbuchungen 2002		-18	1	-70	67	5	-17	17
Effekte aus Wechselkursänderungen								
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2002	7	4.461	1.063	443	146	453	1.505	133
Kumulierte Zuschreibungen		20	1	10	21			
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2001	7	18	39	45	39	75	906	85
Zugänge 2002		11	399	4	35	90	90	11
Abgänge 2002		18		3	2	-3	55	
Umbuchungen 2002							-16	15
Effekte aus Wechselkursänderungen								
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2002	7	11	438	46	72	168	925	111
Buchwert zum 31. Dezember 2002	0	4.470	626	407	95	285	580	22

¹⁾ Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

7 Treuhandgeschäfte

in Mio.€	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute				4
Forderungen an Kunden	15	16	150	232
Sachanlagen				
Sonstige Vermögensgegenstände			70	38
	15	16	220	274
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	16	30	34
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			120	198
Sonstige Verbindlichkeiten			70	42
Insgesamt	15	16	220	274

8 Börsenfähigkeit/Börsennotierung

8.1 AG

in Mio.€	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	28.519	29.742	26.180	26.648	2.339	3.094
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.329	2.431	1.322	2.383	7	48
Beteiligungen	45	64	11	22	34	42
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.597	1.597	986	986	611	611
davon						
Berlin Hyp	730	730	730	730		
BG Intern.S.A.Lux.	246	246			246	246
BG Berlin (UK) plc	205	205			205	205
ALLBANK	175	175	175	175		
Zivnostenská banka	81	81	81	81		
Übrige	160	160			160	160

8.2 Konzern

in Mio.€	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.595	40.184	36.162	35.654	3.433	4.530
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.606	3.672	1.069	2.087	1.537	1.585
Beteiligungen	45	64	11	22	34	42
Anteile an assoziierten Unternehmen						

ANHANG

9 Bestände in Fremdwährung

in Mrd. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Vermögensgegenstände	14,8	20,9	25,3	32,6
Verbindlichkeiten	12,7	20,3	21,9	30,5

10 Als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Wertpapiere	11.121	10.620	19.228	16.520
davon: Ausgleichsforderungen	243	324	312	415
Wirtschaftskredite	4	121	379	513
davon: Wechsel	2	3	3	4
Kreditforderungen	2	118	376	509
Insgesamt	11.125	10.741	19.607	17.033

Zum Bilanzstichtag bestanden in der Bankgesellschaft Berlin AG folgende weitere Verpfändungen: Anleihen und Schuldverschreibungen in Höh€e von nominal 105 Mio. € (i.V.: 133 Mio. €) wurden als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 209 (i.V.: 568) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 69 (i.V.: 378) Mio. € als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften als Sicherheiten gegeben hat.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 14.077 (i.V.: 14.838) Mio. € im Konzern bzw. 9.549 (i.V.: 12.445) Mio. € in der AG sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere im Marktwert von 116 (i.V.: 350) Mio. € im Konzern bzw. 116 (i.V.: 350) Mio. € in der AG.

Für folgende Verbindlichkeiten wurden Wertpapiere mit einem Gesamtbetrag in Höh€e von 879 (i.V.: 1.024) Mio. € als Sicherheiten übertragen:

in Mio. €	Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	787	887
Sonstige Verbindlichkeiten	118	138
Insgesamt	905	1.025

Angaben zu einzelnen Bilanzpositionen

11 Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch

In dieser Position werden sowohl in der AG als auch im Konzern angekaufte Ausgleichsforderungen in Form von Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesen. Darüber hinaus befinden sich im Bestand der AG geliehene Wertpapiere in Höhe von 15 (i.V.: 20) Mio. €. Verliehen sind keine Wertpapiere.

Von den Ausgleichsforderungen sind 245 (i.V.: 324) Mio. € (AG) bzw. 312 (i.V.: 415) Mio. € (Konzern) im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente als Sicherheiten an die zuständigen Notenbanken verpfändet (vgl. Ziffer 10).

12 Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Von den Grundstücken und Gebäuden des Konzerns werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeiten Immobilien im Buchwert von 229 (i.V.: 199) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 279 (i.V.: 313) Mio. € – AG: 108 (i.V.: 97) Mio. € – enthalten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten. Bei beweglichen Anlagegütern wird auf Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	33 Jahre
Mietereinbauten	33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 bis 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 bis 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 bis 8 Jahre
Fernsprechanlagen	10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Die immateriellen Anlagegüter des Konzerns enthalten einen aktivischen Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 7 (i.V.: 14) Mio. €. Aktivierte Firmenwerte werden entsprechend der gesetzlichen Vorschriften linear über eine Nutzungsdauer von vier bzw. zehn Jahren abgeschrieben. Der Bruttobetrag der Firmenwerte beträgt im Bankkonzern 36 Mio. €, im IBAG-Teilkonzern 4 Mio. €.

ANHANG

13 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Aktivposten aus Portfolien	2.260	2.108	2.238	2.108
Forderungen aus Collateral	1.702	603	1.702	603
Gewinnansprüche LBB	767	767	767	767
Forderungen an Finanzbehörden	139	215	158	401
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	281	309	791	828
Einzugspapiere	54	105	60	132
Übrige	257	85	1.476	1.544
Insgesamt	5.460	4.192	7.192	6.383

Die Aktivposten aus Portfolien umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf die restlichen 24,99% des Ertrags und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin.

14 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Konzern werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 295 (i.V.: 364) Mio. € ausgewiesen.

In der AG enthält diese Position vor allem Agien für übernommene Kundenforderungen (übernommene Konsortialanteile aus gemeinschaftlichen privaten Baufinanzierungen im Rahmen des sogenannten Berliner Modells), geleistete Upfront-Zahlungen für Derivate, Disagien aus Inhaberschuldverschreibungen sowie Mietvorauszahlungen.

15 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio.€	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Passivposten aus Portfolien	1.750	1.655	1.749	1.655
Verbindlichkeiten aus Collateral	429	363	429	363
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	36	19	59	52
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	46	48	41	79
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	19	16	59	141
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	383	343	842	812
Übrige	162	125	626	826
Insgesamt	2.825	2.569	3.805	3.928

Die Passivposten aus Portfolien beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

16 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Für den Konzern wurden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 788 (i.V.: 912) Mio. € ausgewiesen.

In der AG beinhaltet diese Position überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag, Mietvorauszahlungen und abgegrenzte Zinsen und Gebühren.

17 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen in der AG um 12 (i.V.: 26) Mio. € auf 231 (i.V.: 219) Mio. €, im Konzern um 12 (i.V.: 64) Mio. € auf 647 (i.V.: 635) Mio. €.

ANHANG

18 Andere Rückstellungen

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Rückstellungen für Portfolien, Wertpapier- und Devisengeschäfte ¹⁾	127	375	127	376
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts ¹⁾	191	194	253	258
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBG	26	30		
Rückstellungen im Personalbereich	53	58	141	136
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	195	232	390	506
IBG ²⁾			19	75
LPFV ²⁾			67	182
Übrige ¹⁾	106	101	473	501
Insgesamt	698	990	1.470	2.034

¹⁾ Anpassung Vorjahreszahlen wegen differenzierter Darstellung der Bankgesellschaft Niederlassung London

²⁾ Die Rückstellungen im Personalbereich der IBG/LPFV sind in der entsprechenden Unterposition enthalten.

In der AG und damit auch im Konzern reduzierte sich insbesondere der Rückstellungsbedarf für Drohverluste aus Portfolien und Finanzgeschäften.

Der Rückgang bei der LPFV resultiert aus einer Inanspruchnahme in Höhe von 70 Mio. € des im Vorjahr ausgewiesenen Selbstbehalts von 100 Mio. € sowie mit 43 Mio. € aus der im Vorjahr mit 60 Mio. € gebildeten Rückstellung für Höchstpreisgarantien.

Die Restrukturierungsrückstellungen im Konzern entwickelten sich 2002 wie folgt:

in Mio. €	Stand	Verbrauch	Umbuchung ¹⁾	Auflösung	Zuführung	Stand
	1.1.2002					31.12.2002
Personal	273	61	-62	12	25	163
Flächenmanagement	195	5	-32		23	181
Sachaufwand	38	44	30		22	46
Insgesamt	506	110	-64	12	70	390

¹⁾ einschl. zweckbestimmter Verwendung

Von den im Vorjahr ausgewiesenen Restrukturierungsrückstellungen wurden im Geschäftsjahr 174 Mio. € verbraucht bzw. zweckbestimmt verwendet. Aus der Bewertung zum Jahresende erfolgte eine Zuführung von insgesamt 70 Mio. € und eine Auflösung von 12 Mio. €.

19 Nachrangige Verbindlichkeiten

19.1 AG

	Nominalwerte			Zinssatz in %	Fälligkeit
	Währung	in Mio.	in Mio. €		
(1)	DM	200 *	102	7,40	2003
(2)	DM	100	51	7,00	2005
(3)	DM	300 *	153	6,71	2006
(4)	JPY	10.000 *	80	3,36	2007
(5)	DM	50 *	26	6,06	2007
(6)	JPY	10.000 *	80	3,32	2007
(7)	EUR	14 *	14	Zerobond	2007
(8)	JPY	4.000 *	32	2,80	2008
(9)	JPY	5.000 *	40	2,30	2008
(10)	DM	10 *	5	5,03	2008
(11)	DM	30 *	15	5,33	2008
(12)	EUR	150 *	150	3-Monats-Euribor + 35 BP	2009
(13)	EUR	10 *	10	3-Monats-Euribor + 32 BP	2009
(14)	FRF	1.500 *	229	5,75	2009
(15)	FRF	750 *	114	5,75	2009
(16)	EUR	375 *	375	4,75	2009
(17)	EUR	7 *	7	Zerobond	2009
(18)	JPY	5.000 *	40	3-Monats-JPY-Libor + 8 BP	2009
(19)	FRF	1.000 *	152	5,375	2010
(20)	DM	250 *	128	5,375	2010
(21)	USD	250 *	238	7,125	2012
(22)	GBP	150 *	231	8,000	2012
(23)	EUR	75 *	75	mindestens 4,75	2019
(24)	JPY	15.000 *	121	5,15	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (2), (3), (11) und (20) stammen aus der ehemaligen Berliner Bank AG. Von der nachrangigen Verbindlichkeit (2) befinden sich zum Bilanzstichtag 0,5 (i.V.: 0,5) Mio. € im eigenen Bestand. Die Mittelaufnahmen (14) und (15) zusammen sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten (16) und (21) übersteigen jeweils 10% des gesamten Nachrangkapitals. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (19) und (20) wurden 1999 redenominiert (152 bzw. 128 Mio. €). Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (23) wurde wie folgt vereinbart: 4,75% bis 31.03.2009, danach 4,75 + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75%, jedoch mindestens 4,75%.

ANHANG

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2002 in der AG beträgt 97 (i.V.: 127) Mio. €. Dieser Zinsaufwand setzt sich zusammen aus laufenden Zinsaufwendungen in Höhe von 155 (i.V.: 146) Mio. € und Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 38 (i.V.: 19) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen nach § 10a Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2002 sind 2.595,0 Mio. € als haftendes Eigenkapital anrechenbar.

19.2 Konzern

	Nominalwert	Ermittelt	Zinssatz
	in Mio. €		in %
(1)	51	Bankgesellschaft Berlin AG	7,00
(2)	90	Landesbank Berlin – Girozentrale –	3,39 bis 4,86
(3)	151	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	3,63 bis 7,75
(4)	13	Allgemeine Privatkundenbank AG	7,20 bis 7,40
(5)	2.558	BGB Finance (Ireland) plc	Zerobond bis 8,00

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten (5) wurden 920 (i.V.: 1.016) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.865 (i.V.: 3.013) Mio. € – AG: 2.456 (i.V.: 2.577) Mio. € – entsprechen 2.821 (i.V.: 2.984) Mio. € – AG: 2.395 (i.V.: 2.495) Mio. € – den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

Der Zinsaufwand 2002 für nachrangige Verbindlichkeiten im Konzern beträgt 115 (i.V.: 141) Mio. €.

20 Genussrechtskapital

In den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften haben Genussrechte in Höhe von T€ 85 ausgegeben (i.V.: 3 Mio. €). Diese Genussrechte verbriefen ausschließlich Gläubigerrechte.

21 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Bankgesellschaft Berlin AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 19. Juli 2002 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2003 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Einheitskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende jeden Tages nicht übersteigen.

Zum Jahresende befanden sich 27.090.540 (i.V.: 27.090.540) Stückaktien mit einem Buchwert von 54 (i.V.: 70) Mio. € für Handelszwecke im Bestand der Bank. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 2,711% (i.V.: 2,711%).

Im Laufe des Berichtsjahres wurde von der Bank kein Handel in eigenen Aktien betrieben.

Darüber hinaus befinden sich 405.695 Stückaktien mit einem Buchwert von 0,8 Mio. € im Bestand der Bank. Diese wurden durch Vorstandsbeschluss vom 29. Mai 2001 gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG zur Schadensabwehr über die Börse erworben. Der Anteil am gezeichneten Kapital beträgt 0,041%.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 19. Juli 2002 besteht bis zum 30. September 2003 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2002 kein Gebrauch gemacht.

Im Kreditgeschäft waren am Jahresende 2002 gemäß § 71e AktG 342.230 (i.V.: 2.337.585) eigene Stückaktien als Pfand genommen; dies entsprach 0,05% (i.V.: 0,25%) des gezeichneten Kapitals.

Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr 2002 beträgt in der Bankgesellschaft Berlin AG 2.038 Mio. € unter Berücksichtigung eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 1.341 Mio. €.

Entwicklung der anderen Gewinnrücklagen im Konzern:

in Mio. €	2002	2001
Stand 1. Januar	70	156
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	4	9
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile		-18
Einstellung aus Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile	16	
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Verlustausgleich	-22	
Einstellungen/Entnahmen aus der Bewertung der assoziierten Unternehmen	-13	2
Einstellungen/Entnahmen aus der Währungsumrechnung	-7	10
Einstellungen/Entnahmen aus der Zwischenerfolgseliminierung, Schulden-/Wertpapierkonsolidierung	92	959
Auswirkungen der Kapitalkonsolidierung	-10	-1.048
Stand 31. Dezember	130	70

ANHANG

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

22 Zinsüberschuss

in Mio. €	AG		Konzern	
	2002	2001	2002	2001
Zinserträge	2.431	3.765	7.871	10.228
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.573	2.421	6.618	8.129
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	858	1.344	1.253	2.099
Laufende Erträge	130	194	171	280
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	87	144	161	275
aus Beteiligungen ¹⁾	5	14	-2	3
aus verbundenen Unternehmen	38	36	12	2
Erträge aus Gewinngemeinschaften	149	45	3	7
Zinsaufwendungen	1.983	3.422	6.339	8.639
für Einlagen	1.647	2.608	4.480	6.073
für verbriefte Verbindlichkeiten	236	687	1.744	2.425
für nachrangige Verbindlichkeiten	100	127	115	141
Insgesamt	727	582	1.706	1.876

¹⁾ Im Konzernabschluss einschließlich assoziierter Unternehmen

23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	AG		Konzern	
	2002	2001	2002	2001
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	45	62	100	130
Wertpapiere/Vermögensanlagen	43	57	96	122
Emissions- u. Konsortialgeschäft	2	5	4	8
Zahlungsverkehr/Kontoführung	27	26	131	125
Kreditgeschäft	14	22	41	58
Kreditgeschäft	3	3	17	24
Avalprovisionen	6	11	16	22
Auslandsgeschäft	5	8	8	12
Kartengeschäft	35	34	44	47
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	1	-2	26	26
Sorten-/Devisengeschäft	1	2	3	5
Sonstige Dienstleistungen		-4	23	21
Insgesamt	122	142	342	386

24 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften im Konzern nach Gesellschaften bzw. nach Geschäftsarten setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2002	2001
Nettoergebnis	-24	-106
darunter:		
Bankgesellschaft Berlin	-29	-105
Landesbank Berlin	-9	-5
Übrige Kreditinstitute	8	1
Konsolidierung	6	3
in Mio. €	2002	2001
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	-46	-42
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	55	58
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	-17	21
Handelsergebnis	-8	37
Bewertung aus eigenen Aktien	-16	-143
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	-24	-106

25 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	AG		Konzern	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	229	227	617	738
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	22	44	-86	25
Reserven gemäß § 340f HGB			-25	2
Insgesamt	251	271	506	765

ANHANG

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft in der AG hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko						Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam			
	Direkt- abschreibungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rückstellungen Kreditgeschäft		2002	2001	2002	2001	2002	2001
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001						
Stand 1. Januar			1.721	1.804	71	70	194	148	16	12	2.002	2.034		
Zuführungen			284	225		1	52	61		4	336	291	336	291
Inanspruchnahmen			108	247							108	247		
Auflösungen			63	76	20		36	10			119	86	119	86
Direktabschreibungen	14	26											14	26
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	4											2	4
Umbuchungen			19	5			-14	-5			5			
Wechselkurs- änderungen			-20	10			-5				-25	10		
Stand 31. Dezember			1.833	1.721	51	71	191	194	16	16	2.091 *	2.002 *	229	227

¹⁾ Einzelwertberichtigung

²⁾ Pauschalwertberichtigung

* ohne Altkredite

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft im Konzern hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko						Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam			
	Direkt- abschreibungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rückstellungen Kreditgeschäft		2002	2001	2002	2001	2002	2001
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001						
Stand 1. Januar			4.654	4.366	246	245	258	199	23	22	5.181	4.832		
Zuführungen			918	912	7	12	75	92	1	4	1.001	1.020	1.001	1.020
Inanspruchnahmen			213	389			5	3			218	392		
Auflösungen			327	273	27	12	54	23	1	3	409	311	409	311
Direktabschreibungen	32	38											32	38
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	7	9											7	9
Umbuchungen ³⁾			66	28	-44	-1	-16	-7			6	20		
Wechselkurs- änderungen			-21	10		2	-5				-26	12		
Stand 31. Dezember			5.077	4.654	182	246	253	258	23	23	5.535	5.181	617	738

¹⁾ Einzelwertberichtigung

²⁾ Pauschalwertberichtigung

³⁾ Inkl. Bestandserhöhung durch Erweiterung des Konsolidierungskreises

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung erhöht, weil weitere Sicherheiten gestellt wurden bzw. die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an die Empfehlung des Bankenfachausschusses des IDW „Zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko im Jahresabschluss von Kreditinstituten“ (BFA 1/1990).

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko wurde Vorsorge durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bürgschaftsverpflichtungen gebildet. Bei den Länderwertberichtigungen berücksichtigt die Bank das Risikoexposure, das die Summe der Bruttoexposure abzüglich der Forderungen aus kommerziellem Geschäft (< 1 Jahr Restlaufzeit) und alle Bank-zu-Bank-Finanzierungen (< 1,5 Jahre Restlaufzeit) ist. Werthaltige Sicherheiten, die nicht vom Transferrisiko des entsprechenden Landes betroffen sind, vermindern dabei das Risikoexposure. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Über die für das Kreditgeschäft gebildete Vorsorge für Länderrisiken hinaus bestehen keine weiteren Vorsorgen für Länderrisiken Wertpapiere (i.V.: 0 Mio. €).

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	AG		Konzern	
	2002	2001	2002	2001
Forderungen an Kreditinstitute	65	90	91	114
Forderungen an Kunden	1.835	1.718	5.180	4.801
Rückstellungen	191	194	253	258
Sonstige Positionen			11	8
Insgesamt	2.091	2.002	5.535	5.181

ANHANG

26 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheit (Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Filialen).

26.1 AG

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Zinserträge	1.509	2.197	922	1.568	2.431	3.765
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	94	158	36	36	130	194
Provisionserträge	158	179	5	6	163	185
Nettoertrag aus Finanzgeschäften						
Sonstige betriebliche Erträge	194	95	11	10	205	105

26.2 Konzern

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Zinserträge	6.455	7.742	1.416	2.486	7.871	10.228
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	138	255	47	40	185	295
Provisionserträge	387	424	28	33	415	457
Nettoertrag aus Finanzgeschäften						
Sonstige betriebliche Erträge	524	556	6	4	530	560

27 Andere Verwaltungsaufwendungen im Konzern

in Mio. €	2002	2001
Gebäude- und Raumkosten	130	150
IT-Aufwendungen	254	244
Werbung und Marketing	31	47
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	65	113
Geschäftsbetriebskosten	68	84
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10	13
Personalabhängige Sachkosten	18	34
Umsatzsteuer auf Konzernleistungen	14	11
Insgesamt	590	696

28 Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge im Konzern

in Mio. €	2002		2001	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge
Kreditinstitute	184	336	240	251
IBG / IBAG / LPFV	439	458	609	495
Materialaufwand	222		244	
Abschreibungen	22		26	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	195		237	
Risikoaufwendungen			102	
Umsatzerlöse		379		378
Bestandserhöhungen/-minderungen		-39		38
Sonstige betriebliche Erträge		118		79
Sonstige Unternehmen	26	330	3	572
Konsolidierungen	-125	-594 ¹⁾	-106	-758 ¹⁾
Insgesamt	524	530	746	560

¹⁾ Leistungsumfang der Servicegesellschaften; dort Umsatztätigkeit

Die Avalprovision an das Land Berlin für die Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft ist in den Sonstigen Aufwendungen der Kreditinstitute in Höhe von 15 Mio. € enthalten.

29 Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

Im außerordentlichen Ergebnis der AG sind im Wesentlichen Aufwendungen für die Restrukturierung sowie die Ausbuchung der Kreditforderungen gegenüber einem assoziierten Unternehmen enthalten.

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge im Konzern stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	2002		2001	
	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge
Auflösung der Vorsorge für das Immobilienfondsgeschäft				249
Restrukturierungsvorsorge	112 ²⁾	12	463 ¹⁾	128
Auflösung Rückstellung für Immobilienfonds (LPFV)				716
Sonstige			2	
Insgesamt	112²⁾	12	465¹⁾	1.093

¹⁾ davon 17 Mio. € bereits im Geschäftsjahr als laufender Aufwand erfasst

²⁾ davon 42 Mio. € bereits im Geschäftsjahr als laufender Aufwand erfasst

ANHANG

30 Ertragsteuern im Konzern

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin besteht aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die keinem dieser Organkreise angehören. Die Organträger, Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin, sind zu 75,01% über eine atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft an der Landesbank miteinander verbunden.

Das steuerliche Einkommen der Landesbank Berlin wird zu 75,01% der Bankgesellschaft Berlin zugerechnet und von ihr versteuert, während der Gewerbeertrag in der Landesbank Berlin endgültig der Gewerbesteuer unterliegt. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die inländischen Muttergesellschaften, überwiegend die Bankgesellschaft Berlin AG, fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteuern im Konzern entwickelten sich wie folgt:

in Mio. €	2002	2001
Tatsächliche Steuern	69	55
Latente Steuern	14	-2
Insgesamt	83	53

Die latenten Steuern betreffen ausschließlich Auflösungen von Steuerabgrenzungen aus Vorjahren, die aufgrund zeitlicher Unterschiede von handels- und steuerrechtlichem Ergebnis im Konzernabschluss vorzunehmen sind. In den Einzelabschlüssen sind weder Aufwendungen noch Erträge aus latenten Steuern enthalten.

Die Überleitung vom rechnerischen zum ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern wird wie folgt dargestellt:

in Mio. €	2002	2001
Ergebnis vor Ertragsteuern	-606	-59
Anzuwendender Satz ¹⁾	39%	39%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand		
Steuereffekte		
phasenfremder Steueraufwand	30	5
ausländische nicht anrechenbare Quellensteuer	8	2
inländischer laufender Steueraufwand	12	4
Nachsteuer gemäß § 37 Abs. 3 KStG	3	
ausländische Einkünfte	16	47
latente Steuern	14	-5
Ausgewiesene Ertragsteuern	83	53

¹⁾ Der als Grundlage für die Überleitungsrechnung verwendete Ertragsteuersatz setzt sich aus 17% Gewerbesteuer und dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 25% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag für thesaurierte Gewinne, bezogen auf das Ergebnis nach Gewerbesteuern zusammen.

Der inländische laufende Steueraufwand betrifft Konzernunternehmen ohne Ergebnisabführungsvertrag. Die Steuereffekte aus ausländischen Einkünften betreffen Ertragsteuern der ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen, deren positive Ergebnisse nicht mit inländischen Verlusten ausgleichsfähig sind.

31 Steuerabgrenzungen im Konzern

Die in Vorjahren gemäß § 306 HGB vorgenommene aktive Steuerabgrenzung ist entsprechend dem Grad der Erfolgsrealisierung im Konzernabschluss mit 13 (i.V.: 5) Mio. € verbraucht worden. Zuführungen waren nicht vorzunehmen (i.V.: 7 Mio. €). Der Gesamtbetrag von 8 (i.V.: 22 Mio. €) wird in der Konzernbilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Kapitalflussrechnung

32 Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel der Bank, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) ergänzt durch den bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2-10 (DRS 2-10).

Die Zuordnung der Zahlungsströme zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Betriebsergebnisses. Der Cash Flow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen bzw. Sachanlagen. In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden ausschließlich die Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern berücksichtigt.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst die Bilanzpositionen Barreserve (1.395 Mio. €) sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (48 Mio. €). Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten beinhaltet Bewertungsergebnisse aus Handelsgeschäften, die Veränderungen bei den latenten Steuern, Abschreibungen und Veräußerungsergebnisse auf immaterielle Vermögenswerte sowie das Bewertungsergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Aus der Erstkonsolidierung der IBI Real Estate-Immobilien und Beteiligungen International GmbH ergab sich ein Mittelzufluss in Höhe von 2 Mio. €, der aus einer im Geschäftsjahr durchgeführten Kapitalerhöhung resultierte.

ANHANG

Durch diese Konsolidierungsmaßnahmen haben sich die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss wie folgt verändert:

in Mio. €	Zugänge	Abgänge
	2002	2002
Aktiva		
Zahlungsmittelbestand		17
Forderungen an Kreditinstitute		113
Forderungen an Kunden		3
Wertpapiere		
Andere operative Aktiva	99	182
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		140
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Andere operative Passiva	38	97

Liquiditätsunwirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

Kapitalflussrechnung des Konzerns

in Mio. €	31.12.2002	31.12.2001
Jahresüberschuss	- 699	- 112
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	1.275	1.070
Veränderungen der Rückstellungen	- 475	- 635
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	- 83	74
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen		
Sonstige Anpassungen (per saldo)	- 1.845	- 2.724
Zwischensumme	- 1.827	- 2.327
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen		
an Kreditinstitute	2.659	4.585
an Kunden	9.205	3.195
Wertpapiere des Handels- und Liquiditätsbestands	950	3.615
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 763	5.247
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	- 4.337	- 5.081
gegenüber Kunden	- 5.076	- 208
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 2.840	- 10.696
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 268	- 1.028
Erhaltene Zinsen und Dividenden	8.330	11.130
Gezahlte Zinsen	- 6.550	- 9.007
Außerordentliche Auszahlungen	- 110	- 34
Ertragsteuerzahlungen	108	136
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 519	- 473
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	1.998	2.429
Sachanlagen	29	79
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	- 1.337	- 2.958
Sachanlagen	- 66	- 433
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen		
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen		- 35
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	- 21	17
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	603	- 901
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen ¹⁾		2.047
Dividendenzahlungen		
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	- 91	- 59
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 91	1.988
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.453	840
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 519	- 473
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	603	- 901
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 91	1.988
Wechselkursbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	- 5	- 1
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.441	1.453

¹⁾ inklusive Anteile Dritter BerlinHyp (47 Mio. €)
Hinweis: „+“ = Mittelzufluss/„-“ = Mittelabfluss

ANHANG

Segmentberichterstattung

33 Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern

Die Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) zur Segmentberichterstattung sowie Nr.5-10 (DRS 3-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Gemäß unserer veränderten Strategie, dem damit verbundenen Rückzug aus bestimmten Märkten und den darauf hin neu ausgerichteten Managementstrukturen haben wir die Segmentrechnung des Konzerns neu gegliedert; die Vergangenheitswerte haben wir angepasst.

- **Private Kunden** (unverändert)
Geschäft mit Privatkunden der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse und der Berliner Bank.
- **Firmenkunden** jetzt inkl. dem früheren Segment Öffentliche Hand
Geschäft mit kleinen und mittleren Firmenkunden sowie mit der Öffentlichen Hand der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse und Berliner Bank in Deutschland, überwiegend im Großraum Berlin.
- **Immobilienfinanzierung** (unverändert)
Großes gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft der Landesbank Berlin, Bankgesellschaft Berlin AG/Berliner Bank und Berlin Hyp sowie mit Privat- und Firmenkunden, sofern größeres Immobiliengeschäft die wesentliche Geschäftsverbindung darstellt.
- **Kapitalmarktgeschäft** jetzt inkl. dem früheren Segment Großkunden/Ausland
Alle Handelsgeschäfte der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der ausländischen Gesellschaften sowie deren Geschäft mit großen und internationalen Corporates und kommerzielles Auslandsgeschäft.
- **Corporate Investments** (neu)
Hier fassen wir die Ergebnisse der ALLBANK, Weberbank, Zivnostenská banka und BG Polska zusammen. Diese Institute gehören nach der neuen Strategie nicht mehr zum Kerngeschäft des Konzerns.
- **Immobilienleistungen** (unverändert)
Alle Aktivitäten der IBAG, IBG und LPFV.
- **Fördergeschäft** (unverändert)
Hier wird ausschließlich das Geschäft der Investitionsbank Berlin dargestellt.
- **Sonstiges/Konsolidierung** (neu)
Hier erfassen wir die nicht auf andere Segmente zurechenbaren Kosten und Personalkapazitäten der Konzernsteuerung- und Servicefunktionen (Vorjahr: Corporate Center) bzw. andere geringfügige Ergebnisteile sowie die Volumina und Erfolge des Bilanzstrukturmanagements (Vorjahr: Zinsmanagement) und die Konsolidierungsposten im Konzern.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftsfeld erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Für die kundenorientierten Geschäftsfelder erfolgt die Zuordnung gemäß des Vertriebsauftrags der Organisationseinheiten. Die Verrechnung der zentralen Stabskosten erfolgt entsprechend der Dienstleistungen, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt. Bei allen Kostenverrechnungen im Konzern zwischen den Gesellschaften bzw. den Segmenten verwenden wir Ist-Kosten-Ansätze für die jeweils erbrachte Leistung.

Um die Aussagekraft der Segment-Kennzahlen weiter zu verbessern, wurde 2002 die Margenberechnung für zinslos gestellte Kundenforderungen und Wertberichtigungsbestände vereinheitlicht. Als Resultat hat die Höhe bzw. Veränderung dieser Bestände keinen Einfluss mehr auf die Zinsergebnisse der kundenorientierten Geschäftsfelder. Weiterhin werden diese Bestände im jeweiligen Segment gebucht, so dass die Ermittlung der Segmentvermögen, -verbindlichkeiten und -risikopositionen methodisch unverändert blieb.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (Netto). Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten.

Die Risikopositionen sind die Risikoaktiva und Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG auf Ebene des jeweiligen Segments. Entsprechend dieser Risikopositionen statten wir die Segmente mit Kernkapital aus und berechnen einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Wir wenden dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspräche. Entsprechend der Struktur der durchschnittlichen Kernkapitalbindung verteilen wir das bilanzielle Kapital auf die Segmente, dieses bildet anschließend die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität - berechnet für das Segmentergebnis vor Steuern. Diese von zahlreichen Banken ähnlich durchgeführte Methode der Renditeberechnung wenden wir erstmals zum Jahresabschluss 2002 an, die Vergangenheitswerte wurden bei den Zeitvergleichen angepasst.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) per Stichtag ausgewiesen. Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe Erträge ermittelt.

ANHANG

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern

Ist per 31.12.2002/Ist per 31.12.2001

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden ¹⁾		Kapitalmarktgeschäft ¹⁾		Immobilienfinanzierung	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Zinsüberschuss	501	535	176	209	548	456	281	354
Provisionsüberschuss	224	243	36	43	20	37	9	18
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften				-2	-24	32		
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen	9	-4		1	26	19	-8	7
Summe Erträge	734	774	212	251	570	544	282	379
Personalaufwand	231	270	79	91	83	111	55	60
Andere Verwaltungsaufwendungen	421	492	67	81	138	148	42	52
Normalabschreibungen	8	5	1		2	2	2	3
Verwaltungsaufwand	660	767	147	172	223	261	99	115
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	74	7	65	79	347	283	183	264
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	61	52	57	97	79	289	473
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve					16	41		
Veränderung der § 340f HGB-Reserve								
Risikovorsorge	93	61	52	57	113	120	289	473
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	-19	-54	13	22	234	163	-106	-209
Ergebnis aus Finanzanlagen	-5		-6		-3			-2
Saldo der übrigen Positionen		-1	-6	-1		-12	-13	11
Ergebnis vor Steuern	-24	-55	1	21	231	151	-119	-200
Segmentvermögen	6.058	6.460	16.974	17.636	104.086	120.038	28.820	31.249
Segmentverbindlichkeiten	14.630	15.953	3.854	4.185	123.758	136.894	1.846	3.072
Risikopositionen	5.365	5.236	6.420	7.345	27.705	37.328	12.925	21.688
Bilanzielles Eigenkapital (Durchschnitt)	266	225	347	313	1.622	1.683	685	872
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.980	4.440	1.131	1.307	609	773	652	728
Eigenkapitalrentabilität (bezogen auf das Ergebnis vor Steuern)	-9,0%	-24,4%	0,3%	6,7%	14,2%	9,0%	-17,4%	-22,9%
Cost-Income-Ratio	89,9%	99,1%	69,3%	68,5%	39,1%	48,0%	35,1%	30,3%

¹⁾ Firmenkunden inkl. Öffentliche Hand; Kapitalmarktgeschäft inkl. Großkunden/Ausland

²⁾ IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden in den sonstigen Aufwendungen bzw. im Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

Immobilienleistungen ²⁾		Corporate Investments		Fördergeschäft		Sonstiges/Konsolidierung		KONZERN	
2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001
-14	12	220	221	160	156	-166	-67	1.706	1.876
		29	25	27	33	-3	-13	342	386
		7	6			-7	-142	-24	-106
19	-124	6	6		-51	-47	-51	5	-197
5	-112	262	258	187	138	-223	-273	2.029	1.959
62	89	91	88	53	52	199	223	853	984
		81	88	34	37	-193	-202	590	696
		16	17	16	14	58	107	103	148
62	89	188	193	103	103	64	128	1.546	1.828
-57	-201	74	65	84	35	-287	-401	483	131
		41	29	39	28	6	11	617	738
		2	-9	-4	-5	-100	-2	-86	25
		1	2	-26				-25	2
		44	22	9	23	-94	9	506	765
-57	-201	30	43	75	12	-193	-410	-23	-634
-1	-356	-1		-66		-367	359	-449	1
-4	656	-7	-13	-8		-106	-66	-144	574
-62	99	22	30	1	12	-666	-117	-616	-59
2.219	3.181	9.550	10.607	19.513	20.056	-12.416	-20.064	174.804	189.163
2.219	3.181	9.550	10.607	19.513	20.056	-566	-4.785	174.804	189.163
		5.639	5.688	4.392	4.508	8.378	7.740	70.824	89.533
462	218	286	232	414	347	331	307	4.413	4.197
1.057	1.559	1.932	2.022	751	780	2.863	3.367	12.975	14.976
-13,4%	45,4%	7,7%	12,9%	0,2%	3,5%			-14,0%	-1,4%
		71,8%	74,8%	55,1%	74,6%			76,2%	93,3%

ANHANG

Sonstige Angaben

34 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die Patronate für die in der Liste über den Anteilsbesitz (Anlage 1 zum Anhang) entsprechend gekennzeichneten Gesellschaften endete mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 7. bzw. 28. März 2003. Für die bis zur Veröffentlichung eingegangenen Verpflichtungen bestehen die Patronate fort.

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin – Girozentrale – und die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der drei Teilbanken vor. Darüber hinaus bieten die Bankgesellschaft Berlin bzw., soweit die IBG betroffen ist, Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin und BerlinHyp gemeinsam, dem Land Berlin für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Detailvereinbarung unwiderruflich an, die von ihnen jeweils gehaltenen Anteile an der IBAG und/oder IBG und/oder der LPFV an das Land zu dann festzulegenden Konditionen zu verkaufen und abzutreten.

Die Landesbank Berlin hat im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach dieser Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2002 sind der Bank Erklärungen zur Kenntnis gelangt, nach denen sich die LBB 1994 auf unbestimmte Zeit zum Rückerwerb von Aktien der Weberbank gegenüber den persönlich haftenden Gesellschaftern verpflichtet hat. Es handelt sich hierbei um ein unechtes Pensionsgeschäft nach § 340b HGB; die sich ergebende Rücknahmeverpflichtung in Höhe von derzeit 14,8 Mio. € ist unter der Bilanz ausgewiesen.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger. Wegen der Beteiligung an der Weberbank Privatbankiers KGaA wurde eine Freistellungserklärung gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken abgegeben. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 17 (i.V.: 33) Mio. €.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG und andere Konzerngesellschaften ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 65 Mio. €.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH und der Siemens Business Services Management GmbH hat die Bank für die Jahre 2003 bis 2006 Mindestabnahmemengen in Höhe von 39 bis 33 Mio. € (FinanzIT, jährlich abnehmend) und 33 bis 34 Mio. € (SBSM ansteigend) vereinbart.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2002 in Höhe von 11,2 (i.V.: 12,1) Mrd. €, davon innerhalb eines Jahres fällig: 0,5 (i.V.: 0,5) Mrd. €. Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Einzahlungsverpflichtungen aus noch nicht voll eingezahlten Anteilen bestehen bei einigen Gesellschaften in Höhe von 3 (i.V.: 3,5) Mio. €. Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 33 (i.V.: 47) Mio. €, davon aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank in Höhe von 14 (i.V.: 14) Mio. €.

Bei 21 (i.V.: 22) geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtung gliedert sich hinsichtlich des Nominalvolumens wie folgt:

in Mio. €	ab Jahr	Volumen	
		2002	2001
Bankgesellschaft Berlin AG	2019	83	83
Landesbank Berlin – Girozentrale –	2019	101	101
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2008	31	88
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2019	2.522 ¹⁾	3.100
Insgesamt		2.737	3.372

¹⁾ Rücknahmewerte nach 30 Jahren (zu 100, 115 bzw. 120%): 2.901 Mio. €

ANHANG

35 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Im Jahresdurchschnitt waren im Konzern Bankgesellschaft Berlin tätig:

	AG		Konzern	
	2002	2001	2002	2001
im Bankgeschäft				
Vollzeitbeschäftigte	3.247	3.496	11.276	12.367
Teilzeitkräfte	527	537	2.155	2.104
Auszubildende	112	140	392	474
	3.886	4.173	13.823	14.945
im Immobiliendienstleistungsgeschäft¹⁾				
Vollzeitbeschäftigte			1.135	1.598
Teilzeitkräfte				179
Auszubildende			46	54
			1.181	1.831
Insgesamt	3.886	4.173	15.004	16.776

¹⁾ IBG, LPFV, IBAG

36 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in T€	2002	2001
Gesamtbezüge des Vorstands	4.527	4.536
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	167	186
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	4.090	3.259
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	49.494	41.655

Die vorgenannten Bezüge des Vorstands entsprechen den festen Bezügen. Erfolgsabhängige Bezüge wurden im Jahr 2002 nicht gezahlt.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in T€	2002	2001
an Mitglieder des Vorstands	63	156
an Mitglieder des Aufsichtsrats	204	195

37 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 bzw. 4 zum Anhang dargestellt.

38 Angaben über derivative Geschäfte

38.1 AG

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31. Dezember 2002	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wiederbe- schaffungs- kosten ¹⁾
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
in Mio. €					
Zinsbezogene Geschäfte	189.771	234.644	189.578	613.993	14.262
Börsengehandelte Produkte	3.629	33	2.000	5.662	
Zinsfutures	3.629	33	2.000	5.662	
Zinsoptionen					
OTC-Produkte	186.142	234.611	187.578	608.331	14.262
Zinsswaps	147.789	175.460	125.305	448.554	12.733
FRAs	15.198	336		15.534	29
Swaptions		23.007	50.224	73.231	1.082
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe					
sonstige Zinskontrakte	23.155	35.808	12.049	71.012	418
Währungsbezogene Geschäfte	21.314	3.593	4.795	29.702	762
Börsengehandelte Produkte					
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	21.314	3.593	4.795	29.702	762
Devisentermingeschäfte	15.657	506		16.163	408
Cross-Currency-Swaps	5.519	3.053	4.795	13.367	350
Devisenoptionen, Käufe	69	17		86	4
Devisenoptionen, Verkäufe	69	17		86	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	3.864	1.635	93	5.592	282
Börsengehandelte Produkte	1.543	156		1.699	37
Aktien-/Indexfutures	1.183			1.183	5
Aktien-/Indexoptionen	360	156		516	32
OTC-Produkte	2.321	1.479	93	3.893	245
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	1.461	794	2	2.257	245
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	307	685	91	1.083	
Sonstige preisrisikobehaftete Geschäfte	553			553	
Kreditderivate	905	3.418	4.304	8.627	81
Insgesamt	215.854	243.290	198.770	657.914	15.387

¹⁾ Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

ANHANG

Das angegebene Kontrahentenausfallrisiko wird durch die Wiederbeschaffungskosten im Falle des Kontrahentenausfalls beziffert. Die Wiederbeschaffungskosten sind die Summe aller positiven Marktwerte der derivativen Geschäfte. Eine Aufrechnung mit negativen Marktwerten findet nicht statt.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten	31.12.2002	31.12.2001
in Mio. €		
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	796	916
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	427	403
Insgesamt	1.223	1.319

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt. Hierbei ist das Kontrahentennetting berücksichtigt.

38.2 Konzern

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31. Dezember 2002	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wiederbe- schaffungs- kosten ¹⁾
	in Mio. €	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	194.541	249.048	198.061	641.650	14.455
Börsengehandelte Produkte	3.886	33	2.000	5.919	
Zinsfutures	3.886	33	2.000	5.919	
Zinsoptionen					
OTC-Produkte	190.655	249.015	196.061	635.731	14.455
Zinsswaps	151.910	188.773	133.507	474.190	12.925
FRAs	15.307	336		15.643	29
Swaptions	51	23.416	50.275	73.742	1.082
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe					
sonstige Zinskontrakte	23.387	36.490	12.279	72.156	419
Währungsbezogene Geschäfte	25.333	4.500	5.821	35.654	928
Börsengehandelte Produkte					
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	25.333	4.500	5.821	35.654	928
Devisentermingeschäfte	17.217	506		17.723	440
Cross-Currency-Swaps	7.977	3.957	5.821	17.755	484
Devisenoptionen, Käufe	70	20		90	4
Devisenoptionen, Verkäufe	69	17		86	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	3.882	1.636	93	5.611	283
Börsengehandelte Produkte	1.561	157		1.718	38
Aktien-/Indexfutures	1.183			1.183	5
Aktien-/Indexoptionen	378	157		535	33
OTC-Produkte	2.321	1.479	93	3.893	245
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	1.461	794	2	2.257	245
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	307	685	91	1.083	
sonstige preisrisikobehaftete Geschäfte	553			553	
Kreditderivate	905	3.419	4.304	8.628	81
Insgesamt	224.661	258.603	208.279	691.543	15.747

¹⁾ Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

ANHANG

Der Nominalbetrag wurde im Rahmen der veränderten Handelsstrategie im Konzern um rund 22 % (AG: 23 %) reduziert.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten	31.12.2002	31.12.2001
in Mio. €		
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	910	1.089
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	493	403
Insgesamt	1.403	1.492

Die derivativen Geschäfte sind – insbesondere im währungs- und im aktien-/indexbezogenen Geschäft – im Wesentlichen dem Handelsbestand zuzuordnen. Sowohl Eigenhandelsstrategien als auch die unverändert große Nachfrage unserer Kunden nach strukturierten Finanzierungen prägen den Handel mit derivativen Geschäften. Dabei entfällt ein großer Anteil auch auf die Deckung der sich ergebenden Zins-, Währungs- und Marktpreisschwankungen. Darüber hinaus werden derivative Geschäfte auch im Aktiv-Passiv-Management zur Steuerung der Zinsrisiken im Anlagebuch eingesetzt.

39 Deckungsrechnung des Konzerns

Für die im Umlauf befindlichen Emissionen der Landesbank Berlin sowie der Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG werden jeweils getrennte Deckungsregister geführt.

Die Deckungsrechnung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

in Mio. €	2002	2001
Pfandbriefe im Umlauf	16.137	16.287
Deckungswerte		
Hypothekendarlehen und andere Darlehen	17.796	17.801
Deckungsüberhang	1.659	1.514
Kommunalschuldverschreibungen		
Öffentliche Pfandbriefe im Umlauf	37.313	35.838
Gedekte Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf		
Deckungswerte		
Wertpapiere von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten	3.886	1.334
Kommunaldarlehen und andere Darlehen	36.083	36.516
Deckungsüberhang	2.656	2.012

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin Hyp und ALLBANK) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

Berlin, 30. März 2005

Der Vorstand

Vetter	Demolière	Dr. Evers	Kruschinski
Pawlowski	Piel	Dr. Veit	

VERZEICHNIS DES ANTEILSBESITZES

(§§ 285 Nr.11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr.2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin						
Konsolidierte Tochterunternehmen						
Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover	(P)	99,8	99,8	156.216	315	
ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	98.813	7.001	
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ¹⁾ (vormals BANKENSERVICE GmbH Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin)	¹¹⁾	100,0	100,0	6.394	4.349	
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin ²⁾	(P)	100,0	100,0	143.234	9.219	
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau ¹²⁾	(P)	100,0	100,0	57.900	1.143	
Bankgesellschaft Berlin (UK) plc, London	(P)	100,0	100,0	211.031	6.724	
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxembourg	(P)	100,0	100,0	202.568	10.113	
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	¹¹⁾	100,0	100,0	1.981	1.954	
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	18.603	4)	
Bavaria Projektentwicklung GmbH – Bau-, Sanierungs-, Stadtentwicklungsprojekte –, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	– 2.459	– 712	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	¹¹⁾	100,0	100,0	3.068	4)	
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin/Hannover	(P)	89,7	89,7	564.113	– 80.333	
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin ²⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	4.154	353	
BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft beschränkt haftende oHG, Berlin		90,0	90,0	234	98	
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main ¹⁾		99,0	99,0	10.736	4)	
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin ⁹⁾		100,0	100,0	135.018	4)	
IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Berlin ⁷⁾		100,0	100,0	2.175	179	
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	511	4)	
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ²⁾		100,0	100,0	15.591	– 19.546	
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	(P)	atyp. stille Beteiligung	atyp. stille Beteiligung	2.313.424	44.277	
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	5.113	4)	
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin		100,0	100,0	2.045	1.761	
Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin ¹⁾	(P)	95,0	95,0	191.520	13.520	
Zivnostenská banka, a.s., Prag ¹³⁾	¹⁰⁾	85,2	85,2	86.459	3.155	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen						
ABT No. 2 Ltd., London ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	97	23	31.12.2001
ABT No. 3 Ltd., London ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	451	35	31.12.2001
ACEMEWS SERVICES Ltd., London ¹⁾		100,0	100,0			31.12.2001
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	254	4)	31.12.2001
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds –, Berlin ¹⁾		99,0	99,0	– 284	– 250	31.12.2001

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
ATIRA Immobilien- Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	125	³⁾	
Babefi-Holding GmbH, Berlin		100,0	100,0	72	-2	31.12.2001
Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-501	-355	31.12.2001
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH i. L., Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.300	⁴⁾	31.12.2001
Bavaria Emden GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	-22	-1	31.12.2001
Bavaria Emden Verwaltungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	34	1	31.12.2001
Bavaria Gewerbe GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Drei Holland –, Berlin ¹⁾		99,9	99,9	21.000	-397	31.12.2000
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH i.L., Berlin ¹⁾		100,0	100,0	256	⁴⁾	31.12.2001
Bavaria KLS Wohnbauten GmbH, Berlin ¹⁾		65,0	65,0	-2.214	-1.568	31.12.2001
Bavaria Projektentwicklung GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
Bavaria Vertriebs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
Bavaria Wohnungsbau GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
BB Aval Gesellschaft für Außenhandelsfinanzierungen mbH, Berlin	(P)	100,0	100,0	-20.658	-12.377	31.12.2001
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	¹¹⁾	100,0	100,0	51	⁴⁾	31.12.2001
BB-Haus der Deutschen Wirtschaft GmbH, Moskau ^{1), 16)}		98,0	98,0	3.690	2.617	31.12.2001
BB-Hausverwaltung GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	26	⁴⁾	31.12.2001
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin		100,0	100,0	300	⁴⁾	31.12.2001
BB-Leasing GmbH, Berlin	(P)	100,0	100,0	4.914	3.380	31.12.2001
BB-Lincoln Inc., Wilmington, Delaware ¹⁾		90,0	90,0	k. A.	k. A.	
BB-Miete GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	51	⁴⁾	31.12.2001
BB Privat Immobilien GmbH, Berlin		100,0	100,0	1.206		31.12.2001
BCA Hotels GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.622	433	31.12.2001
BEGOHA-Verwaltungsgemeinschaft GbR der Bankgesellschaft Berlin AG, der Metro Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG und der Gothaer Lebensversicherung AG, Berlin		65,3	65,3	366	-76	31.12.2001
Berlin Capital Fund Asset Management GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	50	³⁾	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin ²⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	51.137	-983	31.12.2001
Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	28.821	973	31.12.2001
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	26	⁴⁾	31.12.2001
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	250	⁴⁾	31.12.2001
Berlin Revalue Fund GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	500	³⁾	
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	8.000	⁴⁾	31.12.2001
BG Property (Dublin) Limited, Dublin ¹⁾		100,0	100,0	-92	41	31.12.2001
BGB Reinsurance Ltd., Dublin		100,0	100,0	3.515	1.368	31.12.2001
BGB US Real Estate, Inc. i.L., Wilmington ¹⁾		100,0	100,0	28	-74	31.12.2001
BILDUNGS-AKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin		100,0	100,0	236	⁴⁾	31.12.2001
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking ¹⁾	¹¹⁾	100,0	71,4	-12.203	948	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	¹¹⁾	100,0	100,0	26	⁴⁾	31.12.2001

VERZEICHNIS DES ANTEILSBESITZES

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11 a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		62,6	62,6	15	1	31.12.2001
con Finanz GmbH Gesellschaft für Beratung und Vermittlung von Finanzdienstleistungen, Hannover ¹⁾		100,0	100,0	26	1	31.12.2001
Crown Court Furniture London Ltd., London ^{1), 14)}	¹¹⁾	100,0	100,0	12	146	31.12.2001
Crown Court Property London Ltd., London ^{1), 14)}	¹¹⁾	100,0	100,0	17.310	255	31.12.2001
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ¹⁾	¹¹⁾	100,0	50,0	-2.944	48	
DELTA Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin ¹⁾		61,0	61,0	-3.486	8.372	31.01.2000
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ²⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	103	⁴⁾	31.12.2001
Erschließungsgesellschaft bR ARGE Landsberger Tor mit Haftungsbeschränkung (ELT), Berlin ¹⁾		81,4	81,4	k. A.	k. A.	
EuroSpeedway Lausitz Beteiligungs-GmbH, Klettwitz ¹⁾		100,0	100,0	12	-2	31.12.2001
FdA Finanzberatungs-Service GmbH der ALLBANK, Hannover ¹⁾		100,0	100,0	51	⁴⁾	31.12.2001
Fördergesellschaft der Weberbank gemeinnützige GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	2.762	51	
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/ Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	1.023		31.12.2001
GbR Potsdam Waldstadt, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	2.283	6	31.12.2000
Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH, Lübeck ¹⁾		55,4	55,4	1.190	226	31.12.2001
Gesellschaft mit beschränkter Haftung LBB Seed Capital/ Karte Foundation, Wladimir ^{1), 16)}		99,8	99,8	150	1	
Gewerbesiedlungs-Gesellschaft mbH, Berlin ^{1), 6)}		95,0	95,0	125.326	3.051	31.12.2001
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin ⁴⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	5.624	⁴⁾	31.12.2001
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main ²⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	722	⁴⁾	31.12.2001
Grundstücksgesellschaft Lockkoppel Eins GbR, Nürnberg ¹⁾		67,0	67,0	-137	251	31.12.2001
Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft Wegelystraße mbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	19	-4	31.12.2001
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH, Lübeck ¹⁾		100,0	100,0	26	⁴⁾	31.12.2000
H.A.D.R.I.A.N. Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin ⁸⁾		100,0	100,0	22	-3	31.12.2001
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, München ¹⁾		78,1	78,1	2.334	5	31.12.2001
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	7.833	906	
HaWe Immobilien GmbH & Co. Holzhauser Straße KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	4.150	180	
HaWe Immobilien GmbH & Co. Spreeschanze KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	9.412	7	
HaWe Immobilien GmbH & Co. Zitadellenweg KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.178	-122	
HaWe Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	49	5	
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	6.136	⁴⁾	
Hohenzollernring 38-40 Liegenschaften GmbH i. L., Berlin ¹⁾		100,0	100,0	152		31.12.2001
Hotel Alleestraße Betriebsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	26	1	31.12.2001
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	15.523	-2.017	31.12.2001
IBB-Holding für Immobilienbeteiligungen GmbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	216.193	-261	31.12.2001
IBB-Holding für Industriebeteiligungen GmbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	-10.275	-20.523	31.12.2001
IBI Real Estate – Management GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
IBV-Immobilienfonds International 1 USA, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
IBV-Immobilienfonds International 2 USA, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
IDBG-Immobilien Dienstleistungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	487	1	31.12.2001
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.816	4)	31.12.2000
Immobilien-Gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-37.532	-3.737	31.12.2000
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München ¹⁾	11)	100,0	50,0	-2.926	99	
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ¹⁾ , 6)		52,5	52,5	1	-49	31.12.2001
„KB Kyritz“ Grundbesitz GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-13	-2	31.12.2001
KPM Grundstücks-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾ , 6)		100,0	100,0	84	57	31.12.2001
KPM Königliche Porzellan-Manufaktur GmbH, Berlin ¹⁾ , 6)		100,0	100,0	5.818	-1.802	31.12.2001
Lausitzring Betriebs- und Managementgesellschaft mbH i. L., Klettwitz ¹⁾		100,0	100,0	392	334	31.12.2001
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH i.L., Klettwitz ¹⁾		60,0	60,0	13	-6	31.12.2001
Lausitzring GmbH & Co. KG i.L., Klettwitz ¹⁾		70,0	70,0	-23.278	-9.504	31.12.2001
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	511	4)	31.12.2001
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen & Co. Pablo-Picasso-Straße KG i.L., Berlin ¹⁾		100,0	100,0	21	-2.451	31.12.2000
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin ¹⁾	11)	100,0	100,0	256	4)	31.12.2001
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		62,5	62,5	-178	-272	31.12.2001
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam ¹⁾		100,0	100,0	511	4)	31.12.2001
LBB Kommunal-Betriebsführungsgesellschaft mbH, Potsdam ¹⁾		100,0	100,0	-390	-14	31.12.2001
LBB Landesbank Berlin Finance Curacao N.V. i. L., Curacao ¹⁾	11)	100,0	100,0	3.442	2.892	31.12.2001
LdA LEASING GMBH DER ALLBANK, Hannover ¹⁾	11)	100,0	100,0	51	4)	31.12.2001
Lenscare AG, Kiel ¹⁾		53,5	53,5	731	-352	31.12.2001
LfA Leasing für Automobile GmbH, Hannover ⁵⁾		100,0	100,0	26	4)	31.12.2001
LHGS Grundstücksentwicklungs Beteiligungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-56	-4	31.12.2001
LHGS Grundstücksentwicklungs GmbH & Co. KG Nennhauser Damm, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.850	30	31.12.2001
Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0		-1.576	31.12.2001
MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ¹⁾	(P)	99,0	19,0	-77	7	31.12.2001
Nordversicherungsdienst Versicherungs-Vermittlungs- gesellschaft mbH, Hannover ¹⁾		100,0	100,0	26	4)	31.12.2001
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Vier Holland –, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	4	-46	31.12.2000
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Frankfurt, Niddastraße KG, Berlin ¹⁾		57,0	57,0	-1.254	-1.304	31.12.2001
Okeanos GmbH & Co. „Hotel am Lausitzring“ KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	10	-16	31.12.2000
Okeanos GmbH & Co. Objekt Autohof Thiendorf KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	10	-15	31.12.2001
Okeanos GmbH & Co. Objekt Berlin-Friedrichshain, Pufendorfstraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	25	-1	31.12.2000
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin, Eldenaer Straße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	13	-174	31.12.2000
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bürogebäude Berlin-Steglitz; Quartier McNair KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	50		31.12.2000

VERZEICHNIS DES ANTEILSBESITZES

(§§ 285 Nr.11, 313 Abs. 2, 340 a Abs. 4 Nr.2 HGB, einschließlich der Angaben gemäss § 285 Nr. 11 a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erfurt, Martinsgasse KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	4	-21	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Hannover, Spielhagenstraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	49	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lübeck-Kino KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	24	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lüneburg-Kaltenmoor KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-420	-470	31.12.2000
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Mainz – Pflegeheim KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	24	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Mannheim-Neckarau, Rhenaniastraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	49	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt München, Bayerstraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	49	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Quartier McNair, Nahversorgungszentrum KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	46	-3	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Schweinfurt – Pflegeheim KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	22	-4	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	81	22	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Paris-Roissy, Dorint-Hotel KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	50		31.12.2000
public consult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-1.450	-1.411	31.12.2001
REBA Beteiligungs GmbH & Co. Projektentwicklungs- und Verwaltungs KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-406	-330	31.12.2001
REBA Beteiligungs- und Projektentwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	36	12	31.12.2001
SenioRent GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25	³⁾	
SOMAG Soziale Wohnheimmanagement und Betreuungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	153	1	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	50	0	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Dreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	48	-2	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Einunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-476	-526	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Fünfunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		100,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Neunundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	41	-9	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-170	-220	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	7	-43	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Vierunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-1.638	-1.688	31.12.2000
Thesaurus I Immobilien Development GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	744	-12	31.12.2001
Thesaurus VI Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	21	1	31.12.2001
Thesaurus X Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	20	-13	31.12.2001
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alte Messe Leipzig Halle Elf KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	40	-6	31.12.2001
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alte Messe Leipzig Halle Zwölf KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	36	-13	31.12.2001

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin Adlershof KG, Berlin ¹⁾		99,9	99,9	-917	-349	31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Kohlrauzirkus Leipzig Mitte KG, Berlin ¹⁾		98,0	98,0	25	1	31.12.2001
Trans-Innova Kurze Straße 2 GbR, Berlin ¹⁾		95,0	95,0	653	-1	31.12.2001
Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe (vormals Erste IBV Universal Immobilien AG), Berlin ¹⁾		100,0	100,0	3.563	40	31.08.2001
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ²⁾		100,0	100,0	2.312	1.050	31.12.2001
VOVI-Beteiligungs AG, Berlin		57,0	57,0	6.800	-213	31.12.2001
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Gielsdorf ¹⁾		100,0	100,0	84	-84	31.12.2001
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Gielsdorf ¹⁾		100,0	100,0	212	-988	31.12.2000
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		75,0	75,0	33	1	30.09.2001
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾		75,0	75,0	-831	-5.503	30.09.2001
Wotan Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	950	253	31.12.2001
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin Verwaltungs-GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	27	1	31.12.2001
ZB-Asset Management, a.s., Prag ^{1), 13)}		100,0	100,0	1.016	-127	31.12.2001
ZB-Trust, investicni spolecnost, a.s., Prag ^{1), 13)}		100,0	100,0	3.994	247	31.12.2001
Zivnostenská Finance B.V., Hoofddorp ¹⁾		100,0	100,0	-3	-8	31.12.2001

Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – bewertet –

Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin ²⁾		50,0	50,0	14.162	3.584	31.12.2001
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin		50,0	50,0	1.138	365	31.12.2001
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ⁹⁾		45,0	45,0	16.563	-1.799	31.12.2001
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin ¹⁾		62,5	50,0	-36.317	-5.058	31.12.2001
LHI Leasing GmbH, München ²⁾		50,0	50,0	54.883	18.491	31.12.2001
LHI Leasing GmbH & Co. Immobilien KG, München ²⁾		45,0	42,9	964	31	31.12.2001

Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – nicht bewertet –

Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		30,0	30,0	k. A.	k. A.	
ARGE Birkenstraße Schönwalde GmbH & Co. Entwicklungs- und Bauträger KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	832	-749	31.12.2001
Athena GmbH & Co. Objekt Bietigheim-Bissingen KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	25		31.12.2000
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-3.218	-3.261	31.12.2000
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Beteiligungsgesellschaft UK Eins, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	47	-2	31.12.2000
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Gießen, Flutgraben KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-87	-138	31.12.2000
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lörrach, Baseler Straße KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-226	-245	31.12.2001
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Stralsund ¹⁾		50,0	50,0	-618	-654	31.12.2001

VERZEICHNIS DES ANTEILSBESITZES

(§§ 285 Nr.11, 313 Abs. 2, 340 a Abs. 4 Nr.2 HGB, einschließlich der Angaben gemäss § 285 Nr. 11 a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG – Immobilienfonds Zwei –, Berlin ¹⁾		47,0	47,0	76	25	31.12.2000
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Basel, Dorint-Hotel KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	13	–30	31.12.2000
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin-Nikolassee Schopenhauerstraße 53/55 KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	29	–12	31.12.2001
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Jahrhunderthalle/Main KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	48	–2	31.12.2001
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	404	247	31.12.2001
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin (vormals Alkmene Beteiligungsgesellschaft mbH) ⁸⁾		45,0	45,0	22	–3	30.06.2001
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover		50,0	50,0	443	–51	31.12.2001
CML Wohnbauten GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	–7.498	–9.380	31.12.2001
CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin		50,0	50,0	702	395	31.12.2001
DEKAGRUND Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		45,0	45,0	–6.506	–89	31.12.2001
Firestone, L.P., Wilmington, Delaware ^{1), 15)}		50,0	50,0	–5.095	–1.019	31.12.2001
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ¹⁾		47,6	47,6	89	86	31.12.2000
Gaia GmbH & Co. Objekt „Altes Hallenbad Heidelberg“ KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	24	–1	31.12.2001
Gaia GmbH & Co. Objekt Chemnitz KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	–323	–1.361	31.12.2000
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	35	–16	31.12.2000
Grand Marc Riverside, L.P., Wilmington, Delaware ^{1), 15)}		50,0	50,0	–1.041	–1.031	31.12.2001
ib-bank-systems GmbH, Potsdam ^{1), 6)}		50,0	50,0	500	³⁾	
Kista Galleria AB, Stockholm ^{1), 17)}		50,0	50,0	11		31.12.2001
Kista Galleria KB, Stockholm ^{1), 17)}		50,0	50,0	95.065	1	31.12.2001
KMB Bauträger GmbH, Hanau ¹⁾		50,0	50,0	26	1	31.12.2001
KMB Bauträger GmbH & Co. Françoisgärten KG, Hanau ¹⁾		50,0	50,0	683	282	31.12.2001
Nockher Bauträger GmbH & Co. Betriebs KG i.L., München ¹⁾		50,0	50,0	43	–731	31.12.2001
Odysseus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Immobilienfonds gamma –, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	24		31.12.2001
Okeanos GmbH & Co Objekt Dietzenbach KG, Berlin ¹⁾		47,0	47,0	13	–88	31.12.2001
Okeanos GmbH & Co. Objekt Kassel Erste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	23	–9	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Fürth, „Am Kavierlein“ KG, Berlin ¹⁾		26,0	26,0	19	–32	31.12.2001
Platte Street, L.P., Wilmington, Delaware ¹⁾		50,0	50,0	2.167	–599	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	–741	–743	31.12.2000
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Groß-Zimmern und Wiesbaden, Narzissenweg KG -, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	897	485	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Prenzlauer Berg KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	–612	–536	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Fachmarktzentrum Schöneweide KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	71	20	31.12.2000
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Freising, Leipzig-Gohlis und Schönau KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	171	867	31.12.2001

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾		40,0	40,0	-3.792	-1.593	31.12.2000
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Landsberger Tor KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	985	1.006	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Steglitz McNair KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-24.160	-7.854	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Cottbus, Töpferstraße 2 KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-155	-100	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Kassel-Wilhelmshöhe, Baunsbergstraße KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	80	276	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Leonberg, Neue Ramtelstraße KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-1.282	-2.504	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Zweite Landsberger Tor KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	234	480	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-746	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-33	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtundsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	48	-3	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	47	-3	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Achtzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-460	-510	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Dreiunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	26	-42	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-28	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	46	-5	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Einundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-29	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Einundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Einundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-29	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Elfte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	35	-4	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Erste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	13	-20	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-115	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-1.594	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Fünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	27	-238	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Neunundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-36	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Neunundsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	k. A.	k. A.	
Thesaurus GmbH & Co. Neunundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	48	-2	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Neunzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-29	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Sechste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	43		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-64	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-24	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechsendvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	56	6	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-732	-782	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Sechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-24	31.12.2001

VERZEICHNIS DES ANTEILSBESITZES

(§§ 285 Nr.11, 313 Abs. 2, 340 a Abs. 4 Nr.2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11 a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	56	6	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Siebte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	18	-14	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-20	-42	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Siebzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	47	-3	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Vierundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-29	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Vierundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	46	-4	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Vierundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	k. A.	1.982	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Zehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	45	-7	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Zwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-37	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-29	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-51	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	45	-5	31.12.2000
Theseus Immobilien Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Röthenbach-Speckschlag KG, Berlin, ¹⁾		49,0	49,0	23		31.12.2001
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Barsinghausen KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	-290	-228	31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Drei KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-285	-159	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Eins KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-213	-125	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Fünf KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-166	-103	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sechs KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-33	-40	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sieben KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-189	-114	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Vier KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-206	-121	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Zwei KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-136	-88	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Duisburg-Hamborn KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	181	177	31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Zentrum Schöneweide KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	51	26	31.12.2000
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	24		31.12.2001
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Rathauspassagen Berlin-Steglitz KG, Berlin ¹⁾		49,5	49,5	262	-399	31.12.2001
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Berlin ^{1), 6)}		37,5	37,5	511		31.12.2001
Wohnpark Klosterhof GmbH, Köln ¹⁾		49,0	49,0	-5.666	-278	31.12.2001
WVS GmbH & Co. Wohnanlage Volkartstraße KG, München ¹⁾		50,0	50,0	100	³⁾	
WVS Verwaltungs GmbH, München ¹⁾		50,0	50,0	25		31.12.2001
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-22	-62	31.12.2001

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.						
Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt am Main ²⁾		25,1	25,1	9.504	4.227	31.12.2001
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ²⁾		25,1	25,1	9.023	2.593	30.09.2001
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ²⁾		24,4	24,4	7.653		31.12.2001
BB-Rentaco-Immobilien GmbH i. L., Berlin ¹⁾		50,0	50,0	520	3	01.07.1999
Berlin Tourismus Marketing GmbH, Berlin ^{1), 6)}		25,0	21,8	236	-20	31.12.2001
„Billwerder Deich“ Grundstücks GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	-715	-117	31.12.2001
„Billwerder Deich“ Grundstücks Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	30	1	31.12.2001
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i. L., Berlin ¹⁾		49,0	49,0	267	-3.177	31.12.2001
ČESKY LEASING, spol. s r.o., Prag ^{1), 13)}		25,0	25,0	5.398	231	30.09.2001
ConCom Beteiligungs- und Management GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	1.076	2	31.12.2001
Cupertino Property LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		20,0	20,0	k. A.	k. A.	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München ¹⁾		100,0	50,0	-231	-32	31.12.2001
dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover ²⁾		20,0	20,0	19.021	-960	31.12.2001
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-1.027	-349	31.12.2001
FILMBOARD Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{1), 6)}		50,0	50,0	60		31.12.2001
Filmkreditreuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L., Berlin ²⁾		40,0	40,0	106	-92	31.12.2001
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	-55	-4	31.12.2000
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt London St. Mark's House KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-784	-833	31.12.2000
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	7	-18	31.12.2000
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ¹⁾		48,5	48,5	-52.808	-10.656	31.12.2000
GBG-Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH, Hamburg		25,0	25,0	-201		30.06.2002
GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Wasserstadt Berlin-Oberhavel mbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-145	-35	31.12.2001
Gegenbauer Gebäudemanagement GmbH, Birkenwerder ¹⁾		49,0	49,0	863	713	31.12.2001
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	-1.769	-245	31.12.2001
Green Line Hotels GmbH, Berlin ^{1), 8)}		40,0	40,0	13	-37	31.12.2001
Grundstücksgesellschaft Lunik-Berlin/Pankow, Berlin ¹⁾		20,0	20,0	-1.410	-72	31.12.2001
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ¹⁾		39,6	20,0	26		31.12.2001
Immobilien Beratungs- und Anlagen GmbH, Potsdam ¹⁾		49,2	49,0	208	142	31.12.2001
insel urlaub rügen Appartement-Vermietung GmbH, Binz ¹⁾		50,0	50,0	-279	55	31.12.2001
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ¹⁾		25,0	14,3	156.772	9.802	31.12.2001
KARUS Beteiligungs GmbH & Co Grundbesitz KG, München ¹⁾		33,0	33,0	26	3	31.12.2001
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	51		31.12.2001
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin ¹⁾		50,0		-4.152	-827	31.12.2001
Long Beach Property, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		20,0	20,0	k. A.	k. A.	
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München		95,0	56,0	25		31.12.2001
NEC Las Colinas, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		20,0	20,0	k. A.	k. A.	

VERZEICHNIS DES ANTEILSBESITZES

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in T€	Ergebnis in T€	vom 31.12.2002 abweichender Jahres- abschluss
New Europe Insurance Ventures Limited Partnership, Edinburgh ¹⁾ , ¹⁵⁾		21,9	21,9	3.098	-430	31.12.2001
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR			50,0			31.12.2001
PEB Capital B. V., Utrecht		42,4	42,4	27.415	-718	31.12.2001
Planungsbüro Schmitz-Aachen GmbH, Aachen ¹⁾		50,0	50,0	433	364	31.12.2001
Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH i.L., Kassel ¹⁾		33,3	33,3	-1.814	-1	31.12.2001
SINTO Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München		100,0	58,8	26	116	31.12.2001
Spree-Kliniken GmbH i. L., Berlin ¹⁾ , ⁸⁾		25,0	25,0	29	-1	07.01.2002
TCC Technologie-Coaching-Center GmbH, Berlin ¹⁾ , ⁶⁾		50,0	50,0	511		31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ¹⁾		27,7	27,7	22.090	-2.578	31.12.2000
Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin, Berlin ¹⁾		49,5	49,5	193	52	31.12.2001
WEBA Beteiligungsgesellschaft mbH, Limburg		40,0	40,0	255	32	31.12.2000
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ¹⁾		49,0	36,3	-2.747	-255	31.12.2001
Wohn- und Bürohaus an der Elbe GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0		-114	31.12.2001
Wohn- und Bürohaus an der Elbe Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	31	1	31.12.2001
Wohnbau- und Planungsgesellschaft Mahlow mbH i. L., Mahlow ¹⁾		45,0	45,0	-5.390	-1.132	31.12.2001

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften

(§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)

CBB Holding AG, Köln		5,2	5,2			
----------------------	--	-----	-----	--	--	--

^(P) Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Bankgesellschaft Berlin AG

¹⁾ Mittelbar gehalten

²⁾ Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

³⁾ Die Gesellschaft wurde in 2002 gegründet

⁴⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

⁵⁾ Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31. Dezember 2002

⁶⁾ Beteiligung der Investitionsbank Berlin – Anstalt der Landesbank Berlin – Girozentrale –

⁷⁾ Die Gesellschaft wurde neu in den Konsolidierungskreis einbezogen

⁸⁾ Rumpfgeschäftsjahr

⁹⁾ Es wurde der Einzelabschluss zugrunde gelegt

¹⁰⁾ Das Patronat endete mit dem 7. März 2003 (siehe auch Bundesanzeiger Nr. 46 vom 7. März 2003, S. 4047)

¹¹⁾ Das Patronat endete mit dem 28. März 2003 (siehe auch Bundesanzeiger vom 28. März 2003, S. 5756)

EZB-Kurse vom 30.12.2002:

¹²⁾ 1 EUR = 4,02100 PLN

¹³⁾ 1 EUR = 31,57700 CZK

¹⁴⁾ 1 EUR = 0,65050 GBP

¹⁵⁾ 1 EUR = 1,04870 USD

¹⁶⁾ 1 EUR = 33,52993 RUB

¹⁷⁾ 1 EUR = 9,15280 SEK

VERZEICHNIS DER GESELLSCHAFTEN MIT ERGEBNISABFÜHRUNGSVERTRÄGEN IM KONZERN

Anlage 2 zum Anhang

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in T€ ¹⁾	vom 31.12.2002 abweichender Jahresabschluss
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung	2	31.12.2001
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH i. L., Lohfelden	Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH	-9.415	31.12.2001
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH i. L., Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	-420	31.12.2001
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	-30.179	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	-9.811	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	-5.845	31.12.2001
BB-Hausverwaltung GmbH, Berlin	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	1.073	31.12.2001
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	-2.586	31.12.2001
BB-Miete GmbH, Berlin	BB-Leasing GmbH	4.198	31.12.2001
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	-4.197	31.12.2001
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	-360	31.12.2001
Berlin Seed Capital Fund GmbH, Berlin	Berlin Capital Fund GmbH	-8.193	31.12.2001
BILDUNGSKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG		31.12.2001
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	-735	31.12.2001
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG		31.12.2001
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	3.215	
FdA Finanzberatungs-Service GmbH der ALLBANK, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	-1.061	31.12.2001
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	2.732	31.12.2001
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	355	31.12.2001
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH, Lübeck	Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH	-90	31.12.2000
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	Weberbank Privatbankiers KGaA	-190	
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	-64.366	
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	-38.591	31.12.2000
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	-11.055	
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	-654	31.12.2001
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	-228	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	-13.332	31.12.2001
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam	Landesbank Berlin - Girozentrale -	216	31.12.2001
LdA LEASING GMBH DER ALLBANK, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	1	31.12.2001
LfA Leasing für Automobile GmbH, Hannover ²⁾	Bankgesellschaft Berlin AG	3.473	31.12.2001
Nordversicherungsdienst Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Hannover	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	1	31.12.2001

¹⁾ ohne Vorzeichen = Gewinnabführung an Organträger, -) = Verlustübernahme durch Organträger

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31. Dezember 2002

VERZEICHNIS GEMÄSS § 285 NR. 10 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2002 bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß §100 AktG
 a)*Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß §100 AktG
 b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 * Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Ernst-Otto Sandvoß

Vorsitzender

(seit 14. Februar 2002)

ehem. Vorsitzender des Vorstands
 der DekaBank Deutsche Girozentrale,
 Frankfurt/Main

Helmut Tesch*

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und
 des Personalrats der Landesbank Berlin
 – Girozentrale –, Berlin

- a) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – DAWAG Deutsche Angestellten
 Wohnungsbau AG, Hamburg
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – DAG-TVG GmbH Treuhandverwaltung von
 Gewerkschaftsvermögen,
 Hamburg
- Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
 – ver.di GmbH, Berlin

Dr. h.c. Manfred Bodin

Vorsitzender des Vorstands der

Norddeutsche Landesbank Girozentrale,
 Hannover

- a) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG,
 Hannover Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – CeWe Color Holding AG, Oldenburg
 – Continental AG, Hannover
 – MHB Mitteleuropäische Handelsbank AG
 Deutsch-Polnische Bank, Frankfurt
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
 Berlin-Hannover, Hannover/Berlin
 – LHI Leasing GmbH, München
 – NORD CON Asset Management Holding
 GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bremer Landesbank Kreditanstalt
 Oldenburg – Girozentrale –, Bremen
 – Provinzial Lebensversicherung Hannover,
 Hannover

Vorsitzender des Verwaltungsrats der

- Nord/LB Luxembourg S.A., Luxemburg

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale,
 Frankfurt/Main
 – Skandifinanz AG, Zürich

Dagmar Brose*

Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der
 Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater, Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – ASDIS Software AG Enterprise Management
 Solutions, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

Dr. Michael Endres

(seit 28. März 2002)

ehem. Mitglied des Vorstands der
 Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main
 Vorsitzender des Vorstands der Gemein-
 nützige Hertie-Stiftung, Frankfurt/Main

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – DEUTZ AG, Köln
 – Lucent Technologies Network Systems GmbH,
 Nürnberg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
 – Heidelberger Druckmaschinen AG,
 Heidelberg

Hartmut Friedrich*

Stellv. Landesverbandsleiter der ver.di

Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Berliner Gaswerke (GASAG)-AG, Berlin
 – Berlinwasser Holding AG, Berlin

Dr. Thomas Guth

(seit 28. März 2002)

Vorstand der Gesellschaft für Industrie-
 beteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.,
 Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – R-Biopharm AG, Darmstadt
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Berliner Kindl Brauerei AG, Berlin
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Comline Computer + Softwarelösungen AG,
 Hamburg
 – Norddeutsche Mischwerke GmbH, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Preusse Bauholding GmbH & Co. KG,
 Hamburg
 – Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Berlin

Carmen Hümpel*

Gesamtbetriebsratsvorsitzende

der Allgemeine Privatkundenbank AG,
 Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover

Christiane Krajewski

(bis 23. Januar 2002)

Senatorin für Finanzen a.D., Berlin

- b) Vorsitzende des Aufsichtsrats der
 – Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
 – Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungs-
 gesellschaft mbH
- Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
 – Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – NET-GE Kliniken für Berlin GmbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 – Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
 – Kreditanstalt für Wiederaufbau,
 Frankfurt/Main
 – Öffentliche Lebensversicherung
 Berlin-Brandenburg, Berlin

Dr. Klaus Murmann

Chairman der Sauer-Danfoss Inc.,
Ames, Iowa (Neumünster)

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Sauer-Danfoss Inc., Ames/Neumünster
– PARION Finanzholding AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats der
– E.ON Energie AG, München
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– PSVaG Pensions-Sicherungs-Verein, Köln
– Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats der
– Maschinenbau-Konzern GKN plc., London
Mitglied des Verwaltungsrats der
– Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-
Aktiengesellschaft, Köln
Mitglied des Beirats
– Accumulatorenwerk Hoppecke Carl Zoellner
GmbH & Co. KG, Brilon
– Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln

Bernd Reinhard*

Betriebsratsvorsitzender der
Berliner Bank Niederlassung der
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Andreas Rohde*

Mitglied des Betriebsrats der
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Dr. Thilo Sarrazin

(seit 04. Februar 2002)
Senator für Finanzen, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Berlinwasser Holding AG, Berlin
– Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH,
Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats der
– Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
– Kreditanstalt für Wiederaufbau, Berlin
– Öffentliche Lebensversicherung
Berlin-Brandenburg, Berlin

Hans-Christian Seidel*

Direktor der Landesbank Berlin
– Girozentrale –, Berlin

Erwin Staudt

(bis 10. Januar 2002)
Vorsitzender der Geschäftsführung der
IBM Deutschland GmbH, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Krone GmbH, Berlin
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– IBM Deutschland Entwicklungs GmbH,
Böblingen
– IBM Deutschland Speichersysteme GmbH,
Mainz

Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands
der Thyssen Krupp AG, Düsseldorf

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– AXA Versicherung AG, Köln
– Dürr AG, Stuttgart
– Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Kiel
– Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
– WILLO AG, Dortmund
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Evangelisches und Johanniter Klinikum
Duisburg/Dinslaken/Oberhausen gem.
GmbH, Duisburg
– Institut für Management und Technologie IMT
Berlin GmbH, Berlin
– Thumann & Heitkamp Verwaltungs-GmbH,
Düsseldorf
– INTAC International Inc., Dallas, USA
Mitglied des Board of Directors der
– ThyssenKrupp Budd Company,
Troy/Michigan, USA
– ThyssenKrupp Elevator Holding Corp.,
Dover/Delaware, USA
- Vorsitzender des Beirats der
– Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG,
Lahnstein a. Rhein
– Saarpör Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen
Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar
Mitglied des Beirats der
– Hülskens Holding GmbH & Co., Wesel

Peter Strieder

(bis 27.03.2003)
Senator für Stadtentwicklung, Berlin

- b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
– Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
– BBB Management GmbH
Campus Berlin-Buch, Berlin
– BEWAG Aktiengesellschaft & Co. KG, Berlin
– Technologiestiftung Berlin, Berlin
– Wista-Management GmbH, Berlin

Joachim Tonndorf*

Fachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen der ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Deutsche Beamten-Versicherung AG,
Wiesbaden
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Berliner Volksbank eG, Berlin

Frank Wolf*

Fachsekretär Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Berliner Volksbank eG, Berlin

Bernd Wrede

(seit 28. März 2002)
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
– ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf
– Goldschmidt AG, Essen
- b) Vizepräsident des Verwaltungsrats der
– Kühne & Nagel International AG, Schindellegi,
Schweiz

Bärbel Wulff*

Stellv. Vorsitzende des Gesamt-
personalrats und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
– Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

MANDATE NACH § 285 NR. 10 HGB UND § 340a ABS. 4 NR. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2002

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß §100 AktG
 a)*Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß §100 AktG
 • auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebene Mandate in großen Kapitalgesellschaften
 b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand**Hans-Jörg Vetter**

Vorsitzender des Vorstands
 Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
 (seit 28. Februar 2002)

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Fay Management Holding AG, Mannheim
 Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Interseroh AG, Köln •
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover •
 – IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – LHI Leasing GmbH, München
 – LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Serge Demolière

Chairman des Board of Directors
 (executive member) der Bankgesellschaft Berlin (UK) plc., London

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Berliner Börse AG, Berlin •
 Mitglied des Aufsichtsrats der
 – RTS Realtime Systems AG, Frankfurt/Main
- a)*Mitglied des Aufsichtsrats der
 – IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – France Growth Fund, Inc., New York
- Mitglied des Board of Directors
 (non-executive) der
 – Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc., Dublin
 – BGB Finance (Ireland) plc., Dublin
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 – Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Dr. Johannes Evers

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover •
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover •
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau
 – Cids! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt/Main
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – B + S Card Service GmbH, Frankfurt/Main
 – LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 – Visa Deutschland e.V., Frankfurt/Main
- Mitglied des Board of Directors
 (non-executive) der
 – INOVANT Visa Solutions Company, San Francisco
 – Visa EU, London
 – Visa International Service Association, San Francisco

Norbert Pawlowski

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
 (bis 28. Februar 2002)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin
 (seit 28. Februar 2002)

Mitglied des Board of Directors
 (executive member) der Bankgesellschaft Berlin (UK) plc., London

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart •
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin •

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

– Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover •

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

– Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin

– Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR), Berlin

– Berliner Wasserbetriebe (BWB), Berlin

– Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin

– LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors
 (non-executive) der

– Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc., Dublin

Mitglied des Verwaltungsrats der

– Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Hubert Piel

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 – dvg Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover •
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – BankenService GmbH – Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin •
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft, Hannover •
- Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin •
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Zivnostenská Banka a.s., Prag
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 – Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt/Main
- Dr. Thomas Veit**
- a)*Mitglied des Aufsichtsrats der
 – Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin/Hannover •

VERZEICHNIS GEMÄSS § 340a ABS. 4 NR. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2002

Anlage 4 zum Anhang

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern wahrgenommen werden

Dariush Ghassemi-Moghadam

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG,
Berlin/Hannover

Mitglied des Aufsichtsrats der

- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs
GmbH, Berlin

Dr. Karl-Friedrich Hirschhäuser

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bankenservice GmbH, Berlin

Martin Müller

Mitglied des Aufsichtsrats der

- BGB Finance, Dublin

Gerhard Roller

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.,
Warschau

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bankenservice GmbH, Berlin

BESTÄTIGUNGSVERMERKE AG UND KONZERN

1. Bankgesellschaft Berlin AG

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung mit einem mit dem Konzernanhang zusammengefassten Anhang und den Lagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das zum 31. Dezember 2002 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass die in diesem Jahresabschluss berücksichtigten Sanierungsmaßnahmen des Landes Berlin (Kapitalerhöhung vom 29. August 2001; Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft gemäß Detailvereinbarung vom 16. April 2002, IBB/LBB-Verfahren, Neutralisierungsvereinbarung vom 25./27. Dezember 2002) nur Bestand haben, wenn sie von der Europäischen Kommission als Umstrukturierungsbeihilfe genehmigt werden, und dass der Bestand der Gesellschaft gefährdet ist, wenn die Genehmigung nicht wie beantragt erteilt wird (siehe Abschnitt „Rechtsrisiken“ des zusammengefassten Lageberichts).

Berlin, den 10. April 2005

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eckes ppa. Palm
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

2. Bankgesellschaft Berlin Konzern

Wir haben den Konzernabschluss mit einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang und den Konzernlagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das am 31. Dezember 2002 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass die in diesem Konzernabschluss berücksichtigten Sanierungsmaßnahmen des Landes Berlin (Kapitalerhöhung vom 29. August 2001; Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft gemäß Detailvereinbarung vom 16. April 2002, IBB/LBB-Verfahren, Neutralisierungsvereinbarung vom 25./27. Dezember 2002) nur Bestand haben, wenn sie von der Europäischen Kommission als Umstrukturierungsbeihilfe genehmigt werden, und dass der Bestand des Mutterunternehmens und wesentlicher Tochterunternehmen gefährdet ist, wenn die Genehmigung nicht wie beantragt erteilt wird (siehe Abschnitt „Rechtsrisiken“ des zusammengefassten Lageberichts).

Berlin, den 10. April 2003

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eckes	ppa. Palm
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

KONZERNBANKEN UND AUSGEWÄHLTE BETEILIGUNGEN DES KONZERNS

Banken

Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft

Buchholzer Straße 98
30655 Hannover
Tel.: 05 11/64 65-0
Fax: 05 11/64 65-233
Internet: www.allbank.de

Vorstand

Emanuel H. Brinkhaus
(Sprecher)
Dr. Matthias Bergmann

Bankgesellschaft Berlin International S.A.

30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Luxemburg
Tel.: 00-352-47 78-1
Fax: 00-352-47 78-2999
Internet: www.bankgesellschaft.lu

Geschäftsführung

Horst-Dieter Hochstetter
(Sprecher und Administrateur-Délégué)
Uwe Jungerwirth

BANKGESELLSCHAFT BERLIN INVESTMENT GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: 0 30/2 45-6 45 00
Fax: 0 30/2 45-6 46 50
Internet: www.bb-invest.de

Geschäftsführung

Günter Laubner
Dyrk Vieten
Hans-Werner Wilms

Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc

No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: 00 353-1-819 4400
Fax: 00 353-1-819 4499

Board of Directors

David Allen
Serge Demolière
Heinz D. Gottschalk
Norbert Pawlowski
Gerald Scanlan
Dr. Noel Whelan

Bankgesellschaft Berlin (UK) plc

1 Crown Court, Cheapside
GB-London EC2V 6LR
Großbritannien
Tel.: 00 44-171-572 62 00
Fax: 00 44-171-572 62 99

Board of Directors

Serge Demolière
Frank-Michael Boenke
(Joint Managing Director)
Hans Keller
Norbert Pawlowski
Gerhard Richter
(Joint Managing Director)
Carlos Santistivan
Malcolm Winston

Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.

Al. Jana Pawla II Nr. 15
PL- 00-828 Warschau
Polen
Tel.: 00 48-22-697-72 00
Fax: 00 48-22-697-72 05

Vorstand

Jaroslav Konieczka
(Vorsitzender)
Michal Jonczynski
Andrzej Klesyk
(bis 31.1.2003)
Gerhard Roller

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG – Berlin Hyp –

Budapester Straße 1
10787 Berlin
Tel.: 0 30/25 999-0
Fax: 0 30/25 999 131

Landschaftstr. 8
30159 Hannover
Tel.: 05 11/30 11-0
Fax: 05 11/30 11-384
Internet: www.BerlinHyp.de

Vorstand

Jan Bettink
(Sprecher)
Horst von Behren
Heinz Dieter Gottschalk

Landesbank Berlin – Girozentrale –

Bundesallee 171
10715 Berlin
Tel.: 0 30/86 98 01
Fax: 0 30/86 98 30 74
Internet: www.lbb.de
www.berliner-sparkasse.de

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender)
Dr. Johannes Evers
Uwe Kruschinski
(seit 1.4.2003)
Hans Jürgen Kulartz
Norbert Pawlowski
Hubert Piel
(bis 31.3.2003)

Weberbank Privatbankiers KGaA

Hohenzollerndamm 134
14199 Berlin
Tel.: 0 30/8 97 98-0
Fax: 0 30/8 97 98-900
Internet: www.weberbank.de

Persönlich haftende Gesellschafter

Dr. Christian Grün
(Sprecher)
Dr. Andreas Bödecker
Michael Graf Strasoldo

Finanzdienstleistungsinstitute**BB-ASSET MANAGEMENT**

Vermögensverwaltung GmbH
Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: 0 30/2 45-6 45 00
Fax: 0 30/2 45-6 45 88

Geschäftsführung

Dyrk Vieten
Hans-Werner Wilms

Finanzunternehmen**Berlin Capital Fund GmbH**

Hauptstraße 65
12159 Berlin
Tel.: 0 30/859 54 30
Fax: 0 30/859 54 320
Internet: www.berlin-capitalfund.de

Geschäftsführung

Eberhard Langner
Dr. Christian Segal

BGB Finance (Ireland) plc

No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: 00 353-1-819 44 00
Fax: 00 353-1-819 44 99

Board of Directors

David Allen
Serge Demolière
Martin Müller
Hadi Saidi
Carlos Santistevan

LHI Leasing GmbH

Bahnhofplatz 1
80355 München
Tel.: 0 89/51 20-0
Fax: 0 89/51 20-2000
Internet: www.LHI.de

Geschäftsführung

Ralf Kirberg
Helmut Philipp
Oliver Porr

Weitere Gesellschaften**BankenService GmbH Unternehmens-
gruppe Landesbank Berlin**

(vormals BANKENSERVICE GmbH
Ein Unternehmen der Bankgesellschaft Berlin)
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: 0 30/245 5 38 82
Fax: 0 30/245 5 46 70

Geschäftsführung

Stefan Haemmerling

**Bauprojekt- und Facilitymanagement
GmbH der Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin**

Brunnenstr. 111
13355 Berlin
Tel.: 0 30/245 5 14 00
Fax: 0 30/245 5 14 02

Geschäftsführung

Joachim Antczack
Stefan Haemmerling

BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG

Karl-Liebknecht-Str. 29
10178 Berlin
Tel.: 01805/80 77 37
Fax: 01805/00 28 97
Internet: www.berlinonline.de

Geschäftsführung

Als Geschäftsführer der BerlinOnline
Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH:
Dr. Robert Daubner

**BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG
& Co. Systementwicklungsgesellschaft
beschränkt haftende oHG**

Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: 0 30/245 56 905
Fax: 0 30/245 56 611

Generalbevollmächtigte

Stefan Trägler
Dr. Peter-Michael Weber
(bis 4.3.2003)
Thomas Paulick
(seit 4.3.2003)

**BILDUNGS-AKADEMIE DER
BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**

Wilmsdorfer Str. 138 – 140
10585 Berlin
Tel.: 0 30/245 58 440
Fax: 0 30/245 58 444
Internet: www.bildungsakademie.de

Geschäftsführung

Horst Eimer

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG

Kurfürstendamm 207/208
10719 Berlin
Tel.: 030/224 99-0
Fax: 030/224 99-645
Internet: www.ibag-berlin.com

Geschäftsführung

Reinhardt Gennies
(Vorsitzender)
Klaus Hansen
Wolfgang Pritzsche

**Immobilien- und Baumanagement
der Bankgesellschaft Berlin GmbH**

Berliner Straße 44
10713 Berlin
Tel.: 0 30/864 720-0
Fax: 0 30/873 438-8
Internet: www.ibg-berlin.de

Geschäftsführung

Dr. Matthias von Bismarck-Osten

**Versicherungsservice GmbH
Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin**

Wexstr. 1
10825 Berlin
Tel.: 0 30/3 10-9 32 75
Fax: 0 30/3 10-9 33 88

Geschäftsführung

Dirk Bachnick
Detlef Bienkowski

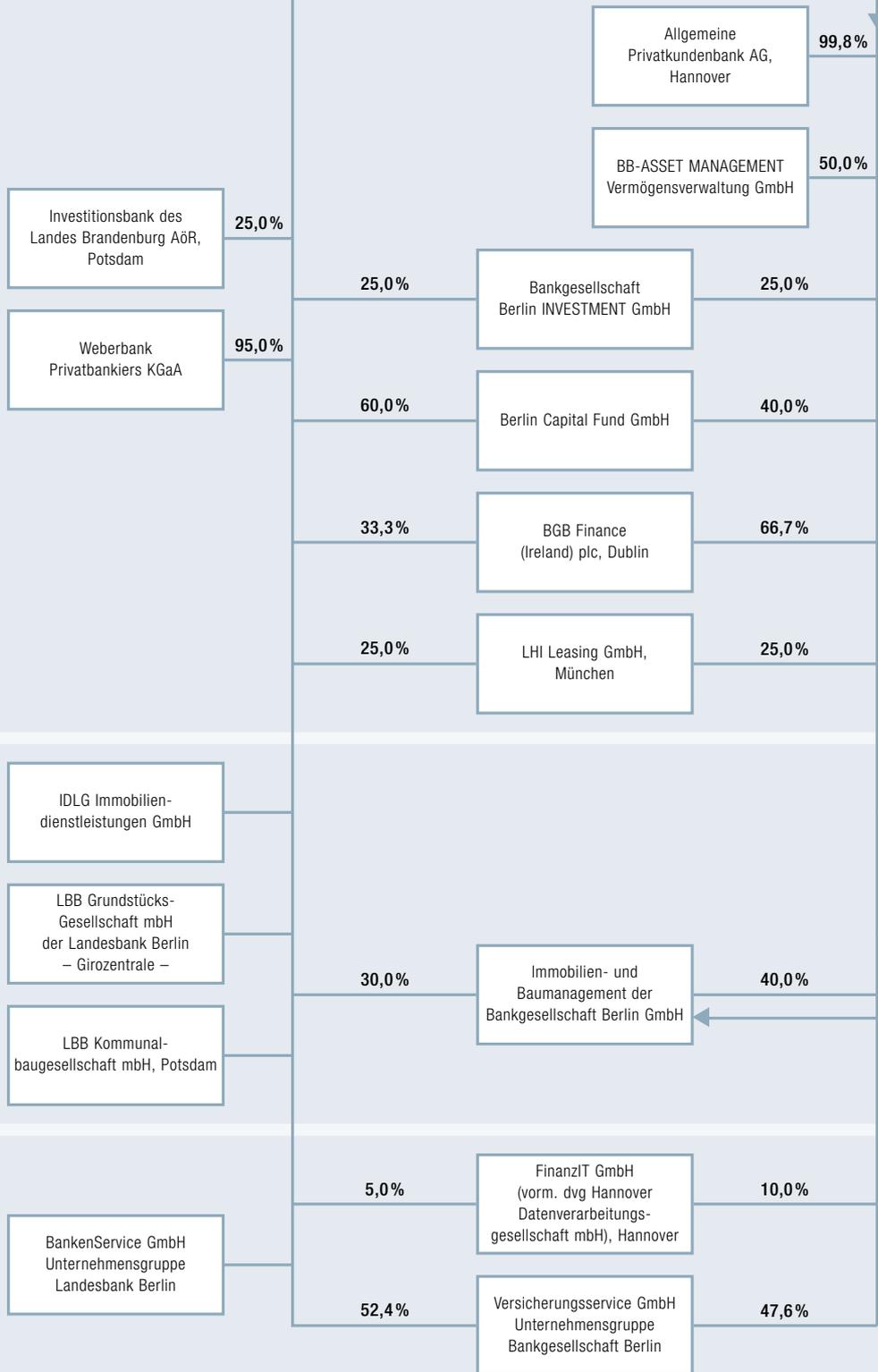
FOTOS

Titel	Haus Alexander, Sitz der Bankgesellschaft Berlin AG
Seite 18	Pariser Platz mit Brandenburger Tor und Haus Liebermann
Seite 22	Neue Nationalgalerie
Seite 26	Humboldt-Universität, Unter den Linden
Seite 30	Potsdamer Platz
Seite 34	Alte Nationalgalerie
Seite 38	Brandenburger Tor
Seite 40	Reichstagsgebäude, Sitz des Deutschen Bundestags
Seite 42	Bahnhof Friedrichstraße
Seite 45	Museumsinsel mit Bode-Museum und Pergamon-Museum
Seite 46	Gendarmenmarkt mit Konzerthaus und Deutschem Dom
Seite 49	Museum für Kommunikation
Seite 50	Ludwig-Erhard-Haus, Sitz der Berliner Börse und der Industrie- und Handelskammer Berlin

KREDITINSTITUTE UND FINANZUNTERNEHMEN



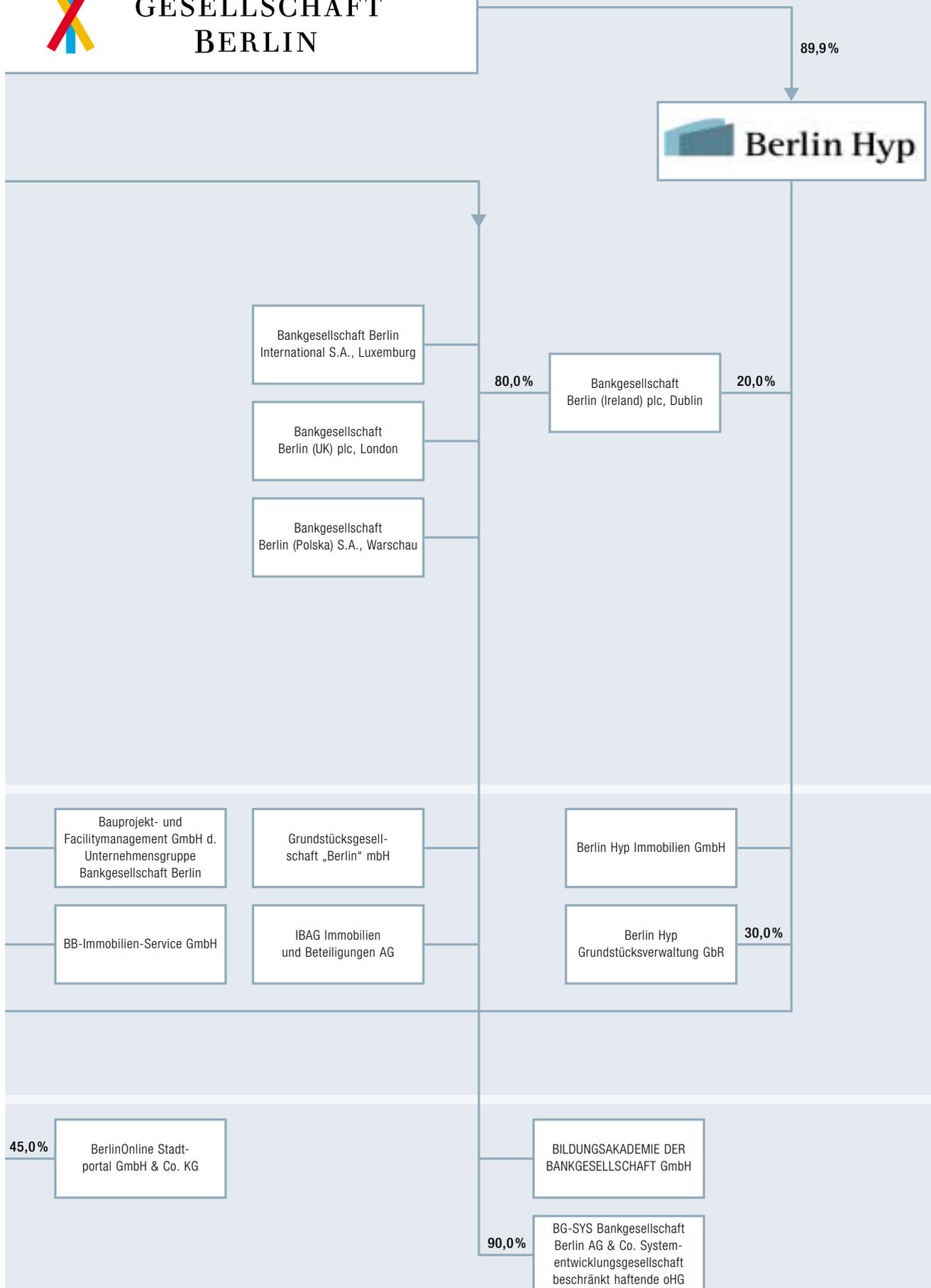
atypisch stille
Beteiligung



Abgebildet sind die wesentlichen Beteiligungen im Konzern Bankgesellschaft Berlin.
Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0 %; Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.



BANK GESELLSCHAFT BERLIN



IMPRESSUM

Herausgeber

Bankgesellschaft Berlin AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG,
Hamburg

Fotografie

Sabine Wenzel, Berlin

Fotodesign

Adjouri, Berlin

Druck

Druckhaus Am Treptower Park GmbH,
Berlin

Bankgesellschaft Berlin AG

Alexanderplatz 2

D-10178 Berlin

Postfach 110801

D-10838 Berlin

Telefon: (030) 245 500

Telefax: (030) 245 509



Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation:

Christina Hoff

Telefon: (030) 245 663 89

Telefax: (030) 245 663 93

E-Mail: IR@bankgesellschaft.de

www.bankgesellschaft.de



**BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN**